

**Bettina Böhm**

**PROZESSABLAUFBESCHREIBUNG:  
DIE PRÜFUNG VON INVESTMENTFONDS**

eingereicht als

**Bachelorarbeit**

an der

**HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)**

---

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

**Fakultät Wirtschaftswissenschaften**

**Erstprüfer: Prof. Dr. René-Claude Urbatsch**

**Zweitprüfer: Prof. Dr. Volker Tolkmitt**

**Wien, 2011**

## **Bibliografische Beschreibung**

Böhm, Bettina

Prozessablaufbeschreibung: Die Prüfung von Investmentfonds – 2011 – 80 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Bachelorarbeit  
2011

## **Referat**

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Prüfung von Investmentfonds. Es wird besonders auf die Vorgehensweise und auf die rechtliche Situation in Österreich eingegangen. In der Fachliteratur findet man nur wenig geeignete Publikationen. Die Werke sind teilweise veraltet und entsprechen nicht mehr der derzeitigen Rechtslage.

Ziel der Arbeit ist es, das Produkt Investmentfonds näher zu erläutern und die Prüfung der Investmentfonds durch Wirtschaftsprüfer nach aktuellem Recht darzustellen, sowie zukünftige Neuerungen der Gesetze und der Vorgehensweise bei der Prüfung darzulegen.

Zu Beginn der Arbeit wird auf die Begriffe Prozess, Prüfung und Investmentfonds näher eingegangen. Es werden die verschiedenen Arten von Prozessen erklärt sowie die Bedeutung und der Ablauf von Prüfungen beschrieben.

Der Punkt Investmentfonds wird detailliert behandelt. Es wird über die Entstehung von Investmentfonds und die allgemeine Definition und Funktionsweise berichtet. Auf die Aufgaben der Depotbank, der Kapitalanlagegesellschaft und der Fondsmanager wird gründlich eingegangen. Auch die Vor- und Nachteile von Investmentfonds werden detailliert behandelt. Die Arten von Investmentfonds werden genau erläutert. Es wird die Unterteilung nach dem Anlegerkreis, nach Rückgaberecht, nach Ertragsverwendung und nach Vermögenswerten vorgenommen. Des Weiteren werden die Kosten eines Investmentfonds in Kosten, die dem Anleger direkt verrechnet werden und in Kosten, die dem Fonds angelastet werden unterschieden und im Einzelnen näher behandelt. Der Punkt Investmentfonds beschäftigt sich weiter mit der Analyse und Interpretation durch diverse Kennzahlen und Bewertungsmethoden. Es werden außerdem die verschiedenen Alternativen zum Erwerb der Fonds beschrieben. Zuletzt sind die unterschiedlichen Möglichkeiten der Kapitalanlage erklärt.

Das nächste Kapitel ist der eigentlichen Fondsprüfung gewidmet. Zunächst wird eine allgemeine Einführung in die Fondsprüfung gewährt, die Gründe für die Prüfung dargelegt und auf die Vollständigkeitserklärung eingegangen. Die genaue Vorgehensweise wird dann anhand eines Prüfungsschemas behandelt. Die Kontrolle allgemeiner Dokumente, wie dem Verkaufsprospekt, der Fondsbestimmungen und der Saldenliste wird beschrieben, sowie die Erstellung der Prüfungsfeststellungen, der Interne Notiz und einer Umbuchungsliste.

Die Überprüfung der Vermögensaufstellung und der Entwicklung des Fondsvermögens anhand der Preisberechnung, der Anspruchsermittlung, des Anteilscheingeschäfts und weiterer aus der Fondsbuchhaltung erhaltenen Abschlussunterlagen wird erklärt. Dabei wird vor allem auf die buchhalterische Erfassung der einzelnen Vermögensgegenstände (Wertpapiere, derivative Instrumente usw.), sowie deren Bewertung eingegangen.

Das Fondsergebnis wird unter anderem anhand der Erträge aus Zinsen, Dividenden und ausschüttungsgleichen Erträgen sowie deren Behandlung im Zusammenhang mit der Kapitalertragssteuer dargeboten. Die Überprüfung der Abschlussdokumente wird im Einzelnen genau behandelt. Auf die Einhaltung der Veranlagungsvorschriften des Investmentfondsgesetzes und der Fondsbestimmungen ist besonderer Wert zu legen.

Da der Rechenschaftsbericht den Hauptgegenstand der Fondsprüfung darstellt, wird auf dessen Prüfung besonders eingegangen. Im Anschluss behandelt das Unterkapitel Prüfungsergebnis den Prüfbericht und den vom Fondsprüfer auszustellenden Bestätigungsvermerk.

Im letzten Kapitel werden die aktuellen Neuerungen in der Fondsprüfung erörtert. Das Investmentfonds 1993 wird in Kürze abgeschafft und das neue Investmentfondsgesetz 2011 tritt in Kraft. Außerdem wurden weitere mit der Fondsprüfung in Zusammenhang stehende Gesetze, wie das Bankwesengesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz und das Pensionskassengesetz geändert. Zuletzt wird über die Änderungen der Kursgewinnbesteuerung berichtet.

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	- 1 -
1.1.	Problemstellung .....	- 1 -
1.2.	Zielsetzung .....	- 1 -
1.3.	Methodisches Vorgehen .....	- 1 -
2.	Prozessablaufbeschreibung: Die Prüfung von Investmentfonds .....	- 3 -
2.1.	Grundlagen.....	- 3 -
2.1.1.	Prozess .....	- 3 -
2.1.2.	Prüfung.....	- 6 -
2.1.3.	Investmentfonds .....	- 10 -
2.2.	Ist-Betrachtung .....	- 30 -
2.2.1.	Allgemein .....	- 30 -
2.2.2.	Die Prüfung im Detail .....	- 33 -
2.2.3.	Das Prüfergebnis .....	- 64 -
2.3.	Neuerungen in der Fondsprüfung.....	- 70 -
2.3.1.	Neues Investmentfondsgesetz (InvFG) 2011 .....	- 70 -
2.3.2.	Änderung weiterer Finanz-Gesetze .....	- 73 -
2.3.3.	Kursgewinnbesteuerung .....	- 76 -
3.	Schluss.....	- 79 -
3.1.	Ergebnisse .....	- 79 -
3.2.	Maßnahmen.....	- 79 -
3.3.	Konsequenzen.....	- 80 -

## **1. Einleitung**

### **1.1. Problemstellung**

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Prüfung von Investmentfonds. Es wird besonders auf die Vorgehensweise und auf die rechtliche Situation in Österreich eingegangen. In der Fachliteratur findet man nur wenig geeignete Publikationen. Die Werke sind teilweise veraltet und entsprechen nicht mehr der derzeitigen Rechtslage.

### **1.2. Zielsetzung**

Ziel der Arbeit ist es, das Produkt Investmentfonds näher zu erläutern und die Prüfung der Investmentfonds durch Wirtschaftsprüfer nach aktuellem Recht darzustellen, sowie zukünftige Neuerungen der Gesetze und der Vorgehensweise bei der Prüfung darzulegen.

### **1.3. Methodisches Vorgehen**

Zu Beginn der Arbeit wird auf die Begriffe Prozess, Prüfung und Investmentfonds näher eingegangen. Es werden die verschiedenen Arten von Prozessen erklärt sowie die Bedeutung und der Ablauf von Prüfungen beschrieben.

Der Punkt Investmentfonds wird detailliert behandelt. Es wird über die Entstehung von Investmentfonds und die allgemeine Definition und Funktionsweise berichtet. Auf die Aufgaben der Depotbank, der Kapitalanlagegesellschaft und der Fondsmanager wird gründlich eingegangen. Auch die Vor- und Nachteile von Investmentfonds werden detailliert behandelt. Die Arten von Investmentfonds werden genau erläutert. Es wird die Unterteilung nach dem Anlegerkreis, nach Rückgaberecht, nach Ertragsverwendung und nach Vermögenswerten vorgenommen. Des Weiteren werden die Kosten eines Investmentfonds in Kosten, die dem Anleger direkt verrechnet werden und in Kosten, die dem Fonds angelastet werden unterschieden und im Einzelnen näher behandelt. Der Punkt Investmentfonds beschäftigt sich weiter mit der Analyse und Interpretation durch diverse Kennzahlen und Bewertungsmethoden. Es werden außerdem die verschiedenen Alternativen zum Erwerb der Fonds beschrieben. Zuletzt sind die unterschiedlichen Möglichkeiten der Kapitalanlage erklärt.

Das nächste Kapitel ist der eigentlichen Fondsprüfung gewidmet. Zunächst wird eine allgemeine Einführung in die Fondsprüfung gewährt, die Gründe für die Prüfung dargelegt und

auf die Vollständigkeitserklärung eingegangen. Die genaue Vorgehensweise wird dann anhand eines Prüfungsschemas behandelt. Die Kontrolle allgemeiner Dokumente, wie dem Verkaufsprospekt, der Fondsbestimmungen und der Saldenliste wird beschrieben, sowie die Erstellung der Prüfungsfeststellungen, der Internen Notiz und einer Umbuchungsliste.

Die Überprüfung der Vermögensaufstellung und der Entwicklung des Fondsvermögens anhand der Preisberechnung, der Anspruchsermittlung, des Anteilscheingeschäfts und weiterer aus der Fondsbuchhaltung erhaltenen Abschlussunterlagen wird erklärt. Dabei wird vor allem auf die buchhalterische Erfassung der einzelnen Vermögensgegenstände (Wertpapiere, derivative Instrumente usw.), sowie deren Bewertung eingegangen.

Das Fondsergebnis wird unter anderem anhand der Erträge aus Zinsen, Dividenden und ausschüttungsgleichen Erträgen sowie deren Behandlung im Zusammenhang mit der Kapitalertragssteuer dargeboten. Die Überprüfung der Abschlussdokumente wird im Einzelnen genau behandelt. Auf die Einhaltung der Veranlagungsvorschriften des Investmentfondsgesetzes und der Fondsbestimmungen ist besonderer Wert zu legen.

Da der Rechenschaftsbericht den Hauptgegenstand der Fondsprüfung darstellt, wird auf dessen Prüfung besonders eingegangen. Im Anschluss behandelt das Unterkapitel Prüfungsergebnis den Prüfbericht und den vom Fondsprüfer auszustellenden Bestätigungsvermerk.

Im letzten Kapitel werden die aktuellen Neuerungen in der Fondsprüfung erörtert. Das Investmentfonds 1993 wird in Kürze abgeschafft und das neue Investmentfondsgesetz 2011 tritt in Kraft. Außerdem wurden weitere mit der Fondsprüfung in Zusammenhang stehende Gesetze, wie das Bankwesengesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz und das Pensionskassengesetz geändert. Zuletzt wird über die Änderungen der Kursgewinnbesteuerung berichtet.

## 2. Prozessablaufbeschreibung: Die Prüfung von Investmentfonds

### 2.1. Grundlagen

#### 2.1.1. Prozess

Der Begriff Prozess wird in diversen Bereichen angewandt:

- **allgemein** für einen Verlauf, eine Entwicklung, einen gerichteten Ablauf eines Geschehens
- im **Recht** für ein Streitiges Verfahren vor Gericht
- in der **Informatik** für den Ablauf eines Programmes
- in der **Technik** für einen Satz von in Wechselbeziehungen stehenden Mitteln und Tätigkeiten, die Eingaben in Ergebnisse umgestalten
- in der **Chemie** für den Ablauf einer chemischen Reaktion
- ein **Geschäftsprozess** für eine Abfolge von Ereignissen und Funktionen in der Betriebswirtschaft

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass *Der Prozess* einen Roman von Frank Kafka betitelt. Für die vorliegende Arbeit ist dieser jedoch nicht von Bedeutung.<sup>1</sup>

Allgemein versteht man unter einem Prozess die Gesamtheit aufeinander einwirkender Vorgänge innerhalb eines Systems. So werden mittels Prozessen Materialien, Energien oder auch Informationen zu neuen Formen transformiert, gespeichert oder aber allererst transportiert.<sup>2</sup>

Einer weiteren Definition nach ist ein Prozess die Summe der Tätigkeiten und Bearbeitungsschritte im Laufe der Leistungserbringung einer Organisation. Im Wesentlichen beschreibt dies die Ablauforganisation.

Nach DIN EN ISO 8402, 1995-08, Ziffer 1.2 ist unter einem Prozess ein „Satz von in Wechselbeziehungen stehenden Mitteln und Tätigkeiten“ zu verstehen, „die Eingaben in Ergebnisse umgestalten.“ Zu den Mitteln zählen sowohl Personal als auch Finanzen, Anlagen, Einrichtungen, Techniken und Methoden.<sup>3</sup>

Vergleichbare Begriffe sind auch „Hergang“, „Fortgang“, „Ablauf“ und „Vorgang“.

---

<sup>1</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Begriffskl%C3%A4rung%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Begriffskl%C3%A4rung%29) (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>2</sup> Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Prozess, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/12416/prozess-v10.html> (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>3</sup> <http://www.quality.de/lexikon/prozess.htm> (Zugriff am 22.06.2011)

Ein deterministischer Prozess ist ein Prozess, bei dem jeder Zustand kausal von anderen, vorherigen, abhängig ist und von diesen bestimmt wird.

Ein stochastischer Prozess (Zufallsprozess) ist einer, bei dem ein Zustand aus anderen Zuständen nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit folgt. Hier können nur statistische Gegebenheiten angenommen werden.<sup>4</sup>

Die ursprüngliche Hauptbedeutung ist der Prozess als **Rechtsbegriff**. Er steht für ein gerichtliches Verfahren zur Gewährleistung staatlichen Rechtsschutzes; v.a. das Verfahren zwischen zwei oder mehreren Parteien mit entgegenstehenden Interessen. Der Prozess kann als Zivilprozess, Strafprozess oder verwaltungs-, sozial-, arbeits- oder finanzgerichtliches Verfahren geführt werden.<sup>5</sup> Er wird durch eine Klage (im Falle des Strafprozesses durch eine Anklage) eingeleitet und zielt darauf, die Situation durch eine verbindliche Entscheidung (ein Gerichtsurteil oder einen Gerichtsbeschluss) zu klären.<sup>6</sup>

In der **Informatik** bezeichnet der Prozess ein in Ablauf befindliches Computerprogramm, das in der Regel Teil der Systemsoftware ist.<sup>7</sup>

Ein **technischer Prozess** ist die „Gesamtheit der Vorgänge in einer technischen Anlage“.

Die Prozesse werden oft als „Black-Box“ betrachtet, mit einem (Material-)Eingang und einem (Produkt-)Ausgang. In der Box findet die Verarbeitung in definierten Teilschritten statt. Für den Prozess werden Ziele definiert und als einzelne Parameter gemessen (als Unterschied zwischen Eingang und Ausgang). Ein Verfahren steuert und regelt die Verarbeitung nach definierten Regeln, um das Prozessziel optimal zu erreichen.<sup>8</sup>

Bei einem **chemischen Prozess** oder Vorgang geht es darum, dass eine bereits bestehende chemische Substanz, also der Bestandteil eines chemischen Prozesses, in eine andere Substanz übergeht. Das ist dann das Ergebnis oder noch besser das Produkt dieses chemischen Prozesses. Chemiker sprechen von einer „Zersetzung“, wenn die Substanz dabei so verändert wird, dass aus dieser nicht nur eine neue Substanz entsteht, sondern gleich mindestens zwei oder mehrere neue Substanzen entstehen. Es handelt sich somit um einen „analytischen Prozess“. Wenn aber der Chemiker mindestens zwei oder mehrere chemische Substanzen miteinander zu einer Reaktion führt und bei diesem Prozess eine einzige neue

---

<sup>4</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess> (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>5</sup> Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Prozess, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/12416/prozess-v10.html> (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>6</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Recht%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Recht%29) (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>7</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Informatik%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Informatik%29) (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>8</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Technik%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Technik%29) (Zugriff am 22.06.2011)



chemische Substanz entsteht, spricht der Chemiker von einer sogenannten „Verbindung“. Hierbei handelt es sich um einen „synthetischen Prozess“. Wenn aber schließlich die Produkte der Zersetzung mittels einer sogenannten Synthese wieder in die ursprünglich bestehende chemische Substanz wiederhergestellt werden können, handelt es sich bei den Produkten der Zersetzung um die Bestandteile der vormaligen chemischen Substanz.<sup>9</sup>

In betrieblich-organisatorischem Zusammenhang werden Prozesse auch als **Geschäftsprozesse** bezeichnet. Der Begriff Geschäftsprozess wird oft mit dem Begriff Unternehmensprozess gleichgesetzt. Oftmals werden alle Prozesse innerhalb eines Unternehmens als Geschäftsprozess bezeichnet.

Als Geschäftsprozess werden diejenigen sachlogisch zusammenhängenden und inhaltlich abgeschlossenen Aktivitäten und Funktionen bezeichnet, die der Realisierung der Unternehmensziele dienen und eine Wertschöpfung (= Wertzuwachs) erbringen. Ein Geschäftsprozess ist somit immer gleichzeitig ein Wertschöpfungsprozess.

Geschäftsprozesse weisen einige typische Merkmale auf. Sie haben einen eindeutigen Anfang und Abschluss und sind immer auf ein Ziel fixiert. Sie sollen ein Ergebnis erbringen (zB Verkauf von Waren mit Gewinn), was durch eine Kette von Teilprozessen erreicht wird. Durch Ressourcenverbrauch verursachen sie Kosten und sie werden durch Aktionsträger gesteuert (mit Hilfe von Sachmitteln, zB Computer). Außerdem beziehen sie Lieferanten und Kunden in den Ablauf mit ein.<sup>10</sup>

### **Bedeutung in der Wirtschaftsprüfung**

In der Wirtschaftsprüfung wird bewusst zwischen Unternehmensebene (Abschlussebene) und Prozessebene (Aussageebene) unterschieden. Die Risikobetrachtung erfolgt nämlich auf zwei Stufen, auf der obersten Führungsebene und auf der Abteilungsebene, d.h. auf einer Stufe, die der Geschäftsleitung untergeordnet ist. Letztere wird deshalb auch als Prozessebene bezeichnet. Das Prinzip dahinter sieht folgendermaßen aus: Da die einzelnen Abteilungen einen individuellen Beitrag zur Erreichung der Unternehmensziele leisten sollen, müssen sie ihre eigenen Teilziele (Prozessziele) verfolgen. Diese können durch spezifische Risiken beeinträchtigt oder sogar vereitelt werden. Um den Einfluss dieser Risiken, wenn auch nicht völlig auszuschließen, doch zu begrenzen, werden unternehmerische Kontrollen veranlasst.

---

<sup>9</sup> <http://www.suite101.de/content/chemische-prozesse-a113817> (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>10</sup> <http://www.it-academy.cc/article/1238/Prozesse+Definition+und+Prozessarten.html> (Zugriff am 22.06.2011)

Wird die Unternehmensebene vernachlässigt, fehlt den Prüfungshandlungen des Abschlussprüfers die erforderliche Genauigkeit, da er nicht erkennen kann, dass sein Katalog von Risiken auf Prozessebene unvollständig ist. Eine besondere Problematik besteht darin, wenn Risiken auf Prozessebene mit Kontrollrisiken verwechselt werden.<sup>11</sup>

### 2.1.2. Prüfung

Der Begriff Prüfung hat zwei Bedeutungen:

1. Die Handlung des Kontrollierens; nachschauen oder testen, ob alles funktioniert bzw. in Ordnung ist
2. eine meist offizielle Abfrage mündlich oder schriftlich in einem Fachgebiet

Die zweite Bedeutung kann in Form eines Examen, einer Schularbeit, eines Test, einer Arbeit, einer Klausur, der Matura oder des Abitur auftreten.<sup>12</sup> Für die vorliegende Arbeit ist diese Bedeutung jedoch irrelevant und ich werde nur auf Punkt 1 näher eingehen.

Eine Prüfung ist ein von einer natürlichen Person (Prüfer) durchzuführender Überwachungsprozess bei dem Sachverhalte, Eigenschaften, Tatbestände oder Aussagen über diese (Ist-Objekte) mit geeigneten Bezugsgrößen (Soll-Objekten) verglichen und etwaige Abweichungen beurteilt werden. Der Prüfer darf an der Herbeiführung der Ist-Objekte nicht selbst direkt oder indirekt beteiligt gewesen sein (Prozessunabhängigkeit); darin liegt der Unterschied zu Kontrolle. Prüfung ist stets zweckgerichtet.

#### Grundelemente

**Ist-Objekt:** Das ist das Prüfungsobjekt, auf das sich der Vergleich mit dem Soll-Objekt bezieht und das jeweils näher konkretisiert werden muss; Gegenstand der Prüfung können einzelne Ist-Objekte oder ein Komplex von Prüfungsobjekten (Prüffeld, Prüffeldergruppe) sein. Einzelne Ist-Objekte sind zB Nummern eines bestimmten Belegs, Angaben eines Buchungskontos, vorhandene Unterschriften auf einem Beleg. Komplexe Prüfungsgebiete hingegen sind zB Jahresabschlüsse.

**Soll-Objekt:** Das ist der Vergleichsmaßstab zur Beurteilung des Ist-Objekts. Soll-Objekte müssen in der Regel ermittelt werden, indem für einen rekonstruierten Tatbestand relevan-

---

<sup>11</sup> Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Prozess, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/12416/prozess-v10.html> (Zugriff am 22.06.2011)

<sup>12</sup> <http://de.wiktionary.org/wiki/Pr%C3%BCfung> (Zugriff am 24.06.2011)

te Normen herangezogen werden. Unter Umständen könnte dies problematisch sein, da Normen oft nicht konkret genug sind.

**Soll-Ist-Vergleich:** In einem Vergleichsprozess werden eventuelle Differenzen zwischen Ist- und Soll-Objekt aufgedeckt. Die Feststellung des Ausmaßes einer Abweichung kann Probleme bei der Messung aufwerfen. Voraussetzung einer Messung ist die Abbildungsfähigkeit von Merkmalsausprägungen des Ist- und Soll-Objekts auf derselben Skala.

**Urteil:** An den Soll-Ist-Vergleich schließt sich der Urteilsbildungsprozess, in Form einer Abweichungsanalyse, an. Das Urteil hat das Ergebnis der Prüfung zum Inhalt und nimmt zur Fehlerhaftigkeit bzw. Fehlerlosigkeit des Prüfungsobjekts Stellung. Nicht jede im Vergleichsprozess festgestellte Abweichung stellt einen Fehler dar. Zu berücksichtigen sind Toleranzen, die aus den jeweiligen Normen resultieren sowie Unschärfebereiche, die sich ergeben, wenn die Merkmale von Ist- und Soll-Objekten nicht ausreichend erfasst werden können. Die genaue Beurteilung eines festgestellten Fehlers hängt von den Möglichkeiten der Messung ab. Der Urteilsbildung folgen die Formulierung des Prüfungsergebnisses und die Urteilsmitteilung (Bestätigungsvermerk und Prüfungsbericht).

## **Arten**

### **Unternehmungszugehörigkeit des Prüfungsträgers**

- a) Externe Prüfung: Der Prüfer gehört nicht der Unternehmung an, er ist zB Wirtschaftsprüfer.
- b) Interne Prüfung: Der Prüfer ist Mitarbeiter des Unternehmens, er ist zB in der internen Revision tätig.

### **Rechtsnatur der Prüfungsgrundlage**

- a) Gesetzlich vorgeschriebene Prüfung: Es besteht gesetzliche Prüfungspflicht.
- b) Gesetzlich vorgesehene Prüfung: Es gibt Prüfungsrechte, von denen kein Gebrauch gemacht werden muss. Innerhalb gesetzlich fixierter Grenzen ist die Gestaltung der Prüfung den Prüfungsberechtigten überlassen, welche wiederum gesetzlich bestimmt werden.
- c) Vertraglich ausbedungene Prüfung: Prüfungsgrundlage ist eine vertragliche Übereinkunft zwischen Prüfungsberechtigten und zu prüfendem Unternehmen. In der Regel wird im Vertrag der Höchstumfang der Prüfungsrechte festgelegt, sie müssen jedoch nicht zwingend ausgeschöpft werden.

d) Freie Prüfung: Grundlage ist allein der Prüfungsauftrag, der von der zu prüfenden Unternehmung erteilt wird. Prüfungsobjekt, Prüfer (extern oder intern) und zugrunde liegende Prüfungsnormen werden durch den Auftraggeber festgelegt.

### **Häufigkeit**

a) Periodische (laufende) Prüfung

b) aperiodische (einmalige, aber auf besonderen Anlass beruhende) Prüfung, oft auch Sonderprüfung genannt

### **Ziel der Prüfung**

a) Ordnungsmäßigkeitsprüfung: Prüfung der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen oder innerbetrieblicher Anweisungen

b) Zweckmäßigkeitsprüfung: Prüfung der Zweckmäßigkeit betrieblicher Strukturen und Prozesse

### **Art der Prüfungsobjekte**

Es ist eine Vielzahl von Prüfungsobjekten möglich. Beispiele für eine Differenzierung der Prüfung nach Prüfungsobjekten sind:

a) Situationsprüfung: Das ist eine Prüfung zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens, bei der die allgemeine Situation des gesamten oder einzelne Teile der Unternehmung ermittelt werden soll, wie zB mittels Rentabilitätsprüfung oder Liquiditätsprüfung.

b) Institutionsprüfung/Organisationsprüfung: Bei dieser Prüfung wird die Organisation der Unternehmung oder ihrer organisatorischen Einheiten überprüft. Besonderes Augenmerk wird auf die Zweckmäßigkeit betrieblicher Strukturen und Prozesse gerichtet.

c) Aufdeckungsprüfung: Diese Art von Prüfung soll Unterschlagungen und Veruntreuungen aufdecken.

### **Art der Prüfungshandlung**

Eine Vielzahl von Prüfungshandlungen ist denkbar, wie zB eine Abstimmungsprüfung, eine Übertragungsprüfung oder eine rechnerische Prüfung.

### **Komplexität des Prüfungsobjekts**

- a) Einfache Prüfung: Das abzugebende Prüfungsurteil beruht auf nur einem Soll-Ist-Vergleich, dies ist jedoch nicht der Regelfall.
- b) Komplexe Prüfung: Die Abgabe eines Urteils beruht auf einer Mehrzahl von einzelnen Soll-Ist-Vergleichen.

Möglichkeiten der Verdichtung zu einem Gesamturteil:

- a) Zusammenfassung unverbundener Einzelurteile: Ohne Berücksichtigung diverser Abhängigkeiten zwischen den einzelnen prüfungsrelevanten Merkmalen werden Einzelurteile gefällt. Durch geeignete Verfahren (zB Durchschnittsbildung, Anwendung von Gewichtungssystemen) werden sie zu einem Gesamturteil zusammengefasst.
- b) Bildung von Prüfungsketten: Ist ein komplexes Urteil über mehrere miteinander in Verbindung stehende Ist-Objekte erforderlich, wird eine Verkettung von Einzelurteilen in Form von zeitlich nacheinander geschalteten Primärvergleichen vorgenommen. Soll-Objekte aus den geprüften Ist-Objekten des vorhergehenden Primärvergleichs werden daraus abgeleitet. Dies kann sich mittels einer progressiven Prüfungskette, wie bei einer Jahresabschlussprüfung ereignen, wo die Prüfung ausgehend vom wirtschaftlichen Tatbestand erfolgt, um letztlich ein Urteil über eine Bilanzposition zu fällen. Oder aber durch eine retrograde Prüfungskette bei umgekehrter Prüfungsrichtung. Die Prüfungsketten können auch verzweigt oder unverzweigt sein. Eine Verzweigung resultiert aus der Verflechtung von Ausgangsdaten und Zwischen- oder Endurteilen.

### **Prüfungsintensität**

- a) Lückenlose Prüfung: Sämtliche zum Prüfungskomplex gehörenden Ist-Objekte werden geprüft.
- b) Stichprobenprüfung: Es werden nur ausgewählte Stichproben überprüft.

### **Angewandte Methoden des Soll-Ist-Vergleichs**

- a) Eine direkte Prüfung liegt vor, wenn die Zuordnung von Messwerten zu einzelnen Maßgrößen unmittelbar und direkt erfolgt.
- b) Bei einer indirekten Prüfung ereignet sich die Prüfung aufgrund indirekter Messung. Es werden Ersatzobjekte herangezogen und hieraus Rückschlüsse für die zu beurteilenden Objekte gezogen. Voraussetzung dafür ist ein funktionaler Zusammenhang, da eine Ver-

knüpfung nur in diesem Fall sinnvoll vorgenommen werden kann. Bei der indirekten Ermittlung des Soll-Objekts wird nur ein Bestandteil des Soll-Ist-Vergleichs indirekt ermittelt.<sup>13</sup>

### 2.1.3. Investmentfonds

#### Definition

Ein Fonds wird lt. Investmentfondsgesetz folgendermaßen definiert:

*„Ein Kapitalanlagefonds ist ein aus Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten und/oder anderen in § 20 und 21 genannten liquiden Finanzanlagen bestehendes Sondervermögen, das in gleiche, in Wertpapieren verkörperte Anteile zerfällt, im Miteigentum der Anteilinhaber steht und nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gebildet wird.“<sup>14</sup>*

#### Das Prinzip des Investmentfonds

Ein Investmentfonds ist ein Konstrukt zur Geldanlage, worin das eingezahlte Kapital von einer Vielzahl von Anlegern gebündelt wird. Dieses Kapital wird nach dem Prinzip der Risikostreuung in verschiedene Vermögenswerte wie Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Geldmarktinstrumente oder Immobilien angelegt. Es wird von Fondsmanagern fachmännisch verwaltet und soll aufgrund deren spezifischen Wissens einen bestmöglichen Ertrag erzielen. Die Betreuung des Fonds wird von der Kapitalanlagegesellschaft (KAG) übernommen und die Verwahrung und Kontrolle von der Depotbank.<sup>15</sup>

Die Geschichte des Fonds geht weiter zurück als allgemein angenommen. Die ersten investmentähnlichen Gesellschaften entstanden bereits 1822 in Belgien und 1849 in der Schweiz.<sup>16</sup> Um 1860 wurden die ersten eigentlichen Investmentgesellschaften in Schottland und England gegründet, welche 1868 den „Foreign and Colonial Government Trust“ hervorbrachten. Das Ziel dieses ersten Investmentfonds wurde wie folgt beschrieben:

*„Das Ziel der Gesellschaft ist es, den kleinen Sparern dieselben Vorteile zu verschaffen wie den Reichen, indem das Risiko durch die Streuung der Kapitalanlage auf eine Vielzahl ver-*

---

<sup>13</sup> Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Prüfung, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54062/pruefung-v7.html> (Zugriff am 24.06.2011)

<sup>14</sup> Investmentfondsgesetz (InvFG) 1993 §1 (1)

<sup>15</sup> Vgl. Rühl, Andreas: Investmentfonds verstehen und richtig nutzen - Strategien für die optimale Vermögensstruktur; München, Finanzbuch Verlag 2006; S. 40

<sup>16</sup> Vgl. Steiner, Angelika: Investmentfonds oder Lebensversicherung? Altersarmut vermeiden durch die richtige Geldanlage; Hamburg, Diplomica Verlag 2010; S. 41

*schiedener Aktien vermindert wird.“<sup>17</sup>* Dieser Grundgedanke spiegelt die Idee des Investmentfonds bis heute wider.

## **Funktionsweise von Investmentfonds**

### **Kapitalanlagegesellschaft**

Wenn man als Anleger Fondsanteile erwerben will, eröffnet man bei einer Bank ein Konto und überweist die Beträge, die man anlegen will. Die Aufgabe der Kapitalanlagegesellschaft (KAG) ist es dann, das eingelegte Kapital nach dem Grundsatz der Risikostreuung in Wertpapiere als Sondervermögen anzulegen. Die Vermögensgegenstände sollen möglichst günstig erworben und teuer veräußert werden, um für die Anleger einen maximalen Ertrag zu erreichen. Die gesetzlichen Regelungen und die Fondsbestimmungen sind dabei zu beachten. Über die sich daraus ergebenden Rechte werden dem Anleger Investmentfondsanteile ausgestellt. Die KAG ist also das Unternehmen, das Investmentfonds managt und betreut. Sie handelt dabei immer im eigenen Namen und für gemeinsame Rechnung aller Anteilsinhaber.

Häufig werden KAGs auch Investmentgesellschaft oder Fondsgesellschaft genannt. Die meisten österreichischen und deutschen Kapitalanlagegesellschaften sind Tochterfirmen von Banken oder Versicherungsgesellschaften. Im Ausland dagegen (v.a. in den USA und in Großbritannien) gibt es viele unabhängige Fondsgesellschaften.<sup>18</sup>

Für die Gründung einer KAG werden vom Bankwesengesetz (BWG) sowie vom Investmentfondsgesetz diverse Bedingungen gestellt. Die Rechtsform der KAG muss eine Kapitalgesellschaft, also eine Aktiengesellschaft (AG) oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) sein. Ihre Haupttätigkeit ist die Verwaltung von Investmentvermögen und damit im Zusammenhang stehende Geschäfte. Beispiele für solche zulässigen Nebentätigkeiten sind Beteiligungen an Investmentanteilen vertreibender Unternehmen, Kapitalmarktforschung, Kapitalmarktplanung oder die Entwicklung und der Vertrieb von investmentspezifischer Software. Das Anfangskapital einer KAG muss 2,5 Millionen Euro betragen. Die Geschäftsführer müssen zuverlässig und fachlich kompetent sein und die erforderlichen Eigenschaften und Erfahrung für den Betrieb einer KAG aufweisen. Die KAG handelt im Interesse ihrer Anleger und unabhängig von der Depotbank. Alle Voraussetzungen müssen nicht nur zum Zeitpunkt der Antragsstellung, sondern auch während des gesamten Zeitraums des Betriebs

---

<sup>17</sup> <http://www.bvi.de/de/investmentfonds/basiswissen/index.html> Geschichte des Investmentfonds (Zugriff am 18.05.2011)

<sup>18</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; Regensburg, Berlin, Walhalla Verlag 2007; S.34

des Investmentgeschäfts vorliegen. Die KAG wird sowohl vom Aufsichtsrat, von der Finanzmarktaufsicht (FMA), von den Bankprüfern als auch von der Depotbank kontrolliert.<sup>19</sup>

### **Depotbank**

Die Depotbank ist ein inländisches Kreditinstitut und wird von der KAG bestellt. Ohne Depotbank wäre eine KAG funktionsunfähig, da sie die Vermögensgegenstände der Fonds nicht selbst verwahren kann und keine Anteilscheine ausgeben kann. Die KAG und die Depotbank müssen jedoch personell und rechtlich voneinander getrennt sein, um gegenseitige Eingriffe zum Schutze des Anlegers zu verhindern.

Die Aufgaben der Depotbank werden im Investmentfondsgesetz festgelegt. Die Depotbank hat eine Kontrollpflicht im Bezug auf die Tätigkeiten der KAG. Sie muss stets das Investmentfondsgesetz, die Fondsbestimmungen und die Interessen der Anteilsinhaber beachten. Die Hauptaufgaben der Depotbank sind die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, die Verwahrung der zu einem Kapitalanlagefonds gehörigen Wertpapiere und die Führung der zu diesem Fonds gehörigen Konten.

Die Ausgabe von Anteilen erfolgt zum von der Depotbank errechneten Wert zuzüglich eines in den Fondsbestimmungen festgelegten Ausgabeaufschlags. Der Ausgabepreis (und auch Rücknahmepreis) muss bei jeder Ausgabe (bzw. Rücknahme) veröffentlicht werden bzw. mindestens alle 2 Monate, um den zukünftigen Anlegern einen Überblick zu verschaffen. Die Rückgabe von Anteilen ist grundsätzlich nur durch Abwicklung des Fonds durch die Depotbank möglich. Die Anteilsinhaber haben jedoch das Recht, sich gegen Rückgabe des Anteilscheines, der Erträgnisscheine und der Erneuerungsscheine ihren Anteil am Vermögen des Kapitalanlagefonds auszahlen zu lassen. Die Auszahlung des Rücknahmepreises kann unter außergewöhnlichen Umständen ausbleiben, was bei der FMA anzuzeigen ist. Es ist erforderlich, dass stets ausreichendes Bankguthaben vorhanden ist, um anfallende Rücknahmen abwickeln zu können. Auch die Unterfertigung der Anteilscheine zählt zu den Aufgaben der Depotbank, um sicherzustellen, dass von der KAG keine Anteilscheine ohne Mitwirkung der Depotbank ausgestellt werden.

Die Verwahrung der zum Fonds gehörigen Wertpapiere und die Führung der dazu gehörigen Konten ist die zweite Hauptaufgabe der Depotbank. Aktien, festverzinslichen Wertpapiere, Bankguthaben und sonstige Anlagen des Fonds werden von der Depotbank sicher verwahrt. Zum Schutz der Anleger übt sie eine Treuhandfunktion aus. Die Konten und De-

---

<sup>19</sup> Vgl. Paul, Nikolaus: Investmentgeschäft – Organisation und Vertrieb; Wien, neuer wissenschaftlicher Verlag 2003; S. 21 ff.



pots sind daher Treuhandkonten bzw. -depots, die für die KAG gesperrt sind. Diese kann nur mit Zustimmung der Depotbank über das Fondsvermögen verfügen. Es sind für jeden Fonds getrennte Konten und Depots einzurichten.

Weitere Aufgaben der Depotbank sind beispielsweise die Errechnung und Veröffentlichung des Anteilswertes, die Auflage des geprüften Rechenschaftsberichts, die Mitwirkung bei der Erstellung und Änderung der Fondsbestimmungen und die Auszahlung der Gewinnanteile.<sup>20</sup>

### **Fondsmanager**

Für die professionelle Verwaltung der Fonds stellt die Kapitalanlagegesellschaft Fondsmanager ein. Das Fondsmanagement kann aus einzelnen Personen oder aus einem Team bestehen. Es handelt sich um hoch qualifizierte Wertpapierspezialisten mit jahrelanger praktischer Erfahrung aus den Börsen der Welt und Kenntnissen über die Wirtschaftssysteme. Meistens ist ein Team mit dieser Aufgabe betraut, da eine einzelne Person kein Experte für jede Branche und jedes Anlageland dieser Welt sein kann.

Ihre Aufgabe ist es, die von den Sparern eingezahlten Gelder bestmöglich zu verwalten. Sie dürfen dabei jedoch nicht beliebig in jedem Fonds veranlagten was sie wollen. Zum einen müssen sie sich an die Anlagerichtlinien des Investmentfondsgesetzes halten, welche vorschreiben, dass bestimmte Grenzen nicht überschritten werden dürfen, die Mindeststreuung berücksichtigt werden muss und in bestimmte Vermögensgegenstände gar nicht erst investiert werden darf. Außerdem gibt es für jeden einzelnen Fonds einer KAG eine separate Anlagepolitik, an welche die Fondsmanager gebunden sind. Diese grenzt die Möglichkeiten bei der Auswahl der Märkte und Titel ein.<sup>21</sup>

Die Anteilsinhaber haben weder einzeln noch gemeinsam das Recht auf die Verwaltung der Vermögenswerte Einfluss zu nehmen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass das Fondsvermögen ausschließlich von Fachleuten verwaltet wird.<sup>22</sup> Für die Anleger ist es daher wichtig, sich gut über die Fähigkeiten des Fondsmanagements zu informieren. Denn die Leistung des Fondsmanagements spielt eine wesentliche Rolle für die Wertentwicklung eines Fonds. Es ist vorteilhaft einen Fonds mit konstantem Fondsmanagement zu wählen, um die guten Ergebnisse aus der Vergangenheit auch für die Zukunft zu gewährleisten. Um die Kompetenzen der Fondsmanager zu vergleichen, dient die Performance als Grandmes-

---

<sup>20</sup> Vgl. Paul, Nikolaus: Investmentgeschäft – Organisation und Vertrieb; a.a.O.; S. 85 ff.

<sup>21</sup> Vgl. Rühl, Andreas: Investmentfonds verstehen und richtig nutzen; a.a.O.; S. 44 ff.

<sup>22</sup> Vgl. Paul, Nikolaus: Investmentgeschäft – Organisation und Vertrieb; a.a.O.; S. 75

ser. Man vergleicht am besten die Performance verschiedener Fonds mit gleichen Anlagegrundsätzen über einen Zeitraum von ein bis fünf Jahren.<sup>23</sup>

Ein Investmentfonds ist ein Sondervermögen und hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Das Vermögen des Fonds gehört weder der Kapitalanlagegesellschaft noch dem Fondsmanger oder der Depotbank. Das Geld gehört allen Anleger im Verhältnis ihrer Einlage zum Gesamtvermögen, daher muss jeder Fonds auch separat verwaltet und verbucht werden. Durch diese Trennung ist jeder Fonds geschützt vor der Wertveränderung der anderen Fonds und vor Zugriffen der KAG oder ihrer Gläubiger.<sup>24</sup>

### **Fondspreise**

Der **Anteilswert** eines Investmentfonds wird von der Depotbank börsentäglich berechnet und veröffentlicht. Er entsteht nicht durch Angebot und Nachfrage, sondern die Depotbank muss alle Vermögensgegenstände im Fonds zu den aktuellen Tagespreisen bewerten und addieren. Die Summe all dieser Preise abzüglich der Verbindlichkeiten des Fonds ergibt das Fondsvermögen. Teilt man dies durch die Anzahl der ausgegebenen Anteile, so erhält man den Anteilswert des Fonds. Da die Vermögensgegenstände im Fonds täglichen Kursschwankungen unterliegen, schwankt auch der Anteilswert des Fonds. Laufende Gebühren werden dem Fonds jedoch nicht sofort angelastet, es werden Rückstellungen gebildet, um ein abruptes Abfallen des Anteilswertes zu vermeiden.

Der **Ausgabepreis** und der **Rücknahmepreis** eines Fonds sind oft nicht identisch, da viele Fonds einen Ausgabeaufschlag nehmen. Der Ausgabeaufschlag ist ein von der KAG individuell festgelegter Faktor, der beim Erwerb von Fondsanteilen auf den Rücknahmepreis aufgeschlagen wird.<sup>25</sup>

### **Vorteile/Nachteile von Investmentfonds**

Fonds haben eine Reihe von Vorteilen für Privatanleger, die sie von anderen Anlageformen wie Versicherungsprodukten, Zertifikaten und konventionellen Sparanlagen zum Teil deutlich unterscheiden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die erzielbaren Renditen, die Flexibilität für den Anleger und die Kosten.

Die zehn wichtigsten Vorteile von Investmentfonds werden wie folgt kurz aufgelistet und im Anschluss näher erläutert:

---

<sup>23</sup> Vgl. Götte, Rüdiger: Aktienanleihen, Discount-Zertifikate, Fonds, Genussscheine – Risiken und Strategien; Marburg, Tectum Verlag 2001; S. 54 f.

<sup>24</sup> Vgl. Steiner, Angelika: Investmentfonds oder Lebensversicherung?; a.a.O.; S. 41

<sup>25</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S. 42 f.

- ✓ Bequeme und professionelle Verwaltung durch erfahrene Fondsmanager mit direktem Zugriff auf die Informationen an den weltweiten Finanzmärkten
- ✓ Transparenz über Kosten, Gebühren, Kursentwicklung, Anlagestrategie und Risikoprofil
- ✓ Risikostreuung durch Anwendung finanzwissenschaftlicher Forschungsergebnisse und breite Abdeckung unterschiedlichster Märkte
- ✓ Attraktive Rendite durch günstige Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung verschiedenster Unternehmen und Regionen der Welt
- ✓ Anlegerschutz durch strenge staatliche Reglementierung und Kontrolle
- ✓ Konkursicherheit durch Verwahrung des Fonds als Sondervermögen bei einer Depotbank
- ✓ Flexibilität durch laufende Verfügbarkeit ohne Kündigungsfristen
- ✓ Vergleichbarkeit und Qualitätskontrolle über Ranglisten durch neutrale Agenturen
- ✓ Vielfalt für individuelle Anlagelösungen und verschiedenste Bedürfnisse
- ✓ Steuerliche Begünstigungen, wie zum Beispiel keine Spekulationssteuer auf Fondsebene<sup>26</sup>

Risikostreuung ist der wichtigste Vorteil, den Investmentfonds zu bieten haben. Kaum ein Anleger ist nämlich in der Lage mit seinem eigenen Vermögen eine breite Risikostreuung zu erreichen. Und diese ist besonders wichtig, damit das Vermögen des Anlegers nicht zu starke Verluste einbüßen muss, wenn ein bestimmter Markt einen Einbruch erleidet. Bei einem breit gestreuten Fondsportfolio ist bei einem Teilmarkteinbruch nur ein kleiner Teil des Vermögens betroffen.

Ein weiterer wichtiger Vorteil von Fonds ist die Sicherheit. Die Investmentgesetze in fast allen Staaten garantieren einen hohen rechtlichen Standard an Sicherheit. Sie legen genau fest, was Fonds dürfen und was nicht. Die Einhaltung der Gesetze wird von einer Aufsichtsbehörde genau überwacht. Der Fonds muss regelmäßig über seine Geschäftstätigkeiten Bericht erstatten und dieser Bericht wird von unabhängigen Wirtschaftsprüfern überprüft. Das Fondsvermögen wird von der Depotbank als Sondervermögen treuhänderisch verwahrt und ist im Falle einer Insolvenz der KAG oder Depotbank vor dem Zugriff Dritter geschützt.

Die Spekulationsfrist für Wertpapiere muss bei Fonds nicht eingehalten werden. Gewinne, die sich rasch ergeben, können daher sofort mitgenommen werden. Die Transaktionskosten für den Kauf und Verkauf von Wertpapieren sind für Investmentfonds relativ günstig, da sie am Markt als Großanleger auftreten.

---

<sup>26</sup> Vgl. Gunter, Markus: Erfolgreich investieren mit Investmentfonds – Die clevere Art reich zu werden; Finanz-Buch Verlag 2007; S.16 f.

Die erfahrenen Fondsmanager verwalten die Fonds professionell und können auf Datenbanken und Informationsquellen der internationalen Finanzmärkte zugreifen, was einem Privatanleger nicht möglich ist. Sie kümmern sich um die Anlage, legen Zinsen und Verkaufserlöse wieder neu an, schichten wenn nötig um und vieles mehr, so dass der Anleger sich um nichts mehr kümmern muss.

Durch die nicht vorhandenen Kündigungsfristen kann das Vermögen jederzeit liquidiert werden. Es wird aus dem Fonds entnommen und wieder auf das Bankkonto des Anlegers gutgeschrieben. Der Anleger kann daher flexibel auf plötzliche Geldprobleme reagieren.

Investmentfonds sind sehr transparent. Im Verkaufsprospekt und im Rechenschaftsbericht bekommt man ein genaues Bild über die Anlagepolitik und die Gebührenstruktur des Fonds. So können Fonds leicht miteinander verglichen werden. Auch in den Tageszeitungen oder dem Internet kann die Entwicklung des Fonds täglich verfolgt werden.

Mit Fonds hat man außerdem den Vorteil, dass alle Märkte und Regionen der Welt in diversen Fonds abgedeckt sind, in welche man als Privatanleger nicht ohne weiteres investieren könnte.<sup>27</sup>

Ein wesentlicher Nachteil von Investmentfonds liegt darin, dass es keine Garantie dafür gibt, dass das angelegte Kapital erhalten bleibt. Bei einem Kurseinbruch besteht das Risiko eines Verlustes. Dieses Kursverlustrisiko stellt vor allem bei Pensionsantritt ein großes Problem dar, wenn der Fonds zur Pensionsvorsorge gehalten wurde. Durch Anpassung des Wertpapier-Portfolios in Form von Umschichtungen kann das Risiko jedoch reduziert werden.<sup>28</sup>

Ein weiteres Problem ist der Interessenskonflikt zwischen Kapitalanlagegesellschaft und Depotbank. Die KAG ist bestrebt, die Fremdgebühren so gering wie möglich zu halten, um eine bessere Performance zu erzielen. Die Depotbank hingegen ist darauf aus eine möglichst hohe Gebühr für die Verwahrung des Fondsvermögens und für die Wertpapier-Transaktionen zu erhalten.

Es kann außerdem passieren, dass das Fondsmanagement nicht so gut ist wie erhofft. Wie in jedem Beruf gibt es gute und weniger gute Mitarbeiter.<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S. 58 ff.

<sup>28</sup> Vgl. Steiner, Angelika: Investmentfonds oder Lebensversicherung?; a.a.O.; S. 43

<sup>29</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S. 64 f.

## **Arten von Investmentfonds**

Zur strukturellen Darstellung der unterschiedlichen Fondstypen bieten sich verschiedene Einteilungsmöglichkeiten an. Am sinnvollsten erscheint die Einteilung nach dem Anlegerkreis, nach der Konstruktion der Fonds, nach der Verwendung der Erträge und nach den Vermögenswerten im Fonds.

### **Publikumsfonds vs. Spezialfonds**

Publikums- und Spezialfonds unterscheiden sich hauptsächlich durch den Kreis ihrer Anleger. Publikumsfonds werden dem breiten Anlegerpublikum angeboten und sind so gestaltet, dass jeder Privatanleger (natürliche Person) kleine Beträge anlegen kann. Der Anlegerkreis richtet sich nach dem Anlagenschwerpunkt des Fonds.

Spezialfonds hingegen sind institutionellen Anlegern wie Kreditinstituten, Versicherungsgesellschaften oder Pensionskassen vorbehalten. Bis zu 10 institutionelle Anleger (nicht natürliche Personen bzw. natürliche Personen mit Mindesteinlage EUR 250.000) können einen Spezialfonds gemeinsam verwalten lassen, wobei die meisten einen eigenen Spezialfonds anlegen lassen, der nach ihren individuellen Anlagenschwerpunkten gestaltet wird. Da institutionelle Anleger Einfluss auf die Anlagerichtlinien nehmen können und man von ihnen gewisse Erfahrungen im Wertpapiergeschäft erwarten kann, wurden für Spezialfonds bestimmte gesetzliche Erleichterungen geschaffen.<sup>30</sup>

### **Offene vs. Geschlossene Fonds**

Offene Investmentfonds zeichnen sich dadurch aus, dass die Anzahl der ausgegebenen Anteile nicht begrenzt ist, es können jederzeit neue Investmentanteile ausgegeben werden. Dies wird als Open-End-Prinzip bezeichnet. Der Anleger hat hier das Recht, seine Investmentanteile jederzeit zurückzugeben. Die KAG ist verpflichtet, die Anteile zum tagesaktuellen Rücknahmepreis zurückzunehmen. Die Liquidität der Anteilscheine ist dadurch für den Anleger gewährleistet.

Geschlossene Fonds oder Closed-End-Funds sind Fonds mit einer von vornherein begrenzten Anzahl an ausgegebenen Anteilscheinen. Sobald das geplante Volumen erreicht ist, wird der Fonds geschlossen und es werden keine weiteren Anteile mehr ausgegeben. Der Anleger hat hier im Gegensatz zum offenen Fonds kein Recht auf die Rücknahme seiner Anteile.

---

<sup>30</sup> Vgl. Tolkmitt, Volker: Neue Bankbetriebslehre – Basiswissen zu Finanzprodukten und Finanzdienstleistungen; Gabler Verlag 2007; S. 309

Will er seine Anteile veräußern, muss er sie an der Börse verkaufen. Der Preis wird somit von Angebot und Nachfrage bestimmt und weicht vom Nettoinventarwert des Fonds ab.

In Österreich und Deutschland gibt es bislang ausschließlich offene Investmentfonds. Geschlossene Fonds findet man vor allem in den USA und Großbritannien vor.<sup>31</sup>

### **Ausschüttende vs. Thesaurierende Fonds**

Investmentfonds erzielen laufende Erträge wie Kursgewinne, Dividendenerträge, Erlöse aus Bezugsrechten, Zinseinnahmen oder Mieterträge. Diese Erträge werden bei einem ausschüttenden Fonds in der Regel einmal jährlich an die Anteilsinhaber ausbezahlt. Bei einem thesaurierenden Fonds hingegen werden sie zur Wiederanlage innerhalb des Fonds verwendet und führen somit zu einer dauernden Wertsteigerung.

Die Frage, ob ein ausschüttender oder ein thesaurierender Fonds für den Anleger vorteilhafter ist, ist schnell beantwortet. Zwischen zwei Ausschüttungsterminen fließen die Erträge kontinuierlich dem Fondsvermögen zu, was zu einem Anstieg des Anteilswertes führt. Am nächsten Ausschüttungstag sinkt in einem Ausschüttungsfonds der Anteilswert um den Betrag der Ausschüttung, während er sich in einem Thesaurierungsfonds nicht verändert. Ausgleichend für den Kursrückgang beim Ausschüttungsfonds bekommt man den Ausschüttungsbetrag auf sein Konto gutgeschrieben. Für den Anleger ist es somit unerheblich, ob der Fonds ausschüttet oder thesauriert, die Erträge fließen ihm in beiden Fällen zu. Der einzige Vorteil des thesaurierenden Fonds ist, dass die administrativen Kosten, die bei einer Ausschüttung anfallen – wie zB für die Berechnung, die Veröffentlichung oder Überweisung – entfallen.

Wenn der Ausschüttungsbetrag gleich wieder im Fonds angelegt wird, wird ein Rabatt auf den Ausgabeaufschlag gewährt – der Wiederanlagerabatt.

Viele Kapitalanlagegesellschaften legen auch Fonds mit einer ausschüttenden und einer thesaurierenden Tranche an.<sup>32</sup>

### **Einteilung nach Vermögenswerten**

#### **Aktienfonds**

Der Aktienfonds ist gewissermaßen der Urtyp des Investmentfonds und bis heute eine häufig gewählte Form bei Fondsinvestments. Er legt das Geld der Anleger in erfolgsverspre-

---

<sup>31</sup> Vgl. Steiner, Angelika: Investmentfonds oder Lebensversicherung?; a.a.O.; S. 45

<sup>32</sup> Vgl. Rühl, Andreas: Investmentfonds verstehen und richtig nutzen; a.a.O.; S. 77 und S. 164 f.

chende Aktiengesellschaften an. Üblicherweise befinden sich in einem Aktienfonds 50 bis 100 unterschiedliche Papiere. In welche Art von Titeln angelegt wird, ist in den Fondsbestimmungen bzw. im Verkaufsprospekt festgelegt. Meistens orientiert er sich an geographischen Kriterien oder nach Branchen oder Themen.

Die klassische Idee des Aktienfonds ist, sich weltweit die besten Aktien herauszusuchen. Die jeweiligen Börsenindizes dienen bei der Auswahl als Orientierungshilfe. Bei der Entscheidung für die größten und umsatzstärksten Unternehmen eines jeden Landes ist die Verlustgefahr am geringsten. Bei internationalen Aktienfonds muss man auch das Risiko von Wechselkursschwankungen beachten. Konzentriert man sich auf Aktien des eigenen Landes oder des Währungsraums (zB Euro-Raum), kann man dieses Risiko ausräumen.

**Länder-/Regionenfonds** spezialisieren sich immer auf bestimmte Länder oder Gebiete wie zB USA, Europa oder Asien. Meistens veranlagen sie in die größten Unternehmen dieser Regionen (die so genannten Blue Chips), alternativ dazu wird mittlerweile auch schon vermehrt nur in die mittleren (Mid Caps) oder nur in die kleinen Gesellschaften (Small Caps) investiert. Zu beachten ist hierbei jedoch, dass der Fonds umso risikoreicher ist, je kleiner das Gebiet ist, auf das der Fonds spezialisiert ist. Wirtschaftliche Veränderungen in einem bestimmten Land wirken sich stärker aus. Ein spezieller Fall von Länder-/Regionenfonds stellen Emerging Markets Fonds dar. Hier wird in Schwellenländer investiert, die sich erst am Anfang des Wirtschaftsaufschwungs befinden. Dazu zählen zB die ehemaligen Ostblockstaaten, ostasiatische Ländern, die Türkei oder Russland.

Aufgrund der Globalisierung konzentrieren sich Anleger vermehrt auf Branchen und weniger auf Länder. **Branchenfonds** investieren in Unternehmen, die zB mit Technologie, Telekommunikation, Rohstoffen oder der Umwelt wirtschaften. **Themenfonds** sind zB auf Gesundheitsbewusstsein, Ökologie oder Ethik spezialisiert.<sup>33</sup>

**Indexfonds** bilden einen bestimmten Aktienindex nach. Das lässt sich am einfachsten erreichen, indem alle Aktien in diesem Index gemäß ihrem Gewicht gekauft werden. Die Verwendung eines kleinen Portfolios repräsentativer Aktien oder von Index-Futures wären weitere Möglichkeiten der Nachbildung.<sup>34</sup>

---

<sup>33</sup> Vgl. Raab, Wolfgang: Grundlagen des Investmentgeschäfts; Frankfurt, Bankakademie-Verlag 2007; S. 51 ff.

<sup>34</sup> Vgl. Hull, John: Risikomanagement Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitutionen; Pearson Studium 2011; S. 79

Aktienfonds können von allen Anlageformen die beste Wertentwicklung vorweisen. Sie sind für die langfristige Anlage und Sparpläne (Cost-Average-Effekt) geeignet. Sie sind aber auch volatil, d.h. sie sind hohen Kursschwankungen ausgesetzt und somit sehr risikoreich.<sup>35</sup>

### **Renten(Anleihen-)Fonds**

Anleihen- oder Rentenfonds sind neben den Aktienfonds am weitesten verbreitet. Im Gegensatz dazu sind sie jedoch sicherer. Sie investieren hauptsächlich in festverzinsliche Wertpapiere wie Anleihen vom Bund, Ländern, Bahn oder anderen öffentlichen Institutionen, Anleihen von erstklassigen Bank- und Industrieunternehmen, Pfand- und Kommunalbriefe und sonstige Rentenpapiere.

Bei Rentenfonds werden fällige Wertpapiere und Zinsen direkt wieder angelegt. Dies ist vor allem im Vergleich zur Direktanlage von Privatanlegern ein erheblicher Vorteil. Ferner gilt, wie bei den Aktienfonds, wenn man in nationale Anleihen oder Anleihen des gleichen Währungsraumes investiert, entfällt das Risiko von Wechselkursschwankungen. Es gibt jedoch Fonds, die bewusst in Fremdwährung angelegt werden und das Wechselkursrisiko eingehen, da sie die Chance auf Währungsgewinne sehen. Außerdem gibt es Länder, in denen höhere Zinsen geboten werden als in Europa.

Die Auswahl der ertragreichsten Renten für einen Fonds ist nicht so einfach wie man annimmt. Man darf sich nicht verleiten lassen, die Anleihe mit den höchsten Zinsen zu nehmen, denn kein Unternehmen zahlt freiwillig einen höheren Zins. Die Höhe der Zinsen hängt von der Bonität (die Fähigkeit der Emittenten, die Schulden zurückzahlen zu können) der Unternehmen ab, also je höher der Zinssatz umso geringer die Bonität. Eine Orientierungshilfe für die Bonität bietet das Rating durch bekannte Agenturen. Oft nehmen die Fondsmanger auch Anleihen mit geringer Bonität ins Portfolio auf, um von den höheren Zinsen zu profitieren. Aufgrund der Risikomischung würde sich ein Ausfall dieser Anleihen auch nur geringfügig auf die Performance des Fonds auswirken.<sup>36</sup> **High Yield Fonds** investieren ausschließlich in Renten mit niedriger Bonität und somit hohen Zinsen. Das Risiko eines Verlustes, aufgrund der Pleite einer oder mehrerer Unternehmen im Portfolio, ist extrem groß.<sup>37</sup>

Eine weitere Form der Risikostreuung bei Rentenfonds ist die Strukturierung des Vermögens nach unterschiedlichen Fälligkeiten der Papiere. Dadurch ergibt sich der Vorteil, dass die Anleihen zu unterschiedlichen Zeitpunkten fällig sind und somit zu unterschiedlichen

---

<sup>35</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S.164

<sup>36</sup> Vgl. Raab, Wolfgang: Grundlagen des Investmentgeschäfts; a.a.O.; S. 56 ff.

<sup>37</sup> Vgl. Rühl, Andreas: Investmentfonds verstehen und richtig nutzen; a.a.O.; S. 136 f.



Zeitpunkten wieder angelegt werden. Das Risiko einer Zinsänderung kann dadurch reduziert werden und eine gewisse Ergebnisstabilität aufgebaut werden. Darüber hinaus könnte man diesem Risiko auch mit **Kurzläufferfonds** entgegenwirken. Diese Fonds investieren nur in Papiere, die in naher Zukunft fällig werden und daher weniger anfällig sind für Kurschwankungen.<sup>38</sup>

### **Gemischte Fonds**

Gemischte Fonds stellen eine Kombination aus Aktien- und Anleihefonds dar, sie investieren sowohl in Aktien als auch in Anleihen (Renten). Diese Form der Fonds hat den Vorteil, dass sie sehr flexibel auf Veränderungen des Kapitalmarktes reagieren kann und dass aufgrund der möglichen zusätzlichen anlagespezifischen Diversifikation den Risiken und Nachteilen von reinen Aktien- oder Anleihefonds entgegengewirkt werden kann. Wie erwähnt sind die größten Nachteile bei Aktienfonds das hohe Risiko und bei Anleihefonds die geringe Ertragserwartung.

Die Mindest- oder Maximalgrenzen der Investition des Fonds in Aktien oder Anleihen ist meistens in den Fondsbestimmungen festgehalten. Dies ermöglicht potentiellen Investoren die Einschätzung der Risikobereitschaft dieses Fonds.<sup>39</sup>

**Total Return Fonds** versuchen in allen Börsephasen ein positives Ergebnis zu erzielen. Für die Anleger ist es irrelevant auf welchem Weg das geschieht, also durch welche Wertpapiere der Wertzuwachs zustande kommt. Es wird immer in den Markt investiert, der zurzeit am erfolgsversprechendsten scheint, sei es der Aktienmarkt, der Rentenmarkt oder Finanzinstrumente wie Optionen oder Futures.<sup>40</sup>

### **Dachfonds**

Dachfonds, im Ausland fund of funds genannt, investieren das von ihnen verwaltete Vermögen überwiegend in andere Investmentfonds, sogenannte Subfonds. Daraus ergibt sich die Möglichkeit einer weiteren Streuung des Risikos, denn sie können aus allen Investmentfonds die besten herausuchen. Sie sind dabei nicht nur auf die Fonds der eigenen Kapitalanlagegesellschaft beschränkt, sondern können in die Fonds aller Gesellschaften weltweit investieren. Anstatt sich also selbst kostspieliges Know-how aufzubauen, wird der Dachfonds mit der dahinter stehenden Expertise gekauft.

---

<sup>38</sup> Vgl. Raab, Wolfgang: Grundlagen des Investmentgeschäfts; a.a.O.; S. 56 ff.

<sup>39</sup> Vgl. Adametz, Johann: Investmentfonds – DER Praktikerleitfaden; Wien, Linde Verlag 2004; S. 36

<sup>40</sup> Vgl. Raab, Wolfgang: Grundlagen des Investmentgeschäfts; a.a.O.; S. 56

Zum anderen ermöglichen Dachfonds eine professionelle und breit gestreute Vermögensverwaltung auch für Kleinanleger. So können eben auch diese breiter gestreut investieren als bei reinen Aktien- oder Rentenfonds. Die meisten Dachfonds spiegeln eine bestimmte Risikoeinstellung wider und das Vermögen ist dementsprechend in Aktien-, Renten- und Geldmarktfonds verteilt. Der Anleger trifft daher nur die Entscheidung über das gewollte Anlagerisiko und die konkrete Aufteilung, Gewichtung und die Länderausrichtung der einzelnen Subfonds wird vom Fondsmanagement des Dachfonds übernommen.<sup>41</sup>

Aus steuerlicher Sicht gelten für Dachfonds in Österreich spezielle Regelungen. Vom Dachfonds bzw. den darunter liegenden Fonds werden Erträge auf verschiedenen Ebenen erzielt und die steuerpflichtigen ausschüttungsgleichen Erträge müssen daher ermittelt werden. Nach den derzeit gültigen Bestimmungen des österreichischen Investmentfondsgesetzes ist ein Fonds als Dachfonds qualifiziert, wenn er zu einem Zeitpunkt des Rechnungsjahres über 10 % seines Fondsvermögens in Anteile anderer Kapitalanlagefonds veranlagt.<sup>42</sup>

### **Geldmarktfonds**

Wollte man früher sein Geld nur kurzfristig anlegen, musste man auf Geldmarktkonten oder das klassische Sparbuch zurückgreifen. Geldmarktkonten hatten jedoch hohe Mindestanlagensummen und waren außerdem nicht täglich verfügbar. Somit wurden die Geldmarktfonds aufgelegt. Das sind Fonds, die ihre Vermögenswerte zu 100% in verzinsliche Geldmarkttitel mit kurzer Laufzeit investieren dürfen. Zu diesen Titeln zählen Termingelder bei Banken, Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von maximal 12 Monaten, unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, Depositen-Zertifikate, kurzfristige Schuldtitel von Banken oder Unternehmen erster Bonität, abgezinste Wertpapiere und variabel verzinsliche Schuldverschreibungen.

Geldmarktfonds werden teilweise ohne Ausgabeaufschlag angeboten und sind daher für eine Anlage von wenigen Monaten geeignet. Der größte Vorteil dieser Fonds ist die hohe Liquidität, genauer gesagt gehören Geldmarktfonds zum liquidesten Fondstypus. Eine längerfristige Anlage macht demzufolge auch Sinn.<sup>43</sup>

### **Immobilienfonds**

Immobilienfonds investieren, wie der Name schon sagt, in Immobilien, überwiegend in gewerblich genutzte Grundstücke und Gebäude. Mietwohngrundstücke spielen eine gerin-

---

<sup>41</sup> Vgl. Raab, Wolfgang: Grundlagen des Investmentgeschäfts; a.a.O.; S. 61

<sup>42</sup> Vgl. Adametz, Johann: Investmentfonds – DER Praktikerleitfaden; a.a.O.; S. 37

<sup>43</sup> Vgl. Raab, Wolfgang: Grundlagen des Investmentgeschäfts; a.a.O.; S. 59 f.

ge Rolle. In einigen Fällen werden Gebäude im Auftrag der KAG errichtet, der Fonds schlüpft hier in die Rolle des Projektentwicklers. Immobilienfonds können in offene und geschlossene Immobilienfonds unterteilt werden.

Mit der Auflage von **offenen Immobilienfonds** gelingt es den Kapitalanlagegesellschaften, die an und für sich widersprüchlichen Merkmale langfristige Anlage und tägliche Verfügbarkeit, sowie hohe Immobilienpreise und kleine Anlagesummen zu verbinden.

Der offene Immobilienfonds investiert in mehrere Objekte, um die Risikostreuung zu gewährleisten. Bei diesen Objekten wird darauf geachtet, dass solche mit unterschiedlichen geografischen Standorten und verschiedenen Nutzern ausgewählt werden.

Die Einnahmen eines offenen Immobilienfonds sind die Mieten. Üblich sind indexierte Mietverträge, welche über mehrere Jahre laufen und dafür sorgen, dass sich die Miete analog zu einem bestimmten Indikator entwickelt. Das Fondsmanagement achtet auch hier darauf, dass die Verträge nicht gleichzeitig auslaufen und die Neuabschlüsse in unterschiedlichen Phasen des Immobilienmarktes getätigt werden. Der Erfolg eines Immobilienfonds hängt nicht nur von der Höhe der Mieteinnahmen ab, sondern auch von der Wertsteigerung der Immobilien.

Die Anlagevorschriften für offene Immobilienfonds schreiben vor, dass ein gewisses Maß an Liquidität vorzuhalten ist. Dadurch wird gewährleistet, dass die Fonds die tägliche Anteilscheinrückgabe erfüllen können und Notverkäufe einzelner Objekten zu ungünstigen Preisen können verhindert werden.

Viele offene Immobilienfonds legen mittlerweile verstärkt im Ausland an und setzen auf Immobilienmärkte, die ein größeres Wertsteigerungspotential nachweisen.<sup>44</sup>

Bei **geschlossenen Immobilienfonds** handelt es sich um eine langfristige Anlage. Diese Fonds laufen etwa 15 bis 20 Jahre und der Anleger kann seine Anteile in dieser Zeit normalerweise nicht verkaufen. Es gibt jedoch einen Markt für Anteile aus geschlossenen Immobilienfonds, wo die Preise nach Angebot und Nachfrage bestimmt werden und daher nur grob am Wert der zugrundeliegenden Immobilie orientiert sind.

Geschlossene Immobilienfonds investieren im Gegensatz zu offenen in nur wenige Objekte. Der Standort der Objekte ist auch hier sehr wichtig einerseits für die Wertsteigerung und andererseits für den Verkaufserlös für die spätere Veräußerung der Immobilien.

---

<sup>44</sup> Vgl. Raab, Wolfgang: Grundlagen des Investmentgeschäfts; a.a.O.; S. 60 f.

Es handelt sich bei geschlossenen Immobilienfonds um eine gewerbliche Beteiligung. Diese sind für Anleger besonders interessant, weil sie im Falle eines Verlustes diesen von der Steuer abziehen können. Meistens wird eine Beteiligungsform mit Haftungsbeschränkung gewählt, weshalb die Einnahmen aus geschlossenen Immobilienfonds nicht dem Zinsabschlag unterliegen wie offene Immobilienfonds.<sup>45</sup>

### **Hedgefonds**

Der Name Hedgefonds stand ursprünglich für gesicherte (engl. hedged) Fonds. Der Name spiegelt allerdings nicht die tatsächliche Risikoposition des Fonds wider. Das Investmentfondsgesetz bezeichnet diese Art von Anlage als „Sondervermögen mit besonderen Risiken“.

Der Hedgefonds ist eine relativ neue und besondere Fondsart und gehört zu den Alternativen Investments. Er strebt nach einer absoluten positiven Rendite unabhängig von der aktuellen Marktsituation. Was ihm, aufgrund einer sehr geringen Korrelation im Vergleich zu traditionellen Fonds, auch gelingt. Er schafft es, selbst in sich negativ entwickelnden Märkten positive Renditen erzielen.

Ein Hedgefonds hat keine festen Anlagegrenzen zu beachten und kann seine Anlagestrategie frei wählen. Er ist daher in der Lage, ausgeklügelte, unkonventionelle und geheime Investitionsstrategien zu entwickeln. Der Hedgefonds kann in Single-Hedgefonds und Dach-Hedgefonds unterteilt werden.

Der Single-Hedgefonds darf in alle Anlageinstrumente investieren, in die traditionelle Investmentfonds investieren dürfen. Zusätzlich kann er auch in Edelmetalle, Unternehmensbeteiligungen und Warenterminkontrakte anlegen. Außerdem investieren sie vermehrt in Derivative Instrumente. Bei diesen zusätzlichen Anlageinstrumenten sind die Risiken natürlich viel höher als bei herkömmlichen Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten und Bankguthaben.

Anders als traditionelle Fonds müssen Single-Hedgefonds die Anteilspreise meist nicht täglich berechnen, eine vierteljährliche Berechnung ist ebenfalls zulässig. Ferner kann die Anteilsrückgabe eingeschränkt werden und sie dürfen nicht öffentlich vertrieben werden.

Dach-Hedgefonds legen ausschließlich in in- und ausländische Single-Hedgefonds an. Der Anteil an ein und demselben Single-Hedgefonds darf ein Fünftel des Fondsvermögens des Dach-Hedgefonds betragen, wodurch die Risikostreuung sichergestellt wird. Außerdem

---

<sup>45</sup> Vgl. Götte, Rüdiger: Aktienanleihen, Discount-Zertifikate, Fonds, Genussscheine; a.a.O.; S. 57 f.

müssen die Single-Hedgefonds von verschiedenen Gesellschaften ausgegeben und von verschiedenen Fondsmanagern verwaltet werden.

Auch hier kann die Anteilspreisberechnung und die Anteilsrückgabe auf einen vierteljährlichen Rhythmus beschränkt werden. Jedoch darf der Fonds im Gegensatz zum Single-Hedgefonds öffentlich vertrieben werden.<sup>46</sup>

Viele Hedgefonds sind in Steueroasen registriert, allein 30% aller Hedgefonds befinden sich auf den Cayman Islands.<sup>47</sup>

### **Kosten/Gebühren von Investmentfonds**

Wie bei allen Finanzdienstleistungen fallen die unterschiedlichsten Kosten an, die jedoch kaum irgendwo so transparent sind wie bei Investmentfonds. Die Kosten von Fonds werden im Rechenschaftsbericht ausgewiesen und veröffentlicht. Die Gesamtkostenquote im Fondsvermögen wird durch die „Total Expense Ratio (TER)“ ausgedrückt. Diese bildet alle bei der Verwaltung zulasten des Fonds angefallenen Kosten in Prozent des Fondsvermögens ab.

Man kann bei den Kosten zwischen Außen- und Innenkosten unterscheiden. Die Kosten nach außen fallen auf der Ebene des Anlegers an und werden ihm direkt in Rechnung gestellt. Die inneren Kosten fallen auf der Ebene des Fonds an und werden dem Fondsvermögen entnommen.

#### **Kosten nach außen**

**Depotgebühr:** Diese wird für die Verwahrung der Investmentanteile im Depot erhoben, sofern sich ihre Anteile in einem Bankdepot befinden. Werden sie direkt bei der Fondsgesellschaft deponiert, ist die Verwahrung oft kostenlos oder mit einem niedrigen Betrag begrenzt.

**Ausgabeaufschlag:** Wie bereits erwähnt, fällt beim Erwerb von neuen Fondsanteilen der Rücknahmepreis inklusive eines prozentuellen Ausgabeaufschlags an. Dieser wird von der Fondsgesellschaft festgelegt und muss im Verkaufsprospekt angegeben werden. Die Höhe des Ausgabeaufschlags ist von der Fondsart abhängig, in der Regel beträgt er zwischen ein und sechs Prozent. Verwendet wird er für den Vertrieb und die Einrichtung des Depots und der Konten. Vereinzelt gibt es auch Fonds bei denen der Ausgabeaufschlag entfällt – sogenannte No-load-Fonds.

---

<sup>46</sup> Vgl. Seiler, Katharina: Phasenmodelle und Investmentstilanalyse von Hedge- und Investmentfonds; Frankfurt, Peter Lang Verlag 2009; S. 13 ff.

<sup>47</sup> Vgl. Hull, John: Risikomanagement Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitutionen; a.a.O.; S. 85 f.

**Switchgebühr:** Beim Tausch von einem Fonds gegen einen anderen fällt nicht der gesamte Ausgabeaufschlag an, sondern nur die Switchgebühr. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Fonds derselben Fondsgesellschaft getauscht werden und das Anlagekonto ebenfalls bei dieser Fondsgesellschaft geführt wird.

**Rücknahmegebühr:** Im Normalfall werden für die Rücknahme von Fondsanteilen keine Gebühren verrechnet, nur in vereinzelten Fällen fällt eine Rücknahmegebühr an.

**Wechselkursgebühren:** Bei Fonds, die nicht auf Euro lauten, muss neben den Devisenkursen mit weiteren Spesen für den Währungswechsel gerechnet werden.

### **Kosten im Inneren**

**Verwaltungsgebühr/Management Fee:** Die Verwaltungsgebühr stellt die Haupteinnahmequelle für die Fondsgesellschaft dar und wird für die Verwaltung des Fondsvermögens verwendet. Sie wird in Prozent (je nach Fondsart 0,2 bis 1,5 Prozent pro Jahr) zum Fondsvermögen angegeben und muss im Rechenschaftsbericht und im Verkaufsprospekt veröffentlicht werden. Sie wird durch die Depotbank dem Fondsvermögen direkt angelastet und beeinflusst dadurch die Performance des Fonds negativ.

**Depotbankgebühr:** Die Depotbank erhält für ihre Treuhand- und Abwicklungsaufgaben eine Depotbankgebühr. Sie beträgt zwischen 0,1 und 0,5 Prozent des Fondsvermögens und wird wie die Verwaltungsgebühr direkt aus dem Fondsvermögen entnommen.

**Performance Fee:** Einige Fonds berechnen zusätzlich zur Management Fee eine Performance Fee – eine erfolgsabhängige Management Fee. Diese kommt zum Tragen, wenn Wertentwicklungen oberhalb des entsprechenden Vergleichsindex erzielt werden oder bei Überschreitung einer Mindestrendite. Diese Gebühr treibt Fondsmanager zu noch besseren Leistungen an, verleitet sie jedoch auch dazu, höhere Risiken einzugehen.

**Weitere Kosten:** Für den Geschäftsbetrieb eines Fonds fallen noch weitere Kosten an, wie zB Kosten für die Preisveröffentlichung, für den Druck von Verkaufsprospekten und Rechenschaftsberichten, für die Transaktionen von Wertpapierkäufen und -verkäufen oder für Wirtschaftsprüfungshonorare. Einige dieser Kosten sind Fixkosten und können daher die Wertentwicklung von kleinen Fonds erheblich beeinflussen.<sup>48</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S. 68 ff. und vgl. Rühl, Andreas: Investmentfonds verstehen und richtig nutzen; a.a.O.; S. 166 ff.

## Analyse von Investmentfonds

Für die richtige Auswahl der Fondsanteile, in die man investieren möchte, steht eine Reihe von Kennzahlen zur Verfügung, die den Erfolg der Fonds analysieren und bewerten.

### Performance (Wertentwicklung)

Die Wertentwicklung ist eines der wichtigsten Kriterien beim Vergleich und bei der Auswahl der Fonds. Sie wird in Abständen von drei, fünf, zehn und zwanzig Jahren gemessen und in Prozent angegeben.

Eine wirkliche Transparenz des Ergebnisses lässt sich nur erzielen, wenn die Wertentwicklung der Fonds anhand einheitlicher Kriterien errechnet wird und wenn nur Fonds mit denselben Anlageschwerpunkten in den Vergleich einbezogen werden.

Der Bundesverband Deutscher Investment- und Vermögensgesellschaften (BVI) hat eine Methode entwickelt, die einen objektiven Vergleich aller Fonds im Bezug auf die Managementleistung ermöglichen soll: die **BVI-Methode**. Die Grundlage für die Berechnung der Wertentwicklung ist die Veränderung der Anteilswerte. Zusätzlich wird die Ausschüttung des Fonds mit einberechnet. Es wird angenommen, dass der Ausschüttungsbetrag sofort wiederangelegt wird und wieder in das Fondsvermögen einfließt. Außerdem werden sämtliche Kosten auf Fondsebene, wie Managementgebühr, Depotbankgebühr, Transaktionskosten usw., berücksichtigt. Jedoch nicht der Ausgabeaufschlag bei der Wiederanlage oder die Depotgebühren, was das Ergebnis verzerren kann.<sup>49</sup>

### Volatilität

Die Volatilität ist ein Maß für die Standardabweichung und für das Risiko des Fonds. Sie gibt an, wie stark die Wertentwicklung des Fonds in einem bestimmten Zeitraum geschwankt hat. Je höher die Volatilität ist, umso höher ist das Risiko des Fonds einzuschätzen. Ist diese Zahl niedrig, heißt das, dass die Anteilswerte nicht sehr viel schwanken und dass das Risiko gering ist, durch ungünstige Kauf- und Verkaufszeitpunkte eine schlechte Performance zu erzielen.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. Natter, Alexander: Investmentfonds – Vermögensaufbau mit System; Financial Times Prentice Hall 2002; S. 174 ff.

<sup>50</sup> Vgl. Natter, Alexander: Investmentfonds – Vermögensaufbau mit System; a.a.O.; S. 178 f.

### Shape ratio

Um die Betrachtung der Kennzahlen Performance und Volatilität zu vereinfachen, wird häufig mit einer kombinierten Größe, der „shape ratio“ gearbeitet. Es wird hier die Verzinsung einer risikolosen Anlage von der Performance abgezogen und durch die Volatilität geteilt. Dadurch erhält man eine Größe, die beide Kennzahlen berücksichtigt. Je höher die shape ratio, umso besser ist der Fonds.

### Benchmark

Eine gute Performance allein sagt noch nichts darüber aus, ob ein Fonds gut oder schlecht war. Er sollte immer mit einer Messlatte, einer sogenannten „Benchmark“ verglichen werden. Dies kann zB für Aktienfonds, der in österreichische Aktien investiert, der ATX sein. Schlägt die Performance den ATX, spricht man von „out-performance“, liegt sie darunter, spricht man von „under-performance“. Man muss beachten, dass es sehr schwierig ist, einen Index zu schlagen, da dieser immer voll investiert und keinerlei Kosten hat im Gegensatz zum Fonds. Ein Aktienfonds, der seinen Index erreicht, ist daher schon sehr gut.<sup>51</sup>

### Ranking / Rating

Das Fonds-**Ranking** bringt die oben genannten Kennzahlen Performance und Volatilität in eine Reihenfolge. Es geht hierbei also ausschließlich um statistische Größen und nicht um andere Kriterien, die für den Erfolg der Fonds verantwortlich sind.

Das Fonds-**Rating** hingegen lässt genau diese Kriterien ebenfalls in die Bewertung einfließen. Es werden Kriterien wie der Aufbau der Managementgesellschaft, die Investmentphilosophie, die Investmentdisziplin, der/die Fondsmanager und das Team dahinter, die Fondscharakteristika oder die Kosten berücksichtigt. Diese Informationen werden u.a. von den Analysten der großen Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's untersucht und in regelmäßigen Abständen überprüft. Es werden dann Rating-Noten von AAA (außerordentlich gut) bis A (gut) vergeben.

Der Vorteil von Ratings gegenüber Rankings liegt darin, dass nicht der Fonds die beste Bewertung hat, der gerade ein gutes Jahr hatte, sondern dass das System der Fondsmanager hinterfragt wird und so Fonds mit einer dauerhaft überdurchschnittlichen Performance herausgefiltert werden können. Trotzdem muss beachtet werden, dass so eine Bewertung

---

<sup>51</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S. 54 ff.



nicht das einzige Kriterium für die Auswahl eines bestimmter Fonds sein soll, da jeder Anleger individuelle Vorlieben hat.<sup>52</sup>

### **Vertrieb von Investmentfonds**

Investmentfondsanteile können an vielen verschiedenen Stellen erworben werden.

**Banken und Sparkassen:** Hier wird in Österreich und Deutschland der meiste Investmentumsatz gemacht. Die meisten Banken haben ihre eigenen Investmentgesellschaften und bieten daher vorrangig ihre eigenen Fonds an. Will man einen Fonds einer anderen Bank, darf man keine intensive Beratung erwarten und es können zusätzliche Gebühren anfallen.

**Versicherungsvertreter:** Das Hauptanlagengeschäft resultiert aus den fälligen Lebensversicherungen. Versicherungs-Fondsgesellschaften haben meistens keine breite Fondspalette, sondern bieten nur ein paar solide Basisprodukte an Aktien-, Anleihen- oder Geldmarktfonds an.

**Unabhängige Vermögensberater und Fondsshops:** Unabhängige Vermögensberater können aus einer Vielzahl von Kapitalanlagegesellschaften Fonds anbieten und liefern daher die unabhängigste Information. Neben den Vorteilen der Unabhängigkeit bieten die freien Berater weitaus kundenorientierteren Service als Banken. Viele Berater eröffnen eigene Fondsshops. Das sind Beratungsunternehmen, die sich auf Investmentfonds spezialisiert haben. In der Regel sind Fondsshops lediglich Vermittler, die Verwaltung der Fondsanteile erfolgt direkt bei der Investmentgesellschaft.

**Direktkauf bei der Investmentgesellschaft:** Viele Investmentgesellschaften bieten auch den Direktvertrieb ihrer Anteile an. Die Zeichnung und Abwicklung erfolgt telefonisch oder schriftlich. Eine Beratung wird nicht übernommen. Obwohl hier keine Provision anfällt, wird trotzdem der Ausgabeaufschlag verlangt und ein Preisvorteil bleibt daher meist aus.

**Discount-Banken:** Diese agieren meistens online und können daher kostengünstiger arbeiten. Diesen Vorteil geben sie an ihre Kunden weiter und ermöglichen ihnen, die Fondsanteile zu einem reduzierten Ausgabeaufschlag zu erwerben und günstig zu verwahren. Der Rabatt beim Ausgabeaufschlag reicht von 25 bis 100 Prozent. Hier können ebenfalls alle registrierten Fonds erworben werden. Es wird jedoch keine Beratung angeboten.<sup>53</sup>

---

<sup>52</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S. 226 ff.

<sup>53</sup> Vgl. Rühl, Andreas: Investmentfonds verstehen und richtig nutzen; a.a.O.; S. 179 ff.

**Internet:** Wertpapiere über das Internet zu handeln ist bereits zur Normalität geworden. Viele Websites bieten inzwischen den Service, dass man sein komplettes Fonds-Depot tagessaktuell bewerten, aktuelle Kurs-Grafiken und Vergleichs-Charts abrufen und die neuesten Wirtschaftsnachrichten lesen kann.<sup>54</sup>

## **Kapitalaufbau mit Investmentfonds**

**Einmalanlage:** Bei der Einmalanlage wird einmalig ein bestimmter Betrag als Einzelbetrag angelegt. Die Mindestanlage, die bei jeder Fondsgesellschaft unterschiedlich hoch ist, ist dabei zu beachten. Ist der Erstbetrag investiert, sind jederzeit weitere Zahlungen möglich.

**Sparplan:** Beim Fondssparplan werden kleinere, gleich bleibende Beträge in regelmäßigen Zeitabständen angelegt. Die Abstände können monatlich, viertel- oder halbjährlich sein. Der Fondssparplan bietet höchstmögliche Flexibilität ohne Kostennachteile. Es können ganz einfach Raten ausgelassen, die Höhe der Raten geändert oder der Sparplan ganz aufgehoben werden. Gleichzeitig erzielt man bei konstantem Durchhalten Wertsteigerungen, die mit anderen Alternativen nicht möglich sind.

**Cost-Average-Effekt:** Der Cost-Average-Effekt ergibt sich bei Fondssparplänen, man kauft regelmäßig Anteile um einen gleichbleibenden Betrag. Bei hohen Wertpapierkursen werden verhältnismäßig weniger Anteile gekauft, bei niedrigen Kursen werden viele Anteile gekauft. Durch dieses antizyklische Ausnutzen der Schwankungen wird eine optimale Durchschnittskursbildung erreicht. Je länger der Sparplan läuft und je volatiler der Kurs des ausgewählten Fonds ist, umso stärker wirkt sich der Cost-Average-Effekt aus.<sup>55</sup>

## **2.2. Ist-Betrachtung**

### **2.2.1. Allgemein**

Da Kapitalanlagegesellschaften Kreditinstitute sind, muss deren Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung durch einen Bankprüfer geprüft werden. Der Hauptgegenstand der Fondsprüfung ist der von der Kapitalanlagegesellschaft für jedes Rechnungsjahr über jeden Kapitalanlagefonds zu erstellende Rechenschaftsbericht, der gemäß InvFG 1993 „vom Bankprüfer der Kapitalanlagegesellschaft zu prüfen ist (...). Die Prüfung hat sich auch auf die Betrachtung dieses Bundesgesetzes und der Fondsbestimmungen zu erstrecken. Der geprüf-

---

<sup>54</sup> Vgl. Dembowsi, Anke: Profi-Handbuch Investmentfonds; a.a.O.; S. 95 f.

<sup>55</sup> Vgl. Steiner, Angelika: Investmentfonds oder Lebensversicherung?; a.a.O.; S. 49 f.

*te Rechenschaftsbericht ist von der Kapitalanlagegesellschaft längstens innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres der FMA vorzulegen.*<sup>56</sup>

Die Fondsprüfung umfasst die Prüfung der Buchführung, des Rechenschaftsberichts und der Verwaltung des Sondervermögens. Geprüft wird nach dem InvFG 1993, den Fondsbestimmungen und den Vorschriften des Ersten Teiles des Viertel Abschnittes des UGB (Unternehmensgesetzbuch).

### **Gründe für die Prüfung**

#### Schutzbedürftigkeit der Anleger

Den Anlegern wird mit dem Kauf eines Investmentzertifikats und der Einlage der Gelder in den Fonds jede weitere Mitwirkung an der Verwaltung ihres Vermögens entzogen. Die Schutzbedürftigkeit der Anleger ist beim Investmentsparen daher besonders hoch und der Gesetzgeber war aufgefordert, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, welche den Schutz des Anlegers sichern. Bei der Fondsprüfung werden diese Vorschriften kontrolliert, da die Wahrung der Interessen der Anleger im Vordergrund steht.

#### Informationsbedürftigkeit der Anleger

Dem Investmentanleger ist es nicht wie Beteiligten von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften möglich, Einsicht in die Bücher und Geschäftsunterlagen zu nehmen. Hinzu kommt, dass die wenigsten Anleger über genügend Fachwissen verfügen, um das angebotene Informationsmaterial beurteilen zu können. Daher müssen den Anteilsinhabern ausreichende Informationen, die zur Beurteilung des Anteilseigentums notwendig sind, gewährt werden.<sup>57</sup>

### **Vollständigkeitserklärung**

Aufgrund der Vorlagepflicht und des Auskunftsrechts ist es für den Fondsprüfer empfehlenswert, eine Vollständigkeitserklärung von den Geschäftsführern bzw. dem Vorstand der KAG zu verlangen. Durch die Akzeptierung der Allgemeinen Auftragsbedingungen verpflichten sich die gesetzlichen Vertreter der KAG dazu, obwohl dies gesetzlich nicht festgelegt wurde. Im allgemeinen stellt die Vollständigkeitserklärung eine umfassende Versicherung über die Vollständigkeit der erteilten Auskünfte und Nachweise dar, vor allem darüber, dass alle buchungspflichtigen Geschäftsvorfälle in der Buchhaltung erfasst und sämtliche bilan-

---

<sup>56</sup> InvFG 1993; § 12 (4)

<sup>57</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; Wien; Orac Verlag 1997; S. 52 ff.

zierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen und Wagnisse berücksichtigt wurden. Der Inhalt einer Vollständigkeitserklärung sieht wie folgt aus:<sup>58</sup>

- ✓ Zunächst sind die Auskunftspersonen zu nennen, die angewiesen wurden, die gewünschten und erforderlichen Auskünfte und Nachweise richtig und vollständig zu geben.
- ✓ Dann wird erklärt, dass die Bücher und Schriften des Sondervermögens vollständig zur Verfügung gestellt wurden. Dazu gehören auch die zum Verständnis der Buchführung erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen mit fremden Rechenzentren, Arbeitsanweisungen und sonstige Organisationsunterlagen. Es wird bestätigt, dass in den vorgelegten Büchern alle im Rechnungsjahr buchungspflichtig gewordenen Geschäftsvorfälle erfasst sind. Außerdem wird versichert, dass auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit zur Verfügung gestellt werden können.
- ✓ Im nächsten Punkt wird versichert, dass im zu prüfenden Rechenschaftsbericht alle ausweispflichtigen Vermögensgegenstände, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt wurden, sowie dass sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind und die angewandten Bewertungsmethoden den Rechnungslegungsvorschriften entsprechen. Es wird auf die Einhaltung der Verfügungsbeschränkungen laut § 4 InvFG, die Veranlagungsvorschriften der § 20, 20a, 20b, 21, 23d und 23e InvFG und die Fondsbestimmungen hingewiesen und unzulässige Rechtsgeschäfte werden ausgeschlossen. Alle Sachverhalte und die daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen und Chancen werden im Rechenschaftsbericht oder in dieser Erklärung vollständig berücksichtigt. Diese betreffen etwa Rückgabe- und Rücknahmeverpflichtungen für Vermögensgegenstände, Vereinbarungen mit Gesellschaftern, der Depotbank oder Anteilsinhabern, für die wirtschaftliche Situation des Vermögens wichtige Verträge, Rechtsstreitigkeiten, öffentlich-rechtliche Auflagen oder sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Rechnungsjahres.
- ✓ Es wird bestätigt, dass das interne Kontrollsystem keine Mängel oder Störungen aufweist. Es ist verantwortlich für die Kontrolle der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Tätigkeiten, der Zuverlässigkeit der Berichterstattung und der Einhaltung der für das Fondsvermögen relevanten Gesetze und Vorschriften. Weiters wird versichert, dass alle das Sondervermögen betreffenden Verstöße, die durch Mitarbeiter oder Führungskräfte verursacht werden können, mitgeteilt wurden und Maßnahmen zur Verhinderung solcher eingeführt wurden.

---

<sup>58</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 103 f.

- ✓ Es wird bestätigt, dass alle dem Management bekannten Aufzeichnungen, Dokumentationen und Informationen über ungewöhnliche Angelegenheiten, sowie alle sonstigen prüfungsrelevanten Informationen zur Verfügung gestellt wurden. Weiters wird versichert, dass alle das Sondervermögen betreffenden und dem Sondervermögen zugeordneten Bankkonten und Bankverbindungen offengelegt wurden. Auch sämtliche Protokolle von Aufsichtsratssitzungen und andere Protokolle betreffend die Organisation wurden zur Verfügung gestellt.
- ✓ Die Kenntnisnahme der Allgemeinen Auftragsbedingungen wird bestätigt und diese als Grundlage für die Prüfung akzeptiert.
- ✓ Zuletzt sollte noch Platz für Zusätze, Bemerkungen und Hinweise auf Beilagen vorhanden sein.
- ✓ Unterzeichnet wird die Vollständigkeitserklärung von allen Geschäftsführern bzw. Vorstandsmitgliedern.<sup>59</sup>

Die Vollständigkeitserklärung muss für jeden Fonds und jedes Rechnungsjahr gesondert abgegeben werden. Sie stellt jedoch keinen Ersatz für eigene Prüfungshandlungen dar, sondern ist nur als Ergänzung anzusehen.<sup>60</sup>

### **2.2.2. Die Prüfung im Detail**

Das konkrete Prüfschema kann im Detail zum Beispiel folgendermaßen aussehen:

---

<sup>59</sup> Vgl. Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds: Muster 2010 für die Vollständigkeitserklärung (nicht veröffentlicht)

<sup>60</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 105

**Fonds:**

**Stichtag:**

**Prüfer/Assistent:**

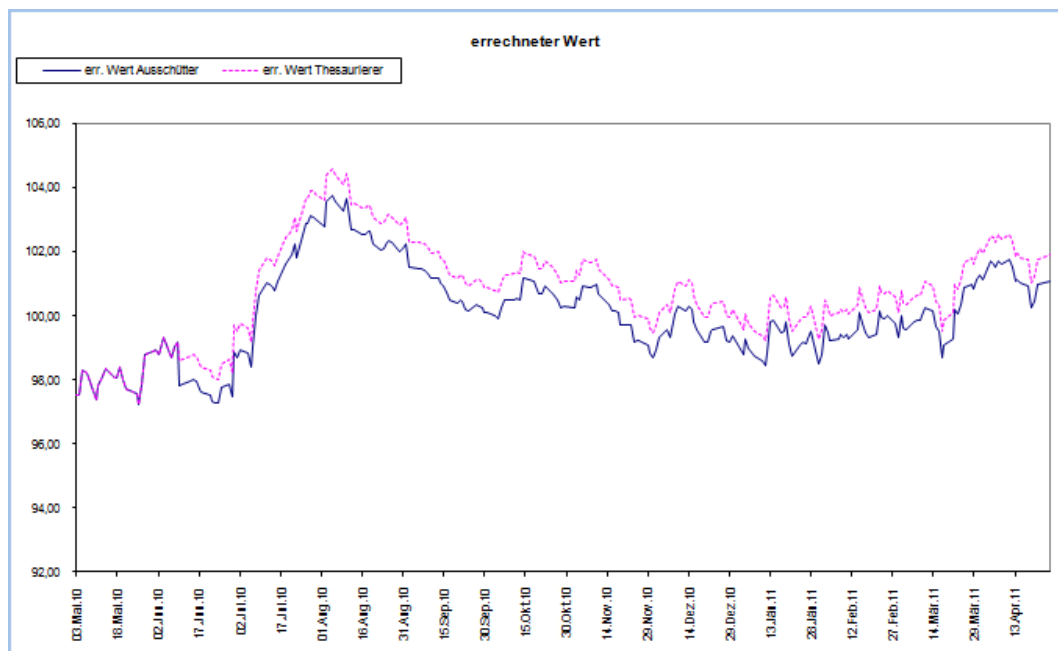
	Nicht anwendbar	Nicht geprüft	Geprüft
<b>1) Charts</b>			
<b>2) Arbeitsblätter</b>			
<b>3) Allgemeines</b>			
a) Interne Notiz			
b) Prüfungsfeststellungen			
c) Fondsbestimmungen und Änderungen			
d) Verkaufsprospekt			
e) Umbuchungen			
f) Saldenliste			
g) Offene Punkte, Fragen, Notizen			
<b>4) Vermögensaufstellung/Entwicklung des Fondsvermögens</b>			
a) Bankbrief			
b) Überleitungen			
c) Preisberechnung			
Abstimmung des Wertpapiernominales mit dem Depotauszug/ Anspruchsermittlung			
Abstimmung der Einstandswerte der Preisberechnung mit Kontensal- den			
d) Depotauszug			
e) Kurse			
f) Anteilscheingeschäft			
Überprüfung Anteilscheingeschäft mit Buchhaltung			
Entwicklung des Anteilsumlaufes			
Gibt es Valutadifferenzen bei Aufstockungen und Rücklösungen			
g) Veränderung des nicht realisierten Kursergebnisses			
h) Anspruchsermittlung			
Überprüfung der Zinstage und Zinsabgrenzungen			
i) Abstimmung Bankkonten mit Bankbelegen			
j) Verprobung der Entwicklung des Wertpapiernominales			
k) Sonstiges			
<b>5) Veranlagungsgrenzen</b>			
<b>6) Derivative Instrumente</b>			
<b>7) Fondsergebnis</b>			
a) Verwaltungsgebühr, Depotgebühr und Depotbankgebühr			
b) Zinsen (Kupon, Bankzinsen)			
c) Dividenden			
d) Wertpapierleihe			
e) Ertragsausgleich			
f) KG/KV aus Wertpapieren			
g) KG/KV aus Derivativen Instrumenten			
h) Verbuchung Ausschüttung/Auszahlung			
i) Ausschüttungsgleiche Erträge			
<b>8) Steuern</b>			
a) SPES			
b) Berechnungen			
<b>9) Prüfbericht</b>			
<b>10) Rechenschaftsbericht</b>			
<b>11) Diverses, Vorjahresunterlagen</b>			

61

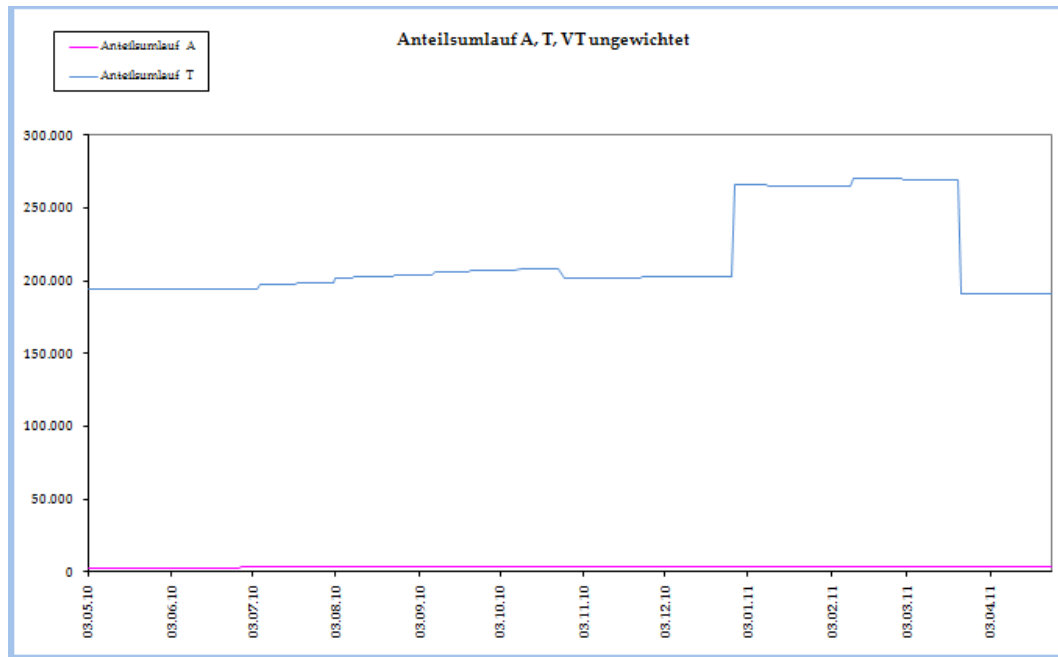
Ich werde in diesem Kapitel alle Punkte des vorliegenden Prüfschemas erläutern und die Gliederung anhand dessen vornehmen.

## 1) Charts

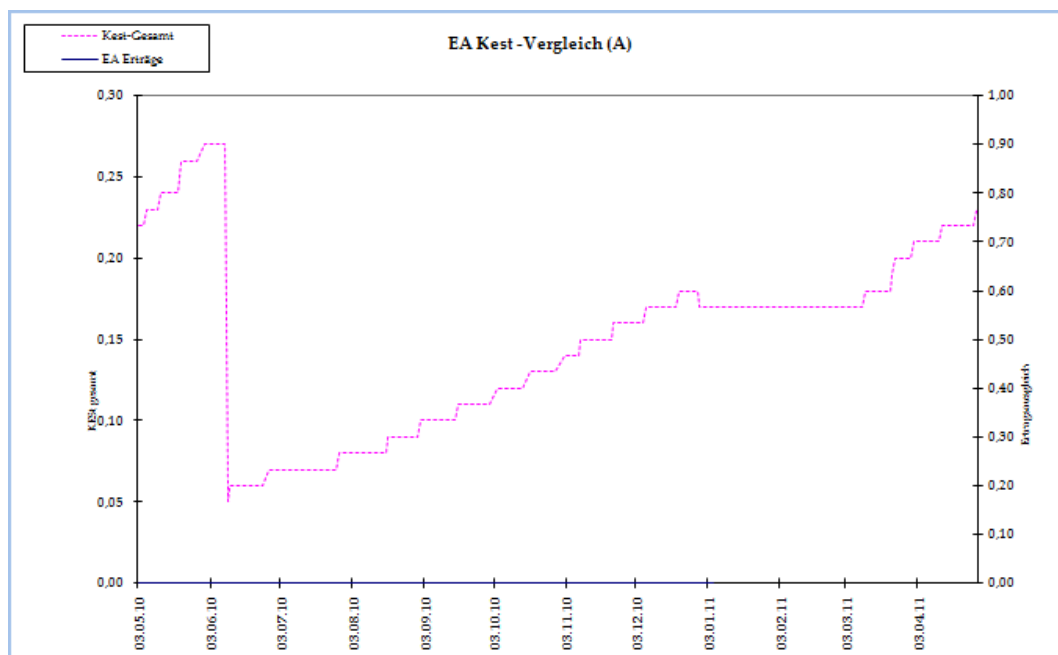
In diesem Excel-Dokument wird die Anteilscheinstatistik des jeweiligen Fonds eingespielt und mittels voreingestellten Formeln und Makros werden diverse Diagramme über das Fondsvermögen, die Anteilswerte, den Anteilscheinumlauf, die Kapitalertragssteuer (KESt) usw. erstellt. Sie dienen dazu, dass man sich ein besseres Bild über die Fondswerte verschaffen kann und eventuelle Ungewöhnlichkeiten schnell erkennen kann. Hier einige Beispiele:



Auf diesem Diagramm kann man den Verlauf der Anteilswerte der Ausschüttungsanteile und der Thesaurierungsanteile sehen. Am Anfang verlaufen die beiden Linien gleich. Am 15. Juni jedoch fällt der Ausschüttungswert deutlich ab. Grund dafür ist die an diesem Tag vorgenommene Ausschüttung an die Anteilsinhaber.



Hier sieht man den Verlauf der ausgegebenen Anteile im Rechnungsjahr. Die Anstiege und Rückgänge stellen die Ausgabe und Rücknahme von Fondsanteilen dar.



Auf diesem Diagramm erkennt man den Verlauf der KEST auf Ausschüttungsanteile. Auch hier sieht man am 15. Juni den deutlichen Abfall des Wertes. Der Grund ist, wie bei den Anteilswerten, die vorgenommene Ausschüttung.



## 2) Arbeitsblätter

Im Excel-Dokument „Arbeitsblätter“ sind alle Berechnungssheet für die folgenden Prüfungspunkte zusammengefasst. Mittels standardisierten Formeln und Makros werden alle relevanten Daten für die spätere Kontrolle des Rechenschaftsberichtes ermittelt.

## 3) Allgemeines

### a) Interne Notiz

Es werden wichtige allgemeine Daten wie die Fondsart, die Anteilsinhaber, die Art der Veranlagung und spezielle Veranlagungsgrenzen erfasst, sowie etwaige Umbuchungen oder Probleme, um sich einen Überblick zu verschaffen. Bei Durchsicht der Internen Notiz des Vorjahres wird man sofort auf eventuelle Probleme bei der Vorjahresprüfung aufmerksam und kann besser auf diese eingehen.

### b) Prüfungsfeststellungen

Hier werden alle Probleme und Buchungsfehler, die im Laufe der Prüfung festgestellt wurden, festgehalten und die Umbuchungsvorschläge oder sonstigen Anmerkungen dazu vermerkt. Außerdem wird der SpEstKESt-Verlustvortrag für das Folgejahr ausgewiesen.

### c) Fondsbestimmungen und Änderungen

Unter diesem Punkt werden die aktuellen Fondsbestimmungen des jeweiligen Fonds abgelegt sowie etwaige Änderungen. Die Fondsbestimmungen müssen mindestens folgende Angaben beinhalten:

- ✓ die Grundsätze der Anlagepolitik
- ✓ die Vergütung der KAG
- ✓ den Ausgabeaufschlag
- ✓ die Ausschüttungsgattungen
- ✓ den Abschlag bei der Rücknahme
- ✓ die Vergütung der Depotbank bei Abwicklung des Kapitalanlagefonds
- ✓ die Laufzeit<sup>62</sup>

Sollte es während des Rechnungsjahres Änderungen der Fondsbestimmungen gegeben haben, so findet man hier die alte und die aktuelle Version der Fondsbestimmungen sowie den Bescheid über die Bewilligung der FMA und die Veröffentlichung in der Wiener Zeitung.

---

<sup>62</sup> Vgl. Reisenhofer, Peter: Investmentfondsgesetz – Veranlagungsvorschriften und steuerliche Behandlung; Wien; Manz Verlag 2002; S. 18

Handelt es sich um einen Spezialfonds, so entfallen der Bescheid der FMA und die Veröffentlichung in der Wiener Zeitung, da die Fondsbestimmungen von Spezialfonds nicht veröffentlicht werden müssen.

Hier wird also überprüft, ob die Fondsbestimmungen geändert wurden und im Punkt 5) wird dann kontrolliert, ob sie eingehalten wurden. Ob der Bankprüfer daneben auch die Gesetzmäßigkeit der Fondsbestimmungen zu prüfen hat, ist unschlüssig, da es nicht ausdrücklich normiert ist.<sup>63</sup>

#### d) Verkaufsprospekt

Die Kapitalanlagegesellschaft ist verpflichtet, einen Prospekt als standardisierte, vorvertragliche Informationsunterlage zu veröffentlichen, der alle Angaben über die Kapitalanlagegesellschaft, den Kapitalanlagefonds und die Depotbank zu enthalten hat, die erforderlich sind, damit sich die Anleger über die ihnen angebotene Anlage ein fundiertes Urteil bilden können. Zu prüfen ist, ob alle in der Anlage A des Investmentfondsgesetzes vorgeschriebenen Angaben über den Kapitalanlagefonds, die Kapitalanlagegesellschaft und die Depotbank enthalten sind.<sup>64</sup>

#### e) Umbuchungen

Unter diesem Punkt befindet sich die Umbuchungsliste. Es werden alle Umbuchungsvorschläge, die während der Prüfung entdeckt wurden, erfasst und der Fondsbuchhaltung zur Änderung übermittelt.

#### f) Saldenliste

Die Abschlussübersicht aller Fondskonten mit den Beständen zum Fondsstichtag wird hier abgelegt. Geprüft wird, ob die Endbestände der Vorjahressaldenliste mit den Eröffnungsbuchungen der Saldenliste des aktuellen Rechnungsjahres übereinstimmen.

#### g) Offene Punkte, Fragen, Notizen

Alle Fragen, die während der Prüfung auftreten und alle Prüfungspunkte, die noch zur Klärung offen stehen, werden notiert. Bis zum Abschluss der Prüfung sollten alle offenen Punkte abgeklärt sein.

---

<sup>63</sup> Vgl. Paul, Nikolaus: Investmentgeschäft – Organisation und Vertrieb; a.a.O.; S. 116

<sup>64</sup> Vgl. Paul, Nikolaus: Investmentgeschäft – Organisation und Vertrieb; a.a.O.; S. 105 ff.

#### **4) Vermögensaufstellung/Entwicklung des Fondsvermögens**

##### **a) Bankbrief**

Der Bankbrief ist von entscheidender Bedeutung für die Überprüfung der Bankguthaben. Er muss für jeden zu prüfenden Fonds von der Depotbank übermittelt werden und folgende Punkte enthalten:

- ✓ die Kontostände sämtlicher dem Fonds zurechenbaren Konten mit Angabe über die Kontonummer, die Bezeichnung des Kontos, die Währung und den Saldo zu Gunsten oder zu Lasten des Fonds. Außerdem sind alle bis zum Stichtag noch zu verrechnenden Zinsen und Spesen und der Gesamtbetrag der im Rechnungsjahr verrechneten Zinsen und Spesen anzugeben. Weiters sind die Art, die Höhe und die Laufzeit der Kreditlinien sowie gegebene Sicherheiten, bestehende Aufrechnungserklärungen, Rücknahmeverpflichtungen über Forderungen und andere Vermögenswerte und gerichtliche oder behördliche Verfügungsbeschränkungen für Guthaben anzuführen. Ein aktuelles Verzeichnis der Verfügungs- und Zeichnungsberechtigten mit Angabe über eventuelle Verfügungsbeschränkungen ist ebenfalls mitzuteilen.
- ✓ die Bestände der Wertpapierdepots mit genauer Depotbezeichnung unter Angabe gesperrter oder als Sicherheit dienender Wertpapiere. Wurde ein gesonderter Depotauszug ausgestellt, kann auf diesen unter Angabe der Depotnummer und eventuell des Gesamtnominales und des Gesamtkurswertes verwiesen werden.
- ✓ eine Auflistung der sonstigen Verpflichtungen, wie Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte und allen derivativen Finanzinstrumenten, wie Devisentermingeschäften, Futures, Optionen, Swaps, Forward Rate Agreements, Caps, Collars, Warrants, Floors sowie die dazugehörige Marktbewertung zum Stichtag.
- ✓ der Stand an Anteilen am Stichtag und möglichst die Anzahl der im Rechnungsjahr ausgegebenen und rückgelösten Anteile.
- ✓ die Bestätigung, dass die Vermögenswerte des Fonds weder verpfändet oder sonst belastet, noch zur Sicherung übereignet oder abgetreten sind oder im Rechnungsjahr waren, sowie dass keine Gelddarlehen gewährt und keine Verpflichtungen aus einem Bürgschafts- oder Garantievertrag für Rechnung des Fonds eingegangen wurden.
- ✓ bei Publikumsfonds: dass alle im Rechnungsjahr ausgegebenen sowie die am Stichtag in Umlauf befindlichen Anteilscheine des Fonds auf Inhaber lauten
- ✓ bei Spezialfonds: dass alle im Rechnungsjahr ausgegebenen sowie die am Stichtag in Umlauf befindlichen Anteilscheine des Fonds auf Namen lauten, von nicht mehr als 10

Personen gehalten werden und dass die Mindestinvestitionssumme EUR 250.000.- beträgt (falls die Anteile von natürlichen Personen gehalten werden)<sup>65</sup>

Viele Fonds haben auch Festgelder in ihrem Sondervermögen veranlagt. Diese sind meist von der Depotbank selbst, können aber genauso von anderen Banken ausgegeben sein. Für die Überprüfung sind weitere Bestätigungen einzuholen.<sup>66</sup>

#### b) Überleitung

Sollte es bei der Abstimmung der Wertpapierbestände des Depotauszuges und der Preisberechnung Differenzen geben, so muss eine Überleitung erstellt werden. In den meisten Fällen handelt es sich bei den Differenzen um Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren um den Abschlussstichtag. Die Transaktion wird im Depot in der Regel sofort berücksichtigt, in der Fondsbuchhaltung wird sie jedoch erst zum Valuta-Tag eingebucht und ist daher am Abschlussstichtag noch nicht auf der Preisberechnung ersichtlich.<sup>67</sup>

#### c) Preisberechnung

Auf der Preisberechnung sind alle zum Stichtag im Fonds befindlichen Wertpapiere, Bankguthaben, derivative Instrumente und sonstige Vermögenswerte aufgelistet. Alle Vermögensgegenstände werden mit ihrem täglichen Börsenkurs bewertet und in Verbindung mit der gehaltenen Anzahl wird ihr Kurswert ermittelt.

Die Vermögensaufstellung der Preisberechnung wird hinsichtlich ISIN<sup>68</sup>, Bezeichnung und Anzahl mit dem Depotauszug abgestimmt, wie in Punkt d) Depotauszug ausführlicher erklärt wird. Außerdem sind diese Daten mit der Anspruchsermittlung zu vergleichen.

Die Einstandswerte der Preisberechnung sind mit den jeweiligen Konten abzustimmen. Alle verwendeten Wertpapier- und Devisenkurse sind ebenfalls zu überprüfen, was in Punkt e) Kurse ausgeführt wird.

#### d) Depotauszug

Der Depotauszug wird von der Depotbank an den Wirtschaftsprüfer übermittelt. Darauf sind die ISIN, die Wertpapierbezeichnung sowie weitere Informationen, wie die Börse, an

---

<sup>65</sup> Vgl. Protokoll vom 01.02.2011 der Sitzung des Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds (nicht veröffentlicht); Beilage Muster für den Bankbrief lt. Einigung der Wirtschaftskammer mit der Kammer der Wirtschaftstreuhand

<sup>66</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 160 f.

<sup>67</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 158

<sup>68</sup> Die International Securities Identification Number (ISIN) ist eine zwölfstellige Buchstaben-Zahlen-Kombination und stellt eine Identifikation für ein Wertpapier dar, das an der Börse gehandelt wird.

Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/International\\_Securities\\_Identification\\_Number](http://de.wikipedia.org/wiki/International_Securities_Identification_Number) (Zugriff 25.06.2011)

der das Papier gehandelt wird, und bei Anleihen außerdem der Zinssatz, der nächste Kupontermin usw. enthalten. Außerdem findet man darauf die im Fonds gehaltene Anzahl (die Angabe ist bei Aktien in Stück, bei Anleihen in Nominale), den Bewertungskurs zum Stichtag und den Kurswert zum Stichtag.

Der Depotauszug wird mit der Preisberechnung abgestimmt. Erstmal wird geprüft, ob beide Dokumente zum Stichtag ausgestellt wurden. Dann werden die ISIN, die Bezeichnung und die Anzahl mit der in der Preisberechnung ausgewiesenen Vermögensaufstellung abgestimmt. Falls bei der Abstimmung Differenzen bezüglich des Nominales auftreten, müssen diese abgeklärt werden. Wie bereits in Punkt b) erwähnt, wird eine Überleitung erstellt.

Der Kurswert auf dem Depotauszug muss nicht exakt mit dem auf der Preisberechnung übereinstimmen, er wird nur auf Plausibilität überprüft. Außerdem wird er mit dem Wertpapiersammelkonto auf Plausibilität überprüft.<sup>69</sup>

#### e) Kurse

Die in der Vermögensaufstellung verwendeten Wertpapier- und Devisenkurse sind lückenlos zu prüfen. Der Zeitpunkt der Wertermittlung ist grundsätzlich das Ende des Rechnungsjahres.

Die zum Fondsvermögen gehörigen Wertpapiere sind nach dem Tageswertprinzip zu bewerten. Die Fondsbestimmungen österreichischer Fonds sehen es üblicherweise vor, die Kurse des jeweiligen Börsenvortages heranzuziehen. Zum Erwerb sind nur jene Wertpapiere zugelassen, die an einem geregelten oder anerkannten Wertpapiermarkt notieren. Werden für den Fonds nicht börsennotierte Wertpapiere erworben, so ist es erforderlich, dass die Kapitalanlagegesellschaft die Bewertung dieser offenlegt.

Oft werden Wertpapiere an mehreren Börsen oder zu variablen Kursen gehandelt und es kommen daher mehrere Kurse in Betracht. Die Fondsbestimmungen können nähere Angaben über den zulässigen Kurs enthalten. Relevant ist auch die Frage, ob die Bewertung zum Kassa- oder zum Schlusskurs zu erfolgen hat. Da im § 7 InvFG 1993 nur von „Kurswerten“ die Rede ist, sind beide den gesetzlichen Vorschriften gerecht. In der Praxis entscheiden die Verwendung vor allem die zu Grunde liegenden Kursmedien.

Befinden sich ausländische Wertpapiere im Fondsvermögen, so sind die Devisenkurse für die Überprüfung heranzuziehen.

---

<sup>69</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 158

Für die eingesetzten derivativen Instrumente gibt es unterschiedliche Bewertungsmethoden. Optionen werden mit ihrem jeweiligen Börsen- oder Marktpreis bewertet. Bei Finanzterminkontrakten stellt die Bewertung ebenfalls kein Problem dar, da für ein Sondervermögen nur an einer in- oder ausländischen Börse gehandelte Terminkontrakte erworben werden dürfen und diese einer täglichen Marktbewertung unterzogen werden.

Durch Anwendung einer EDV-Unterstützung für die Prüfung der Wertpapierkurse kann die Effizienz wesentlich gesteigert werden.<sup>70</sup> Geeignet sind vor allem die Excel-Vorlagen der Finanz- und Wirtschaftsinformationsplattform Bloomberg.

#### f) Anteilscheingeschäft

Wie in Kapitel 2.1.3. unter dem Punkt Fondspreise bereits erwähnt, gilt es für die Berechnung des Anteilswertes zunächst die Wertpapierbestände zu ermitteln und mit den aktuellen Kurswerten zu multiplizieren. Alle erhaltenen Kurswerte werden zusammengerechnet und die zum Fonds gehörigen Bankguthaben, Forderungen und sonstige Rechte addiert und die Verbindlichkeiten des Fonds abgezogen. Dieser Gesamtwert bildet die Grundlage zur Berechnung des Anteilswertes. Er ist noch um Zins- und etwaige Dividendenerträge zu erhöhen, da die Anteilinhaber nicht nur Anteil an den Vermögensgegenständen im Fonds, sondern auch den angefallenen Erträgen besitzen. Dieser Wert wird dann durch alle in Umlauf befindlichen Anteile geteilt und man erhält den Anteilswert.

Der Ausgabepreis ist in der Regel höher als der Anteilspreis, da bei den meisten Fonds ein Ausgabeaufschlag zur Deckung der Ausgabekosten der Kapitalanlagegesellschaft verrechnet wird. Der Rücknahmepreis entspricht grundsätzlich dem Anteilspreis. Beide Werte werden in den Fondsbestimmungen festgelegt, wodurch sie von den Wirtschaftsprüfern überprüft werden können.<sup>71</sup> Üblicherweise wird der Anteilswert für jede Anteilscheingattung immer dann errechnet, wenn eine Ausgabe oder Rücknahme von Anteilen erfolgt, mindestens aber zwei Mal im Monat.<sup>72</sup>

Für die Überprüfung der Entwicklung des Anteilsumlaufes wird das Anteilscheingeschäft herangezogen werden. Bei kleinen Fonds ist es möglich, die Aufstockungen und Rücknahmen der Anteilscheine anhand der Belege vollständig zu überprüfen und so die Anzahl der Anteile am Stichtag zu ermitteln. Bei größeren Fonds kann dies nur stichprobenweise durchgeführt werden. Auf den Kauf- und Verkaufsbelegen sollte überprüft werden, ob die

---

<sup>70</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 176 ff.

<sup>71</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 231 ff.

<sup>72</sup> Vgl. InvFG 1993; § 7

errechneten Werte richtig angesetzt wurden und der Ausgabeaufschlag korrekt verrechnet wurde.

Auch die Valutastellung der Abrechnung muss überprüft werden. In der Praxis sind zwei bis maximal fünf Valutatage üblich. Rückvalutierungen sind generell verboten.<sup>73</sup>

#### g) Veränderung des nicht realisierten Kursergebnisses

Die nichtrealisierten Erträge beziehen sich auf jene Wertveränderung, die durch die Bewertung der zum Stichtag im Fondsvermögen befindlichen Wertpapiere mit dem aktuellen Kurswert entstehen. Außerdem zählen auch die durch reine Buchungsmaßnahmen erzielten Gewinne, wie zB die Zinsansprüche dazu.<sup>74</sup> Generell setzt sich das nicht realisierte Kursergebnis folgendermaßen zusammen:

Kurswert der Wertpapiere am Ende des Rechnungsjahres

+/- schwebende Kursgewinne/Verluste

+/- ausgewiesene derivative Instrumente

- Anschaffungskosten der Wertpapiere, die im Rechnungsjahr zugegangen sind

- Kurswert der bereits zu Jahresbeginn vorhandenen Wertpapiere

---

Nicht realisierte Kursveränderung im Berichtszeitraum

Die schwebenden Kursgewinne bzw. -verluste beziehen sich auf die im Zusammenhang mit Fremdwährungskonten (Bankkonten, Festgelder) entstandenen unrealisierten Wertveränderungen.<sup>75</sup>

#### h) Anspruchsermittlung

Die Zinsansprüche im Fonds ändern sich täglich, daher ist täglich eine Anspruchsermittlung durchzuführen. Bei der Prüfung der Anspruchsermittlung muss folgendes besonders berücksichtigt werden:

- ✓ Die Anspruchsermittlung ist mit dem Depotauszug hinsichtlich Wertpapiere, Nominale und Zinssätze abzustimmen.
- ✓ Bei variabel verzinsten Wertpapieren ist der aktuelle Zinssatz anzusetzen. Dieser ist dem Amtlichen Kursblatt der Wiener Börse, Bloomberg oder anderen Kursmedien zu entnehmen.

---

<sup>73</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 302 f.

<sup>74</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 198

<sup>75</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 300

- ✓ Der Zinssatz bei Bankguthaben bzw. Festgeldern ist mit dem Bankbrief bzw. Festgeldbestätigungen abzustimmen.
- ✓ Die Kuponfälligkeit ist auf dem Depotverzeichnis ersichtlich. Bei neu emittierten Wertpapieren kann sie dem Kaufbeleg bzw. den Kursmedien entnommen werden.
- ✓ Die Zinstage werden vom letzten Fälligkeitstag bis zum Stichtag gerechnet, wobei der Stichtag selbst nicht in die Berechnung mit einbezogen wird. Gerechnet wird mit 30 Tagen pro Monat und 360 Tagen das Jahr bzw. kalendermäßig mit 365 Tagen für das Jahr.
- ✓ Bei einer vor Fälligkeit eingelangten Kupongutschrift werden Minustage angesetzt. Bei einer Gutschrift nach dem Zinsstichtag werden die Zinsen mit mehr als 360 bzw. 365 Tagen berechnet.
- ✓ Befinden sich notleidende Wertpapiere im Fondsvermögen, so darf dafür keine Zinsabgrenzung berechnet werden.
- ✓ Bei Kuponfälligkeit kurz vor bzw. nach dem Stichtag kann es zu Nicht- bzw. Doppelerfassung kommen. Es ist zu überprüfen, ob die Zinsen bereits gutgeschrieben wurden.
- ✓ Weiters ist zu kontrollieren, ob die KEST auf Zinsansprüche richtig berechnet wurde.<sup>76</sup>

#### i) Abstimmung Bankkonten mit Bankbelegen

Das Bankguthaben eines Fonds ist nicht als Anlage zu sehen. Es soll vielmehr einen einwandfreien Zahlungsverkehr ermöglichen und aus den Kursbewegungen in Form von Kursgewinnen profitieren.

Als Prüfungsunterlagen dienen hier die Kontoauszüge aller Konten, die der Fonds führt und die Bankbestätigungen. Diese werden mit den ausgewiesenen Salden abgestimmt. Etwaige Differenzen zwischen den Bestätigungen und den Kontoständen müssen abgeklärt und durch eine entsprechende Überleitungsrechnung abgeklärt werden. Die Abweichungen können sich durch Bankbewegungen um den Fondsstichtag ergeben. Das können zB Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, Stornobuchungen nach dem Abschlussstichtag oder die Nichtberücksichtigung von Aufwendungen (beispielsweise die Verwaltungsentschädigung) oder Gutschriften von Zinsen bzw. Dividenden sein. Bei ordnungsgemäßer Buchhaltung dürfte die Aufklärung dieser Differenzen im Allgemeinen keine große Schwierigkeit darstellen.<sup>77</sup>

---

<sup>76</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 202 f.

<sup>77</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 161



j) Verprobung der Entwicklung des Wertpapiernominales

Es muss eine Verprobung des Wertpapiernominales vorgenommen werden, bei der vom Wertpapiernominale zu Beginn des Rechnungsjahres zum Nominale am Fondsstichtag übergeleitet wird. Vom Nominale zu Beginn werden die Zukäufe, die während des Rechnungsjahres getätigt wurden, hinzugerechnet und die Verkäufe im Rechnungsjahr werden abgezogen. Außerdem werden die Zu- und Verkäufe jener Wertpapiere berücksichtigt, die während des Geschäftszeitraumes vollständig veräußert wurden und sich nicht mehr im Wertpapierbestand befinden. Das Ergebnis dieser Rechnung sollte das Wertpapiernominale zum Rechnungsjahresende ergeben.

Dies dient dazu, die Angaben in der Vermögensaufstellung auf Vollständigkeit zu überprüfen.<sup>78</sup>

k) Fallen bei der Prüfung sonstige außerordentliche Punkte an, so werden diese hier zu finden sein.

## 5) Veranlagungsgrenzen

Grundsätzlich erfolgt die Überprüfung der Einhaltung des § 20 InvFG für Wertpapiere, bei Derivativen Instrumenten kommt der § 21 zur Anwendung und sonstige Beschränkungen findet man im § 4, § 5 (Mündelfonds) bzw. § 20a bei Dachfonds.

Wertpapiere werden als privates Recht verbriefende Urkunden definiert. In der Regel dürfen Wertpapiere des Kapitalmarktes gehalten werden, d.h. Mitgliedschaftsrechte (Aktien) oder Forderungsrechte (Schuldverschreibungen).

Die Wertpapiere müssen prinzipiell an bestimmten Börsen notiert sein oder auf einem geregelten Markt gehandelt werden. (§ 20 Abs 3 Z 1) Nicht notierte Wertpapiere dürfen zu maximal 10 Prozent des Fondsvermögens erworben werden. (§ 20 Abs 3 Z 3) Zertifikate über Edelmetalle dürfen für den Fonds nicht erworben werden. (§ 20 Abs 3 Z 4)

Laut § 20 Abs 3 Z 5 dürfen maximal 10 Prozent Wertpapiere desselben Aussteller erworben werden. Es kann hier leicht zu passiven Verstößen kommen, wenn sich der Kurs eines im Fonds befindlichen Wertpapiers ändert, wenn Anteilinhaber Anteilscheine zurückgeben oder bei Ausübung von Bezugsrechten. Durch die Neuberechnung der Prozentanteile am Fondsvermögen der einzelnen Papiere, können die Grenzen überschritten werden und die KAG ist verpflichtet, die betroffenen Bestände rückzuführen. Außerdem darf der Gesamt-

---

<sup>78</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 158

wert jener Wertpapiere, die mehr als 5 Prozent des Fondsvermögens halten, insgesamt 40 Prozent nicht überschreiten. Optionsscheine, die ein Wertpapier verbriefen, werden nicht zu den derivativen Instrumenten gezählt, sondern zu dem Wertpapier, auf das die Option ausgeübt werden kann.

§ 20 Abs 3 Z 6 besagt, dass von Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten, die von einem Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters garantiert werden, bis zu 35 Prozent des Fondsvermögens erworben werden dürfen. Diese Grenze kann laut § 20 Abs 5 überschritten werden, sofern die Veranlagung in mindestens sechs Emissionen erfolgt und diese wiederum jeweils maximal 30 Prozent betragen.

Schuldverschreibungen, die von einer Bank eines EWR-Staates ausgegeben werden und zum Schutz der Anleger einer besonderen Aufsicht unterliegen, dürfen laut § 20 Abs 3 Z 7 25 Prozent nicht überschreiten. Diese Papiere müssen außerdem ausreichend Deckung für den Fall einer Rückzahlung vorweisen können. Veranlagungen in solche Schuldverschreibungen desselben Ausstellers, die mehr als 5 Prozent des Fondsvermögens halten, dürfen in Summe 80 Prozent nicht übersteigen. In der Praxis handelt es sich dabei um Pfand- und Kommunalbriefe.

Die Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und Derivate desselben Ausstellers dürfen insgesamt 35 Prozent des Fondsvermögens nicht überschreiten. (§ 20 Abs 3 Z 8)

Wertpapiere bei ein und derselben Unternehmensgruppe dürfen nach § 20 Abs 3 Z 8a zu 20 Prozent erworben werden.

Die Anteile an ein und demselben Kapitalanlagefonds, der als OGAW oder OGA einzustufen ist, dürfen bis zu 20 Prozent erworben werden. (§ 20 Abs 3 Z 8b) Anteile an OGAs dürfen insgesamt 30 Prozent nicht übersteigen. (§ 20 Abs 3 Z 8c)

Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens zwölf Monaten dürfen bis zu 20 Prozent des Fondsvermögens bei ein und demselben Kreditinstitut angelegt werden. In eine Kombination aus von diesem Kreditinstitut begebenen Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, Einlagen oder erworbenen OTC-Derivaten darf der Fonds max. 20 Prozent investieren. (§ 20 Abs 3 Z 8d)

Geldmarktinstrumente, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden, dürfen zu max. 10 Prozent erworben werden, sofern sie offene Fonds bzw. Gesellschaften darstellen und öffentlich von einer Zentralbank eines Mitgliedstaates, der Europäischen Zentralbank,

der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank garantiert werden. (§ 20 Abs 3 Z 9)

Der Erwerb nicht voll eingezahlter Aktien oder Geldmarktinstrumente ist nach § 20 Abs 3 Z 11 mit 10 Prozent begrenzt.

Innerhalb der ersten sechs Monate nach der Erstaussgabe ist es laut § 20 Abs 4 gestattet, die Grenzen der Ziffern 5, 6, 7 und 8 des Abs 3 zu überschreiten.

Nach § 21 Abs 1 dürfen abgeleitete Finanzinstrumente (Derivate) eingesetzt werden, sofern es sich bei den Basiswerten um Instrumente des § 20, um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, die Gegenpartei ein unter Aufsicht liegendes Institut ist und eine Bewertung auf Tagespreisbasis möglich ist.

Die KAG hat ein Risikomanagementverfahren und ein Verfahren zur präzisen Bewertung der Derivat-Werte zu verwenden. (§ 21 Abs 2)

Das mit den Derivaten verbundene Gesamtrisiko darf den Gesamtnettowert des Fondsvermögens nicht übersteigen. Bei der Berechnung des Risikos werden der Marktwert der Basiswerte, das Ausfallrisiko, künftige Marktfluktuation und die Liquidationsfrist der Positionen berücksichtigt. (§ 21 Abs 3)

Das Ausfallrisiko darf bei Geschäften, bei denen die Gegenpartei ein Kreditinstitut ist, 10 Prozent des Fondsvermögens nicht übersteigen und ansonsten beträgt die Grenze 5 Prozent. (§ 21 Abs 4)

In § 4 InvFG werden sonstige Beschränkungen festgelegt, wie dass die KAG weder Gelddarlehen gewähren, noch Verpflichtungen aus Bürgschaften, Verpfändungen oder sonstigen Belastungen eingehen darf. Kurzfristige Kredite dürfen bis zu 10 Prozent aufgenommen werden. Leerverkäufe dürfen nicht getätigt werden, Pensionsgeschäfte, Zins- und Devisenswaps dürfen getätigt werden. Wertpapierleihegeschäfte dürfen bis zu 30 Prozent eingegangen werden.

In § 5 Abs 6 InvFG wird geregelt, dass Anteilscheine an Kapitalanlagefonds zur Anlage von Mündelgeld geeignet sind, sofern sie auf Grund der Fondsbestimmungen ausschließlich in Wertpapieren gemäß § 230b ABGB (zB Schuldverschreibungen des Bundes, Pfand- und Kommunalbriefe, Bankanleihen mit Garantie des Bundes) veranlagen dürfen, Bankguthaben dürfen neben den Erträgen 10 Prozent des Fondsvermögens nicht überschreiten. Geschäfte mit derivativen Produkten im Sinne des § 21 dürfen ausschließlich zur Absicherung

des Fondsvermögens durchgeführt werden. Wertpapierleihgeschäfte gemäß § 4 Abs. 8 sind zulässig.

§ 20a besagt, dass der Kapitalanlagefonds Anteile an einem anderen Kapitalanlagefonds (OGAW, OGA oder Spezialfonds) bis zu 50 Prozent erwerben darf. Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen sowie Anteile an Immobilienfonds dürfen bis zu 10 Prozent erworben werden. Hier dürfen kurzfristige Kredite bis zu 20 Prozent des Fondsvermögens aufgenommen werden. Die Veranlagungsvorschriften des § 20 sind hierbei nicht anzuwenden.

Außerdem kann es zur Anwendung des § 25 PKG (Pensionskassengesetz) kommen, was in den Fondsbestimmungen ausdrücklich angeführt sein muss.<sup>79</sup>

Darüber hinaus muss auch die Einhaltung der Fondsbestimmungen überprüft werden.

## **6) Derivative Instrumente**

Derivative Instrumente sind abgeleitete Finanzinstrumente, denen Wertpapiere, Indizes, Währungen, Wechselkurse oder Zinssätze zugrunde liegen. Für Sondervermögen dürfen folgende Derivate eingesetzt werden: Wertpapier- und Wertpapierindex-Optionsgeschäfte, Devisenkurssicherungsgeschäfte, Devisenoptionsgeschäfte, Finanzterminkontrakte und Optionen auf Finanzterminkontrakte. Die wichtigsten werden im Folgenden näher bestimmt.

### **Optionen**

Optionen sind Geschäfte, bei denen Verträge abgeschlossen werden, die dem Optionsberechtigten das Recht einräumen, innerhalb einer bestimmten Frist einen bestimmten Vermögensgegenstand zu einem festgelegten Preis (=Basispreis) zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Bei Optionen muss unterschieden werden, ob eine Käufer- oder Stillhalterposition vorliegt und ob die Ausübung bzw. der Verfall oder die Glattstellung der Option erfolgen soll.

Die Ausübung einer Call-Option (long call) stellt den Ausnahmefall dar. Beim Verfall der Option ist der aktuelle Buchwert als Verlust aus derivativen Geschäften zu erfassen. Wird die Option glattgestellt, so ist das Optionsrecht erfolgswirksam auszubuchen und die erhaltene Prämie als Ertrag zu erfassen. Bei einem long put verhält es sich genauso, mit Aus-

---

<sup>79</sup> Vgl. Reisenhofer, Peter: Investmentfondsgesetz; a.a.O.; S. 25 ff. und vgl. InvFG 1993 § 4, 5, 20, 20a, 21

nahme der Behandlung bei der Ausübung, was im Punkt g) KG/KV aus derivativen Instrumenten beschrieben wird.

Beim Verkauf einer short call-Option geht die KAG die Verpflichtung ein, zu einem bestimmten Zeitpunkt den Optionsgegenstand an den Optionsinhaber auf dessen Verlangen zu liefern. Wird die Option ausgeübt, so liefert die KAG den Basiswert gegen Zahlung des Ausübungspreises und die Optionsprämie wird ertragswirksam aufgelöst und gegen Substanz gebucht. Bei der Glattstellung wird der Optionspreis ebenfalls erfolgswirksam erfasst und mit der Prämie verrechnet. Wird die Option weder ausgeübt noch glattgestellt, so wird der Buchwert in voller Höhe ertragswirksam erfasst. Bei einem short put gilt dasselbe, wobei bei der Ausübung der Option die KAG verpflichtet ist, den Basiswert zu erwerben. Der Ertrag wird wieder auf die Substanz übertragen.

### **Futures**

Bei Abschluss eines Future-Vertrages wird von den Vertragspartnern vereinbart, dass die Zahlung und die Lieferung des Geschäfts zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen müssen. Solche Geschäfte werden als schwebend eingestuft und haben somit keine Auswirkung auf die Bilanz. Die vereinbarten Nominalbeträge scheinen nicht auf, in den Fonds fließen lediglich Provisionen, Transaktionskosten und Margins. Hier ist zwischen Initial Margins, die bei Vertragsabschluss als Sicherheit bezahlt werden müssen, und Variation Margins zu unterscheiden. Initial Margins bewirken in der Buchhaltung, dass statt der abgeflossenen liquiden Mittel eine Forderung erfasst wird. Über die Variation Margins erfolgt ein täglicher Barausgleich durch den der vereinbarte Preis an den aktuellen Marktpreis angeglichen wird.

### **Zins- und Devisenswaps**

Unter Swaps versteht man individuell abgewinkelte Tauschgeschäfte, die zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden. Bei einem Zinsswap für ein Sondervermögen erfolgt ein Austausch von Zinsansprüchen von festen gegen variable Zinsen oder umgekehrt. Die KAG überträgt den Zinsanspruch dem Geschäftspartner und dieser übernimmt daher das Zinsänderungsrisiko. Solche Geschäfte dürfen nur zur Absicherung abgeschlossen werden und müssen daher in der Fondsbuchhaltung das jeweilige Marktzinsniveau beachten. Das abgeschlossene Swapgeschäft wird börsennotiert bewertet, indem ein Vergleich mit einem fiktiven Gegenswap angestellt wird und so die Gewinn-/Verlusterwartung pro Zinsanspruch ermittelt wird. Dieser Differenzbetrag sowie die dem Swap zugrundeliegenden Wertpapiere und die daraus errechneten Zinsen werden für die Wertermittlung des Fondsvermögens berücksichtigt.

Bei Devisenswaps wird ein täglicher Tausch von Wertpapieren durchgeführt. Es wird hier ein Devisenkassageschäft mit einem Devisentermingeschäft entgegengesetzt kombiniert. Die KAG tauscht Vermögensgegenstände in Fondswährung zu einem festgelegten Devisenkurs und verpflichtet sich gleichzeitig die Vermögensgegenstände am Ende der Swapzeit zum gleichen Devisenkurs wieder zurück zu verkaufen. Letzteres stellt ein schwebendes Geschäft dar und wird wie beim Zinsswap mit Hilfe eines fiktiven Gegengeschäfts bei der Ermittlung des Fondsvermögens berücksichtigt.<sup>80</sup>

### **Devisentermingeschäfte**

Die KAG ist berechtigt Devisenkurssicherungsgeschäfte in Form von Devisentermingeschäften abzuschließen. Dabei verpflichtet sie sich, einen bestimmten Fremdwährungsbetrag zu einem späteren Zeitpunkt zu verkaufen. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses werden Terminkurs, Währung, Betrag und Erfüllungsdatum vereinbart. Es können dadurch etwa Zinsansprüche in Fremdwährung, die zu einem späteren Zeitpunkt vereinnahmt werden, gegen eine eventuelle Abwertung geschützt werden. Diese Geschäfte dürfen nur zur Absicherung abgeschlossen werden. Den verkauften Devisen müssen also Vermögensgegenstände in der gleichen Währung und im gleichen Umfang gegenüberstehen.<sup>81</sup>

Die Veranlagungsgrenzen bezüglich derivativer Instrumente werden im Punkt 5) Veranlagungsgrenzen erläutert.

## **7) Fondsergebnis**

### **a) Verwaltungsgebühr, Depotgebühr und Depotbankgebühr**

Die Aufwendungen des Fonds wurden bereits in Kapitel 2.1.3. unter dem Punkt Kosten/Gebühren eines Fonds erläutert.

Geprüft werden muss vor allem, ob die verrechneten Aufwendungen auch tatsächlich im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds stehen, denn nur dann dürfen sie erfasst und folglich in der Ertragsrechnung berücksichtigt werden. Außerdem muss auf die strikte Trennung des Fondsvermögens und des Vermögens der Kapitalanlagegesellschaft selbst geachtet werden.

Bei den Verwaltungsgebühren ist zu prüfen, ob der Prozentsatz laut Fondsbestimmungen verwendet wurde und das Fondsvermögen in der richtigen Höhe angesetzt wurde. Bei (Rumpf-)Rechnungsjahren, die während des Monats beginnen bzw. enden, ist darauf zu

---

<sup>80</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 162 ff.

<sup>81</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 382 f.

achten, ob nur die anteilig zustehende Gebühr verrechnet wurde. Die Verwaltungsgebühr wird jeweils am Monatsende dem Fondsvermögen angelastet, die Buchung muss daher zwölf Mal am betreffenden Konto aufscheinen. Bei der Depotgebühr ist das in der Praxis dasselbe. Die Depotbankgebühr wird – wenn sie überhaupt erhoben wird – vierteljährlich erhoben.<sup>82</sup> Die Bankzinsenformel  $\text{Kalender}/360$  ist für die Berechnung der Verwaltungskosten im Übrigen nicht zulässig, da sie unter Umständen zur Überschreitung der Obergrenze laut Fondsbestimmungen führt.<sup>83</sup>

#### b) Zinsen

Wertpapierzinsen werden nur zu bestimmten Terminen gutgeschrieben, den Kuponterminen. Die Zinsforderung jedoch besteht schon ab dem Zeitpunkt der Aufnahme in das Fondsvermögen. Die anfallenden Zinsansprüche werden auf diversen Zinsanspruchskonten abgegrenzt. Dasselbe geschieht mit den Zinsansprüchen aus Bankguthaben und Festgeldern. Auch die Stückzinsen, die beim Kauf bzw. Verkauf eines Wertpapiers anfallen, werden als Zinsaufwand bzw. Zinsertrag erfasst.

Die genaue Behandlung der Zinsansprüche wurde bereits unter Punkt h) Anspruchsermittlung erläutert.

KEST auf Zinsen und Zinsansprüche (KEST II): Bei Wertpapierzinsen und Zinsen aus Bankeinlagen wird die Kapitalertragssteuer (KEST) erst bei der Ausschüttung an die Anteilinhaber abgezogen, da sie vorerst der Befreiungsvorschrift lt. EstG unterliegen<sup>84</sup>. Diese Erträge fließen dem Fondsvermögen demnach brutto zu. In der Fondsbuchhaltung wird üblicherweise die „fiktive“ KEST aus den Bruttozinserträgen herausgerechnet und der Nettobetrag auf ein Zinsertragskonto gebucht und der Betrag der „fiktiven“ KEST auf einem KEST-Konto erfasst. Für die steuerliche Behandlung ist es erforderlich, dass die KEST in optionale und pflichtige KEST getrennt und dementsprechend separat verbucht wird.<sup>85</sup>

#### c) Dividenden

Für Dividenden wird keine regelmäßige Abgrenzung gemacht, die Dividenden werden erst bei Zufluss in das Fondsvermögen erfasst. Dies kann dazu führen, dass Dividendenerträge nicht in der Ertragsrechnung erfasst sind - obwohl sie sich wirtschaftlich gesehen bereits im Eigentum der Anteilinhaber befinden - und folglich nicht ausgeschüttet werden. Außerdem

---

<sup>82</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 221 ff.

<sup>83</sup> Vgl. Protokoll vom 28.09.2010 der Sitzung des Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds (nicht veröffentlicht)

<sup>84</sup> Vgl. Einkommenssteuergesetz (EStG) 1988 § 94 Z 10

<sup>85</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 196 ff.

werden Anteilinhaber benachteiligt, die ihre Anteile veräußern und Anspruch auf Dividenden erträge hätten, aber diese erst später zufließen. Beteiligungserträge ab dem Gewinnverteilungsbeschluss als realisiert zu betrachten, wäre daher sinnvoll.

Ausländische Zins- und Dividenden erträge müssen gesondert verbucht werden, da sie um ausländische Quellensteuern reduziert in das Fondsvermögen einfließen. Diese werden auf die österreichische Steuer angerechnet bzw. rückerstattet. Die Quellensteuern sollten nach Ländern gegliedert werden, da sie in der steuerlichen Behandlung als anrechenbare und rückerstattbare Steuerbeträge länderweise aufgelistet sind.

Die bei den Dividenden anfallenden Spesen müssen separat verbucht werden, da es nur so möglich ist, eine genaue Plausibilitätskontrolle hinsichtlich der in- und ausländischen Quellensteuerprozentsätze durchzuführen.

KEST auf österreichische Dividenden (KEST I): Bei Dividenden erträgen wird der KEST-Abzug bereits auf Fondsebene vollzogen, die Dividenden fließen daher netto in das Fondsvermögen. In der Fondsbuchhaltung werden die Dividenden erträge brutto erfasst, die KEST wird auf ein Forderungskonto gebucht und der Nettobetrag wird dem Ertragskonto gutgeschrieben. Die Verprobung der KEST wird aufgrund der Ländertrennung keine Schwierigkeit darstellen. Bei der Prüfung sollten zusätzlich Belegstichproben durchgeführt werden, um die Höhe der einbehaltenen Quellensteuer zu überprüfen und um festzustellen, ob die Dividenden ordnungsgemäß in die Buchhaltung aufgenommen wurden.<sup>86</sup>

#### d) Wertpapierleihe

Der Kapitalanlagegesellschaft ist es erlaubt Wertpapierleihegeschäfte abzuschließen. In der Fondsbuchhaltung kommt es dabei zu einer Änderung der Vermögenswerte. Statt der verliehenen Wertpapiere wird eine Rücklieferungsforderung erfasst. In der Regel werden dabei die Einstandswerte dieser betroffenen Wertpapiere auf ein Unterkonto übertragen, welches anzeigen soll, dass die Wertpapiere verliehen sind und demnach nicht sie selbst sondern der Anspruch darauf aktiviert ist. Der Wert der Rücklieferungsforderung wird mit dem der verliehenen Papiere angesetzt und muss täglich mit dem jeweiligen Kurswert des Leihgutes bewertet werden. Am Ende der Leihdauer werden die Wertpapiere wieder mit dem aktuellen Kurswert in den Bestand aufgenommen.

Bei der Prüfung besonders zu beachten sind die Buchungen zwischen den Wertpapierkonten und den Unterkonten bzw. den Forderungskonten und ob die Tagespreisberechnung

---

<sup>86</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 196 ff.



normal weitergeführt wurde. Außerdem muss überprüft werden, ob keine Verkäufe von den Unterkonten getätigt wurden, da es investmentfondsrechtlich nicht gestattet ist, verliehene Wertpapiere zu veräußern.<sup>87</sup>

#### e) Ertragsausgleich

Bei einer positiven Wertentwicklung des Fonds steigt der Anteilswert aufgrund der zugeflossenen Erträge. Die Ausschüttung vermindert das Fondsvermögen und somit auch den Rechenwert. Werden unterjährig Anteile ausgegeben, so erwirbt der neue Anteilinhaber nicht nur die Vermögenswerte, sondern auch einen Anteil an den bisher angefallenen Erträgen. Beim Erwerb der Anteile bezahlt er mit dem Ausgabepreis die Vermögenswerte sowie die angefallenen Erträge. Diese im Ausgabepreis enthaltenen Erträge werden als Ausgleichsbeträge bezeichnet.

Um nun den Ertragsausgleich vorzunehmen, werden in der Fondsbuchhaltung die Ausgleichsbeträge auf gesonderten Ertragsausgleichskonten – in Zinsen, Dividenden und Substanzgewinne sowie in steuerpflichtig, steuerfrei und endbesteuert gegliedert – verbucht. Dies verhindert, dass die Ausschüttung beim Eintritt neuer Anleger verringert wird.

Bei Ausscheiden von Anteilhabern muss wiederum ein negativer Ertragsausgleich vorgenommen werden.<sup>88</sup>

#### f) KG/KV aus Wertpapieren

Bei der Kontrolle der Kursgewinne/Kursverluste aus Wertpapieren muss vorweg auf die Kontinuität und die einheitliche Anwendung einer Berechnungsmethode geachtet werden, sowie darauf, dass die gewählte Methode den Anlegern in den Fondsbestimmungen oder dem Rechenschaftsbericht erläutert wird.

Wertpapierbestände setzen sich oft aus mehreren Anschaffungsgeschäften zu unterschiedlichen Kurswerten zusammen. Es ist daher schwierig nachzuvollziehen, aus welchen die verkauften und die noch verbliebenen Stücke stammen. Es gibt mehrere Verfahren zur Berechnung des Kurserfolges, am sinnvollsten erscheint jedoch die Anwendung des gleitenden Durchschnittswertes. Der Veräußerungsgewinn bzw. -verlust ergibt sich aus der Gegenüberstellung der zum gleitenden Durchschnittspreis bewerteten Wertpapiere und des Veräußerungserlöses, welcher vom Abrechnungsbeleg zu entnehmen und um etwaige im Zusammenhang mit dem Verkauf entstandenen Aufwendungen zu kürzen ist. Bei festverzinsli-

---

<sup>87</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 170 f.

<sup>88</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 239 ff.

chen Wertpapieren sind die Stückzinsen, die aufgrund des Verkaufes vor Kuponfälligkeit gutgeschrieben werden, abzuziehen, da sie den Zinserträgen zugeordnet werden.

Veräußerungsgewinne unterliegen nicht der Kapitalertragssteuer.<sup>89</sup>

#### g) KG/KV aus Derivativen Instrumenten

Es ist zu klären, ob der erzielte Gewinn aus Derivaten zur Ausschüttung verwendet oder auf die Substanz übertragen wird. Steuerrechtlich gesehen wären diese als Substanzgewinne anzusehen und daher auf den Wert des Fondsvermögens übertragen. Verluste aus derivativen Geschäften werden generell dem Fondsvermögen angelastet.

Die bei Futures entstehenden Variation Margins sind nicht realisierte Gewinne und werden daher als Ertrag eingebucht. Im Verlustfall zu leistende Beträge sind durch Abschreibung der Margin-Guthaben als Aufwand zu erfassen. Die Margin-Konten zeigen daher stets die Entwicklung der Gewinne und Verluste. Werden die Variation Margins nicht verrechnet, so muss der vorläufige unrealisierte Gewinn bzw. Verlust täglich berechnet wird. Dabei wird der vereinbarte Preis dem aktuellen Kurs gegenübergestellt und das so ermittelte Kursergebnis erhöht bzw. verringert das Fondsvermögen. Die beim Abschluss von Futures entstehenden Transaktionskosten können den Geschäften direkt zugeordnet werden und sollten daher mit den Gewinnen bzw. Verlusten aus Futures-Geschäften saldiert werden, um nicht in der Ertragsrechnung separat ausgewiesen zu werden.

Nach Abschluss eines Optionsvertrages ist eine Prämie fällig. Bei der Glattstellung einer Call-Option erhält man eine Prämie. Die Differenz aus den Optionsprämien ergibt den Kursgewinn oder -verlust. Beim Verfall einer Call-Option ist der aktuelle Buchwert als Verlust aus derivativen Geschäften zu erfassen. Wird hingegen eine Put-Option ausgeübt, so wird das Optionsrecht vom realisierten Kursgewinn abgezogen bzw. zum Kursverlust hinzurechnet.<sup>90</sup>

Für weitere Einzelheiten dazu wird auf den Punkt 6) Derivative Instrumente verwiesen.

#### h) Verbuchung Ausschüttung/Auszahlung

Hat der Fonds während des gesamten Geschäftsjahres weniger als 10 Prozent des Fondsvermögens in Anteile anderer Investmentfonds angelegt, so sind die Erträge daraus steuerlich zu vernachlässigen und müssen keiner Überprüfung unterzogen werden. Wird diese Grenze überschritten, sind alle Erträge aus Investmentfondsanteilen steuerpflichtig.

---

<sup>89</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 213 ff.

<sup>90</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 162 ff.

Bei den Ausschüttungen aus inländischen Subfonds wird überprüft, ob die Werte anhand der steuerlichen Behandlung des inländischen Subfonds korrekt in die Konten des zu prüfenden Fonds übertragen wurden. Grundsätzlich sollte die Ausschüttung eines im Fondsvermögen befindlichen Investmentfonds auf die einzelnen Ertragsarten (Zinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinne usw.) aufgeteilt werden, da diese steuerlich unterschiedlich behandelt werden.

Die KEST II auf Zinserträge wird bei inländischen Fonds täglich berechnet und abgegrenzt. Daher nimmt man einfach diese abgegrenzte KEST II, multipliziert sie mit 4 und erhält damit seine Zinserträge. Dividenden, sonstige Erträge und Substanzgewinne gelten erst dann als zugeflossen, wenn sie der Subfonds ausgeschüttet hat oder der fiktive Zufluss als ausschüttungsgleicher Ertrag erfolgt ist.

#### i) Ausschüttungsgleiche Erträge

Ausschüttungsgleiche Erträge eines ausländischen Investmentfonds sind jene erwirtschafteten Erträge, die der Fonds nicht an die Anteilinhaber ausgeschüttet hat. Das sind die Ausschüttung sowie jene nicht zur Kostendeckung herangezogenen bzw. nicht ausgeschütteten Zinsen, Dividenden und sonstige Erträge (in diesem Fall zählen hierzu die Substanzgewinne) dieses Fonds.

Die Zinsen, Dividenden, realisierten Substanzgewinne und sonstigen Erträge gelten zum Zeitpunkt der Ausschüttung oder Auszahlung bzw. spätestens vier Monate nach Geschäftsjahresende des Subfonds als zugeflossen und sind somit steuerpflichtig, unabhängig davon, ob sie tatsächlich ausgeschüttet wurden. Werden die Anteile vor dieser Frist veräußert, so gelten sie zum Zeitpunkt des Verkaufes als zugeflossen.

Ausländische Fonds können in weiße, graue und schwarze Investmentfonds unterteilt werden. Weiße Fonds sind jene, die im Inland zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, öffentlich angeboten werden und einen inländischen steuerlichen Vertreter zum Nachweis der ausschüttungsgleichen Erträge haben. Graue Fonds werden entweder nicht zum öffentlichen Vertrieb zugelassen oder werden nicht öffentlich angeboten. Ein inländischer steuerlicher Vertreter muss den Nachweis über die vom Fonds erwirtschafteten Erträge erbringen, mit denen die ausschüttungsgleichen Erträge bemessen werden können. Die Erträge von schwarzen Fonds werden nicht von einem inländischen steuerlichen Vertreter nachgewiesen, unabhängig von der Zulassung oder dem öffentlichen Angebot. Werden Anteile an einem schwarzen Fonds gehalten, so müssen diese strafbesteuert werden.

Die ausschüttungsgleichen Erträge der zugelassenen ausländischen Fonds (weiße Fonds) werden auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen veröffentlicht und dienen dem Wirtschaftsprüfer als Grundlage für die Überprüfung der korrekten Verbuchung.

Alle Erträge eines ausländischen Subfonds sind dann im Dachfonds steuerlich zu erfassen, wenn der Subfonds sie ausgeschüttet hat oder sie als ausschüttungsgleiche Erträge zugegangen sind. Die Erfassung der ordentlichen Erträge erfolgt zum bis zum Ausschüttungszeitpunkt gehaltenen Höchststand. Die außerordentlichen Erträge (Substanzgewinne) werden mit dem Letztstand erfasst.<sup>91</sup>

## **8) Steuern**

### **a) SpESt**

Die Spekulationsertragssteuer ist die KESt III auf Substanzgewinne. Diese Steuer gilt für inländische und ausländische Investmentfonds, sofern diese Substanzgewinne aus Aktien erzielt wurden. 20 % der aus Aktien erwirtschafteten Substanzgewinne werden mit 25 % KESt besteuert. Die Steuer beträgt damit im Ergebnis 5 % und wird als SpESt-KESt bezeichnet. Substanzgewinne, die ein inländischer Fonds aus Anleihen erwirtschaftet, sind steuerfrei.<sup>92</sup>

Diese aus Aktien erwirtschafteten Substanzgewinne können mit Substanzverlusten desselben Geschäftsjahres oder mit noch nicht verrechneten Substanzverlusten eines vorangegangenen Geschäftsjahres verrechnet werden. Soweit dieser Saldo positiv ist, wird er noch durch Aufwendungen des laufenden Geschäftsjahres vermindert, sofern diese nicht von anderen Erträgen abgezogen werden.<sup>93</sup>

### **b) Berechnungen**

Unter diesem Punkt ist die Berechnung der steuerlichen Behandlung zu finden. Aufgrund der Komplexität werden ich sie nicht näher ausführen, sondern nur der Vollständigkeit halber die Darstellung in der Praxis zeigen:

---

<sup>91</sup> Vgl. Reisenhofer, Peter: Investmentfondsgesetz; a.a.O.; S. 61 ff.

<sup>92</sup> Vgl. Reisenhofer, Peter: Investmentfondsgesetz; a.a.O.; S. 63 ff.

<sup>93</sup> Vgl. EStG 1988 § 41 (1)

Rechnungsjahr: 16.04.2010 bis 15.04.2011		Privat-anleger	Betriebliche Anleger		Privat-stiftungen im Rahmen der Einkünfte aus Kapitalvermögen
Auszahlung;	15.06.2011		Natürliche Personen	Juristische Personen	
ISIN:					
1. Ordentliches Fondsergebnis	EUR	1,0741	1,0741	1,0741	1,0741
2. <b>Zuzüglich:</b>					
a) Einbehaltene in- und ausländische Abzugsteuern	1) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
b) Steuerpflichtige ordentliche ausschüttungsgleiche Erträge ausländischer Subfonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
c) Steuerpflichtige außerordentliche ausschüttungsgleiche Erträge ausländischer Subfonds	EUR	0,0000	0,2319	0,2319	0,0000
d) Steuerpflichtige Substanzgewinne (20%)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
e) Steuerpflichtige Aufwertungsgewinne aus Immobilienfonds (80%)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
3. Ertrag	EUR	1,0741	1,3060	1,3060	1,0741
4. <b>Abzüglich</b>					
a) rückerstattete ausländische Quellensteuer aus Vorjahren	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
b) Gemäß DBA steuerfreie Zinserträge sowie Immobilienfondserträge	2) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
c) Gemäß DBA steuerfreie Dividenden	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
d) Steuerfrei gemäß § 10 Abs 1 KStG (Inlandsdividenden)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
e) Steuerfrei gemäß § 10 Abs 1 KStG/§ 13 Abs 2 KStG (Auslandsdividenden)	3) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
f) Steuereutraler Ertragsausgleich auf Dividenden	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
g) bereits in Vorjahren versteuerte Erträge	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
5. Verbleibender Ertrag	EUR	1,0741	1,3060	1,3060	1,0741
6. Hievon endbesteuert	EUR	1,0741	1,0741	0,0000	0,0000
7. <b>Steuerpflichtige Einkünfte</b>	5) EUR	0,0000	0,2319	1,3060	1,0741
8. Rechenwert zum Ende des Rechnungsjahres	EUR	105,24	105,24	105,24	105,24
9. -					
<b>Detailangaben</b>					
10. Ausländische Einkünfte, für die Österreich das Besteuerungsrecht wahrnimmt					
a) Dividenden	4) 6) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
b) Zinsen, die einem Quellensteuerabzug unterliegen	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
c) Ausschüttungen ausländischer Fonds, die einem Quellensteuerabzug unterliegen	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
		0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
11. von den im Ausland entrichteten Steuern sind zur Vermeidung der Doppelbesteuerung:					
a) anrechenbar (einschließlich matching credit, Detail siehe Punkt 18. a))	7) 8) 9) 10)				
aus Aktien (Dividenden)	4) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
aus Anleihen (Zinsen)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
aus ausländischen Fonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
gesamt	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
b) rückerstattbar (Detail siehe Punkt 18. b))	10) 11)				
aus Aktien (Dividenden)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
aus Anleihen (Zinsen)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
aus ausländischen Fonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
gesamt	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
c) weder anrechen- noch rückerstattbar (Detail siehe Punkt 18 c))	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
12. Beteiligungserträge gemäß § 37 Abs 4 EStG/§ 10 Abs 1 KStG/§ 13 Abs 2 KStG	12)				
a) inländische Dividenden	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
b) ausländische Dividenden	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
13. Erträge, die einem inländischen KEST-Abzug unterliegen	13)				
a) Zinsen, ausgenommen DBA-Erträge	14) 15) EUR	1,0741	1,0741	1,0741	1,0741
b) gemäß DBA steuerfreie Zinsen	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
c) ausländische Dividenden	14) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
d) Ausschüttungen ausländischer Subfonds	14) 15) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
e) ordentliche ausschüttungsgleiche Erträge ausländischer Subfonds	14) 15) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
f) Erträge aus Immobilienfonds	14) 15) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
g) Aufwertungsgewinne aus Immobilienfonds (80%)	14) 15) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
h) außerordentliche ausschüttungsgleiche Erträge ausländischer Subfonds	14) 15) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
i) Substanzgewinne (20%)	14) 15) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
14. Österreichische KEST I (auf Inlandsdividenden)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
15. Österreichische KEST II auf:	13)				
a) Zinsen, ausgenommen DBA-Erträge	EUR	0,2685	0,2685	0,2685	0,2685
b) gemäß DBA steuerfreie Zinsen	2) EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000
c) ausländische Dividenden	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000

Rechnungsjahr:		16.04.2010 bis 15.04.2011		Betriebliche Anleger		Privat- stiftungen im Rahmen der Einkünfte aus Kapital- vermögen
Auszahlung;	15.06.2011	Privat- anleger	Natürliche Personen	Juristische Personen		
ISIN:						
d) Ausschüttungen ausländischer Subfonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
e) ordentliche ausschüttungsgleiche Erträge ausländischer Subfonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
f) Erträge aus Immobilienfonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
g) Aufwertungsgewinne aus Immobilienfonds (80%)	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
<b>Österreichische KEST II (gesamt)</b>	EUR	<b>0,2685</b>	<b>0,2685</b>	<b>0,2685</b>	<b>0,2685</b>	
<b>16. Österreichische KEST III (auf Substanzgewinne)</b>						
a) außerordentliche ausschüttungsgleiche Erträge ausländischer Subfonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
b) Substanzgewinne	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
<b>Österreichische KEST III (gesamt)</b>	EUR	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	
<b>17. Österreichische KEST II und III (gesamt)</b>						
18. a) Zu Punkt 11. a) anrechenbare ausländische Steuern						
aus belgischen Aktien	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
aus ungarischen Aktien	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
<b>Summe aus Aktien</b>	EUR	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	
aus deutschen Fonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
<b>Summe aus Fonds</b>	EUR	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	
b) Zu Punkt 11. b) rückerstattbare ausländische Steuern						
aus belgischen Aktien	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
aus ungarischen Aktien	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
<b>Summe aus Aktien</b>	EUR	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	
aus deutschen Fonds	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
<b>Summe aus Fonds</b>	EUR	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	
c) Zu Punkt 11. c) weder anrechen- noch rückerstattbare ausländische Steuern						
aus irischen Aktien	EUR	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000	
<b>Summe aus Aktien</b>	EUR	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	<b>0,0000</b>	
19. Angaben zu einer allfälligen EU-Quellensteuer (nur für nicht unbeschränkt Steuerpflichtige relevant)	EUR	0,2148	0,2148	0,2148	0,2148	

## 9) Prüfbericht

Der Prüfbericht wird im Kapitel 2.2.3. näher erläutert.

## 10) Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht ist als Hauptüberprüfungsgegenstand zu betrachten. Im Rechenschaftsbericht ergeben sich viele Prüfungshandlungen, wobei die meisten bereits in den vorigen Punkten erarbeitet wurden. Er wird vorerst auf Vollständigkeit aller rechtlichen Bestandteile geprüft. Der Bericht muss alle Informationen enthalten, die für den Anleger relevant sind, um sich ein Urteil über die Entwicklung des Fonds machen zu können. Explizit sind das folgende:

- ✓ die Ertragsrechnung
- ✓ die Vermögensaufstellung
- ✓ die Fondsbestimmungen
- ✓ ein Bericht über die Veränderung des Vermögensbestandes
- ✓ die Zahl der Anteile zu Beginn und am Ende des Rechnungsjahres
- ✓ ein Bericht über die Tätigkeiten des abgelaufenen Rechnungsjahres
- ✓ alle sonstigen in der Anlage B des InvFG 1993 vorgesehen Angaben

- ✓ und alle wesentlichen Informationen, die es den Anlegern ermöglichen, sich in voller Sachkenntnis ein Urteil über die Entwicklung der Tätigkeiten und Ergebnisse des Kapitalanlagefonds zu bilden.

Die Ertragsrechnung soll Aufschluss über den Fondserfolg geben und gleichzeitig die Grundlage für die Ausschüttung darstellen. Die ausgewiesenen Beträge müssen daraufhin überprüft werden, ob sie sich aus der Fondsbuchhaltung entwickeln lassen. Die im Geschäftsjahr realisierten Erträge und Aufwendungen sollten separat ausgewiesen sein und es sollten laut Anlage B zum InvFG mindestens folgende Posten enthalten sein: Erträge aus Anlagen, sonstige Erträge, Aufwendungen für die Verwaltung und für die Depotbank, sonstige Aufwendungen und Steuern bzw. Gebühren und der Nettoertrag. Diese Aufzählung ist jedoch nicht vollständig, in der Praxis sieht die Ertragsrechnung zB folgendermaßen aus:

## Ertragsrechnung und Entwicklung des Fondsvermögens

### 1. Wertentwicklung des Rechnungsjahres (Fonds-Performance)

Ermittlung nach OeKB-Berechnungsmethode: pro Anteil in Fondswährung (Whg) ohne Berücksichtigung eines Ausgabeaufschlags	Ausschüttungs- anteile	Thesaurierungs- anteile
Anteilswert am Beginn des Rechnungsjahres	0,00	0,00
Ausschüttung am ..... (entspricht 0,0000 Anteilen) 1)	0,00	
Auszahlung (KESt) am ..... (entspricht 0,0000 Anteilen) 1)		0,00
Anteilswert am Ende des Rechnungsjahres	0,00	0,00
Gesamtwert inkl. (fiktiv) durch Ausschüttung/Auszahlung erworbene Anteile	0,00	0,00
Nettoertrag pro Anteil	0,00	0,00
Wertentwicklung eines Anteiles im Rechnungsjahr	0,00%	0,00%

### 2. Fondsergebnis

#### **a. Realisiertes Fondsergebnis**

##### **Ordentliches Fondsergebnis**

<b>Erträge (ohne Kursergebnis)</b>		
Zinserträge	0,00	
Dividenderträge	0,00	
sonstige Erträge	0,00	0,00
<b>Aufwendungen</b>		
Vergütung an die KAG	0,00	
Aufwendungen für die Depotbank	0,00	
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	0,00	
abzüglich Verwaltungskostenrückvergütung aus Subfonds	0,00	0,00
<b>Ordentliches Fondsergebnis (exkl. Ertragsausgleich)</b>		<b>0,00</b>

##### **Realisiertes Kursergebnis 2) 3)**

Realisierte Gewinne	0,00	
derivative Instrumente	0,00	
Realisierte Verluste	0,00	
derivative Instrumente	0,00	
<b>Realisiertes Kursergebnis (exkl. Ertragsausgleich)</b>		<b>0,00</b>

<b>Realisiertes Fondsergebnis (exkl. Ertragsausgleich)</b>	<b>0,00</b>
--	-------------

#### **b. Nicht realisiertes Kursergebnis 2) 3)**

Veränderung des nicht realisierten Kursergebnisses	0,00
--	------

<b>Ergebnis des Rechnungsjahres</b>	<b>0,00</b>
-------------------------------------	-------------

#### **c. Ertragsausgleich**

Ertragsausgleich für Erträge des Rechnungsjahres	0,00	
Ertragsausgleich im Rechnungsjahr für Gewinnvorträge	0,00	
<b>Ertragsausgleich</b>		<b>0,00</b>

<b>Fondsergebnis gesamt</b>	<b>0,00</b>
-----------------------------	-------------



### 3. Entwicklung des Fondsvermögens

Fondsvermögen am Beginn des Rechnungsjahres 4)			0,00
<b>Ausschüttung/Auszahlung</b>			
Ausschüttung (für Ausschüttungsanteile) am .....	0,00		
Auszahlung (für Thesaurierungsanteile) am .....	0,00		
			0,00
<b>Ausgabe und Rücknahme von Anteilen</b>			
Ausgabe von Anteilen	0,00		
Rücknahme von Anteilen	0,00		
			0,00
<b>Fondsergebnis gesamt</b>			
(das Fondsergebnis ist im Detail im Punkt 2. dargestellt)			0,00
			0,00
<b>Fondsvermögen am Ende des Rechnungsjahres 5)</b>			0,00

### 4. Verwendungs(Herkunfts-)rechnung

<b>Ausschüttung/Auszahlung/Wiederveranlagung</b>			
Ausschüttung am ... für 00			
Ausschüttungsanteile zu je EUR 0,00	0,00		
Auszahlung (KESt) am ... für 00			
Thesaurierungsanteile zu je EUR 0,00	0,00		
Wiederveranlagung für 00			
Thesaurierungsanteile zu je EUR 0,00	0,00	0,00	
			0,00
<b>Realisiertes Fondsergebnis (inkl. Ertragsausgleich)</b>		0,00	
			0,00
<b>Aufwands- und Verlustabdeckung/ Gewinnübertrag</b>			
Aufwands- und Verlustabdeckung aus der Substanz	0,00		
Gewinnübertrag auf die Substanz	0,00	0,00	
<b>Veränderung des Gewinnvortrags 6)</b>			
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00		
Gewinnvortrag in die Folgeperiode	0,00	0,00	
			0,00

- 1) Rechenwert für einen Ausschüttungsanteil am ..... (Ex-Tag) Whg. , für einen Thesaurierungsanteil Whg. ....
- 2) Realisierte Gewinne und realisierte Verluste sind nicht periodenabgegrenzt und stehen so wie die Veränderung des nicht realisierten Kursergebnisses nicht unbedingt in Beziehung zu der Wertentwicklung des Fonds im Rechnungsjahr.
- 3) Kursergebnis gesamt, ohne Ertragsausgleich (realisiertes Kursergebnis, ohne Ertragsausgleich, zuzüglich Veränderungen des nicht realisierten Kursergebnisses): Whg. ...
- 4) Anteilsulauf zu Beginn des Rechnungsjahres: 00 Ausschüttungsanteile und 00 Thesaurierungsanteile
- 5) Anteilsulauf am Ende des Rechnungsjahres: 00 Ausschüttungsanteile und 00 Thesaurierungsanteile
- 6) Inklusive Ertragsausgleich für das realisierte Kursergebnis, soweit dieser nicht in den Ausschüttungen (Auszahlungen) bzw. Wiederveranlagungen enthalten ist bzw. war.

94

Es wird zwischen ordentlichen und außerordentlichen Erträgen differenziert. Die Erträge werden unter anderem in Dividenden, Zinsen (beides ordentliche Erträge) und realisierte Kursgewinne aus Wertpapieren und realisierte Kursgewinne aus derivativen Instrumenten (beides außerordentliche Erträge) gegliedert. Die Dividendenerträge werden brutto ausgewiesen, die KESt wird jedoch in Abzug gebracht und dem Reinertrag fließen nur die tatsächlichen Erträge zu. Die angefallenen Spesen werden in der Ertragsrechnung von den Divi-

<sup>94</sup> Muster Ertragsrechnungsschema der Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften (VÖIG)

dendenerträgen abgezogen. Die Zinsen werden ohne Berücksichtigung der fiktiven KEST II ausgewiesen, da sie ohne KEST-Abzug vereinnahmt werden.

Die Aufwendungen in der Ertragsrechnung sind in die Verwaltungsentschädigung, Depotgebühren, Depotbankgebühren, Prüfkosten, Veröffentlichungskosten und sonstige Verwaltungsaufwendungen gegliedert. Die beim An- und Verkauf von Wertpapieren entstandenen Aufwendungen werden nicht in der Ertragsrechnung ausgewiesen, da sie die Anschaffungskosten erhöhen oder den Veräußerungsgewinn mindern.

Der Ertragsausgleich für das Rechnungsjahr wird ebenfalls aufgelistet und Ergebnisse inklusive und exklusive dargestellt. Unter Berücksichtigung aller bisher genannten Posten ergibt sich das Fondsergebnis gesamt.

In der Entwicklung des Fondsvermögens wird vom Fondsvermögen zu Beginn des Rechnungsjahres über die Ausschüttung, die Auszahlung der KEST und der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zum Fondsvermögen des aktuellen Rechnungsjahresendes übergeleitet.

In der Verwendungsrechnung kommt es zum Ausweis der gesamten Ausschüttung, der Ausschüttung je Anteil und der Anzahl der Anteile am Stichtag. Bei der Auszahlung der KEST und der Wiederveranlagung werden diese drei Beträge ebenfalls aufgezeigt. Bringt man Ausschüttung, Auszahlung und Wiederveranlagung in Abzug des realisierten Fondsergebnisses, so erhält man den Betrag, der auf die Substanz übertragen wird.

Die Vermögensaufstellung ist der umfangreichste Bestandteil des Rechenschaftsberichts. Es ist die Darstellung des Wertpapierbestandes sowie die Zusammensetzung des gesamten Fondsvermögens zum Stichtag erforderlich. Es wird überprüft, ob alle Vermögensgegenstände den gesetzlichen Vorschriften entsprechend und vollständig ausgewiesen wurden. Da die Bewertung und vollständige Erfassung bereits im Laufe der Prüfung kontrolliert wurde, muss nur mehr von der Fondsbuchhaltung bzw. der Preisberechnung übergeleitet werden.

Die Vermögensaufstellung wird in Wertpapiere, derivative Instrumente nach Kategorien gegliedert, Bankguthaben, sonstige Vermögenswerte (zB Zinsansprüche), Verbindlichkeiten und als Ergebnis das Fondsvermögen gegliedert. Der Punkt Wertpapiere sollte detailliert aufgelistet sein. Es muss die Unterteilung in amtlich notierte Wertpapiere, Wertpapiere an einem geregelten Markt, Neuemissionen, andere Wertpapiere und andere verbriefte Rechte vorgenommen werden. Die Gliederung unter Berücksichtigung der Wertpapierart (Aktien, Anleihen, Optionen, Finanzterminkontrakte, Devisentermingeschäfte) und nach Wäh-

rungen ist ebenfalls erforderlich. Neben den jeweiligen Posten sollte der prozentuelle Anteil am Fondsvermögen gezeigt sein, um die Aussagekraft der Aufstellung zu erhöhen. Der Wertpapierkurs, der Währungskurs und die Nominalverzinsung sind ebenso anzuführen wie die Zu- und Abgänge während des Rechnungsjahres. Während des Berichtszeitraumes getätigte Käufe und Verkäufe von Wertpapieren und Derivaten, die zum Stichtag nicht mehr im Fondsvermögen waren, werden im Anschluss an die Vermögensaufstellung aufgelistet, um die Entwicklung des Bestandes nachvollziehen zu können. Im Anschluss an die Vermögensaufstellung muss die Anzahl der in Umlauf befindlichen Anteile und der Anteilswert angeführt werden. Die Aufstellung könnte beispielsweise so aussehen:

Wertpapiere	20.228.149,40	101,6899
Finanzterminkontrakte	156.030,53	0,7844
Optionen	739,69-	0,0037-
Devisentermingeschäfte	0,00	0,0000
Abgegrenzte Gebühren	337,40-	0,0017-
Bankguthaben	671.076,13-	3,3736-
Swaps	0,00	0,0000
Zinsenansprüche	179.959,88	0,9047
Fondswert gesamt	19.891.986,59	EUR
Anzahl umlaufender Anteile gesamt	194.191,00	Stücke

	Tranche A	Tranche T	
Fondswert:	397.741,32	19.494.245,27	EUR
Anzahl umlaufender Anteile:	3.913,00	190.278,00	Stücke
Anteilswert:	101,65	102,45	EUR

Der Rechenschaftsbericht muss außerdem einen Bericht über die Tätigkeiten des abgelau-  
fenen Rechnungsjahres beinhalten, um dem Anleger zu ermöglichen, sich ein Bild über die  
Lage und die Realisierung der Ziele zu machen. Diesem Bericht sollte noch die Darlegung  
der Anlagepolitik und der Konzeption des Fonds folgen, um die Frage zu beantworten, für  
welchen Anlegertyp der Fonds geeignet ist.

Auch eine Übersicht über die letzten fünf Geschäftsjahre soll der Rechenschaftsbericht ent-  
halten. Es müssen das Fondsvermögen, der Rechenwert je Anteil, die Wertentwicklung in  
Prozent und die bisher ausgewiesenen Erträge enthalten sein. Die Aufstellung kann noch  
durch weitere Angaben ergänzt werden.

Der Wert der Ausschüttung je Anteil muss ebenfalls im Rechenschaftsbericht enthalten sein  
und Angaben im Zusammenhang mit derivativen Instrumenten. Diese werden in Optionsge-  
schäfte, Währungskurssicherungen und Finanzterminkontrakte gegliedert und sind übli-  
cherweise in der Vermögensaufstellung ausgewiesen.

Die Fondsbestimmungen und der Bestätigungsvermerk sind ebenso zwingend in den Re-  
chenschaftsbericht aufzunehmen. Genauer zum Bestätigungsvermerk wird im Kapitel  
2.2.3 beschrieben.

Darüber hinaus wird der Bericht noch konkrete Information zur Kapitalanlagegesellschaft und zum Kapitalanlagefonds (genaue Bezeichnung, Gründungszeitpunkt, Fondsstichtag, Ausschüttungszeitpunkt usw.) enthalten, sowie den Bericht des Aufsichtsrates und Angaben zur Prospektkundmachung im Amtsblatt der Wiener Zeitung.

Die im Rechenschaftsbericht ausgewiesene steuerliche Behandlung der Ausschüttung unterliegt nicht zwingend der Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer. Aufgrund der Komplexität der steuerlichen Behandlung werde ich sie in dieser Arbeit nicht näher ausführen. Eine Darstellung in der Praxis wird im Punkt 8) Steuern gezeigt.

Der geprüfte Rechenschaftsbericht muss innerhalb von vier Monaten nach dem Stichtag mit dem Bestätigungsvermerk versehen an die FMA (Finanzmarktaufsicht) übermittelt werden.

Die KAG hat auch einen Halbjahresbericht zu erstellen, welcher nicht der tatsächlichen Prüfung unterliegt, sondern nur hinsichtlich seiner Erstellung und Veröffentlichung überprüft wird.<sup>95</sup>

## **11) Diverses, Vorjahresunterlagen**

Hier werden die wichtigsten Vorjahresunterlagen, wie der Rechenschaftsbericht, die Prüfungsfeststellungen, die Interne Notiz, die Saldenliste und die Umbuchungsliste abgelegt. Bei der Durchsicht dieser Unterlagen vor Prüfungsbeginn, kann sofort festgestellt werden, was im Vorjahr Probleme bereitet hat und auf was besonders Rücksicht genommen werden muss.

Sind bei der Prüfung sonstige Unterlagen angefallen, werden diese ebenfalls hier abgelegt.

### **2.2.3. Das Prüfergebnis**

#### **Prüfbericht**

Der Bankprüfer hat über das Ergebnis der Prüfung des Rechenschaftsberichts schriftlich zu berichten. Der Prüfbericht hat folgende Bestandteile zu enthalten:

- ✓ Angabe der Auftragserteilung und Darstellung der Auftragsdurchführung
- ✓ Darstellung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Investmentfonds
- ✓ Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht
- ✓ Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

---

<sup>95</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 261 ff.

✓ Bestätigungsvermerk<sup>96</sup>

Im Abschnitt Auftrag und Auftragsdurchführung ist auf die Wahl zum Abschlussprüfer und den verantwortlichen Wirtschaftsprüfer einzugehen. Weiters ist anzugeben, dass der Abschlussprüfer die gesetzlichen Vorschriften sowie die Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfungen zu beachten hat. Der Zeitraum, in dem die Prüfung durchgeführt wurde, ist ebenfalls anzuführen. Die gesetzlich vereinbarten Haftungsgrenzen sowie die allgemeinen Auftragsbedingungen sind anzuführen und es ist zu erwähnen, dass diese auch gegenüber Dritten gelten. Es soll auch vermerkt werden, ob es sich um eine Pflichtprüfung oder eine freiwillige Prüfung handelt, sowie die für das Geschäftsjahr geltende Größenklasse gemäß § 221 UGB.<sup>97</sup>

Die Berichterstattung hat sich auf die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Investmentfonds zu erstrecken, Angaben über die KAG sind jedoch nicht erforderlich. Zusätzlich zu den fondsspezifischen Angaben ist auf die Änderungen der Fondsbestimmungen sowie deren in Kraft treten hinzuweisen. Über sonstige relevante Tatbestände ist ebenfalls zu berichten.

Besondere Tatsachen und Fakten sowie besondere Prüfungshandlungen müssen berichtet werden. Sind diese bereits im Rechenschaftsbericht vermerkt, kann im Prüfbericht auf die Ausführung verzichtet werden, da der Rechenschaftsbericht in den Prüfbericht einzubinden ist.

Die Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses ist am besten wie folgt zu gliedern:

- ✓ Stellungnahme zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Rechenschaftsbericht
- ✓ Stellungnahme zu steuerlichen Angaben
- ✓ Erteilte Auskünfte
- ✓ Stellungnahme zu Tatsachen gemäß § 63 Abs 3 BWG (Bankwesengesetz) und § 273 Abs 2 UGB
- ✓ Stellungnahme zur Einhaltung der Veranlagungsgrenzen und der Fondsbestimmungen
- ✓ Bericht über besondere Vorkommnisse und Sachverhalte

In einer kurzen Stellungnahme ist auszuführen, ob der Rechenschaftsbericht und die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Prüfung des Rechenschaftsberichts

---

<sup>96</sup> Vgl. Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer: Richtlinie ordnungsgemäßer Berichterstattung im Rahmen der Prüfung von Rechenschaftsberichten von Investmentfonds sowie Immobilienfonds; Juni 2010; S. 2 ff.

<sup>97</sup> Vgl. Fachsenat für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder: Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen nach § 273 Abs 1 UGB; Juni 2009; S. 4

ist laut der OGAW-Richtlinie auf die Kontrolle der enthaltenen Zahlenangaben begrenzt. Alle weiteren Angaben sind dahingehend zu überprüfen, ob sie im Zusammenhang mit den Zahlenangaben keine verzerrende Darstellung der Fondsergebnisrechnung, der Entwicklung des Fondsvermögens, der Verwendungsrechnung oder der Vermögensaufstellung gibt.

Die Darstellung der steuerlichen Behandlung ist kein gesetzlich vorgeschriebener Bestandteil des Rechenschaftsberichts. Im Prüfbericht wird daher darauf verwiesen, dass die steuerlichen Erläuterungen keinen Teil der Prüfung darstellen.<sup>98</sup>

Im Prüfbericht ist ausdrücklich festzuhalten, ob die verlangten Aufklärungen und Nachweise von den gesetzlichen Vertretern erbracht wurden und es ist auf den Erhalt einer Vollständigkeitserklärung einzugehen.<sup>99</sup>

Es ist zu berichten, ob bei der Prüfung Tatsachen gemäß § 63 Abs 3 BWG und § 273 Abs 2 UGB festgestellt wurden, insbesondere Verstöße gegen das Gesetz oder die Fondsbestimmungen. Gab es diesbezüglich keine Feststellungen, so ist eine diesbezügliche Negativfeststellung in den Prüfbericht aufzunehmen.

Die Einhaltung der Veranlagungsgrenzen und der Fondsbestimmungen stellen einen wesentlichen Teil der Prüfung dar. Auf das Ergebnis der mittels Stichproben erfolgten Überprüfung ist daher im Prüfbericht einzugehen. Die Verletzungen der Veranlagungsbestimmungen können entweder „aktiv“ (durch Vornahme entsprechender Transaktionen, die von der KAG bzw. dem Fondsmanagement getätigt werden) oder „passiv“ (Veränderungen der Kurse oder Rücklösungen von Anteilscheinen) entstehen. Über aktive Grenzverletzungen ist generell zu berichten, es sei denn die Verletzung beruht auf einem Versehen und wird unverzüglich rückgeführt und wird nicht wiederholt oder die Verletzung hat ein sehr geringes Ausmaß und wird binnen angemessener Frist rückgeführt. Bei passiven Grenzverletzungen ist nur zu berichten, wenn die Verletzung nicht binnen angemessener Frist rückgeführt wird oder wenn eine mit dem Bankprüfer besprochene umgehende Sanierung nicht vorgenommen wird.

Alle besonderen Vorkommnisse und Sachverhalte im Rechnungsjahr sollten in einem separaten Punkt berichtet werden. Solche berichtenswerten Tatsachen können zB besondere Transaktionen in Zusammenhang mit Aufstockungen und Rücklösungen, eine bevorstehen-

---

<sup>98</sup> Vgl. Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer: Richtlinie ordnungsgemäßer Berichterstattung im Rahmen der Prüfung von Rechenschaftsberichten von Investmentfonds sowie Immobilienfonds; Juni 2010; S. 2 ff.

<sup>99</sup> Vgl. Fachsenat für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder: Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen nach § 273 Abs 1 UGB; Juni 2009; S. 4

de Beendigung der Verwaltung des Fonds, die Aussetzung der Fondspreisberechnung bzw. der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen oder Besonderheiten, die die Liquidität des Fonds betreffen, sein. Auch besondere Aspekte bei Performance-Gebühren, die Darstellung besonderer Risikoaspekte oder der Bericht über Fondszusammenlegungen können unter diesem Punkt vermerkt werden.

Der Bestätigungsvermerk ist vom Prüfer zu unterzeichnen und dem Prüfbericht beizulegen. Genauer über den Bestätigungsvermerk wird im nächsten Punkt aufgezeigt.

Der Prüfbericht ist vom Bankprüfer zu unterzeichnen und an die gesetzlichen Vertreter sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates zu übermitteln.<sup>100</sup>

### **Bestätigungsvermerk**

Der Bestätigungsvermerk dient dazu, die Öffentlichkeit und die Anteilinhaber über die Gesetzmäßigkeit des Rechenschaftsberichts und die Einhaltung des InvFG 1993 und der Fondsbestimmungen zu informieren. Für die Erteilung des Bestätigungsvermerks im Rahmen der Fondsprüfung gelten sinngemäß die handelsrechtlichen Bestimmungen des § 274 UGB.

Für die Prüfung des Rechenschaftsberichts und die Verwaltung des Sondervermögens ist der Wortlaut für den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk nicht gesetzlich vorgeschrieben. In Österreich findet folgende Formulierung Anwendung:<sup>101</sup>

### **„Uneingeschränkter / Eingeschränkter / Bestätigungsvermerk / mit Ergänzung / Versagungsvermerk**

Wir haben den beigefügten Rechenschaftsbericht zum ..... der ...(KAG) über den von ihr verwalteten ....., Miteigentums ....., über das (Rumpf)Rechnungsjahr vom ..... bis..... unter Einbeziehung der Buchführung geprüft.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Rechenschaftsbericht, die Verwaltung des Sondervermögens und für die Buchführung**

Die gesetzlichen Vertreter der Kapitalanlagegesellschaft und/oder der Depotbank sind für die Buchführung, die Bewertung des Sondervermögens, die Berechnung von Abzugsteuern, die Aufstellung des Rechenschaftsberichtes sowie die Verwaltung des Sondervermögens, jeweils nach den Vorschriften des Investmentfondsgesetzes, den ergänzenden Regelungen in den Fondsbestimmungen und den steuerlichen Vorschriften, verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Erfassung und Bewertung des Sondervermögens sowie die Aufstellung des Rechenschaftsberichtes von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten

<sup>100</sup> Vgl. Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer: Richtlinie ordnungsgemäßer Berichterstattung im Rahmen der Prüfung von Rechenschaftsberichten von Investmentfonds sowie Immobilienfonds; Juni 2010; S. 2 ff.

<sup>101</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 405 f.

Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

### **Verantwortung des Bankprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Prüfung des Rechenschaftsberichts**

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Rechenschaftsbericht auf der Grundlage unserer Prüfung.

Wir haben unsere Prüfung nach § 12 Abs 4 Investmentfondsgesetz unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Rechenschaftsbericht. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Bankprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme der Risikoeinschätzung berücksichtigt der Bankprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Rechenschaftsberichtes sowie die Bewertung des Sondervermögens von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Kapitalanlagegesellschaft und der Depotbank abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Rechenschaftsberichts.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung darstellt.

### **Prüfungsurteil**

*Text bei uneingeschränkten Bestätigungsvermerken:*

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Rechenschaftsbericht zum ..... über den ....., Miteigentums....., nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften.

*Im gegebenen Fall ist eine Ergänzung aufzunehmen:*

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken weisen wir ergänzend darauf hin, dass .....

*Text bei Einwendungen, die zu einer Einschränkung des Bestätigungsvermerks führen:*

Unsere Prüfung hat zu den im nachstehenden Absatz / in den nachstehenden Absätzen/ angeführten Einwendungen geführt.

(Beschreibung der Einwendungen)



Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Rechenschaftsbericht zum ..... über den ....., Miteigentums....., mit der Einschränkung, dass die im vorhergehenden Absatz / in den vorhergehenden Absätzen/ angeführten Auswirkungen nicht berücksichtigt wurden / Sachverhalte nicht berücksichtigt wurden /, nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften.

*Text bei Einwendungen, die zu einer Versagung des Bestätigungsvermerks führen:*

Unsere Prüfung hat zu den im nachstehenden Absatz / in den nachstehenden Absätzen/ angeführten Einwendungen geführt.

(Beschreibung der Einwendungen)

Auf Grund dieser Einwendungen entspricht der Rechenschaftsbericht zum ..... über den ....., Miteigentums....., nach unserer Beurteilung nicht den gesetzlichen Vorschriften. Auf Grund dieser Einwendungen versagen wir den Bestätigungsvermerk.

### **Aussagen zur Beachtung des Investmentfondsgesetzes und der Fondsbestimmungen**

Die Prüfung hat sich gemäß § 12 Abs 4 InvFG auch darauf zu erstrecken, ob das Bundesgesetz über Kapitalanlagefonds (Investmentfondsgesetz) und die Fondsbestimmungen beachtet wurden. Wir haben unsere Prüfung nach den oben beschriebenen Grundsätzen so durchgeführt, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob die Vorschriften des Investmentfondsgesetzes und die Fondsbestimmungen im Wesentlichen beachtet wurden.

*Text bei uneingeschränkten Bestätigungsvermerken:*

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen wurden die Vorschriften des Bundesgesetzes über Kapitalanlagefonds (Investmentfondsgesetz) und die Fondsbestimmungen beachtet.

*Im gegebenen Fall ist eine Ergänzung aufzunehmen:*

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken weisen wir ergänzend darauf hin, dass .....

*Text bei Einwendungen, die zu einer Einschränkung des Bestätigungsvermerks führen:*

Die Vorschriften des Bundesgesetzes über Kapitalanlagefonds (Investmentfondsgesetz) und die Fondsbestimmungen wurden mit der / den / im Prüfungsurteil beschriebenen Einschränkung /en/ beachtet.

*Text bei Einwendungen, die zu einer Versagung des Bestätigungsvermerks führen:*

Die Vorschriften des Bundesgesetzes über Kapitalanlagefonds (Investmentfondsgesetz) und die Fondsbestimmungen wurden nicht beachtet. Auf Grund dieser / der/ im Prüfungsurteil beschriebenen Einwendung /en/ versagen wir den Bestätigungsvermerk.

### **Aussagen zum Bericht über die Tätigkeiten des abgelaufenen (Rumpf)Rechnungsjahres**

Die im Rechenschaftsbericht enthaltenen Ausführungen der Geschäftsleitung der Kapitalanlagegesellschaft über die Tätigkeiten des abgelaufenen (Rumpf)Rechnungsjahres wurden von uns kritisch durchgesehen, waren aber nicht Gegenstand besonderer Prüfungshandlungen nach den oben beschriebenen Grundsätzen. Unser Prüfungsurteil bezieht sich daher nicht auf diese Angaben. Im Rahmen der Gesamtdarstellung stehen die Ausführungen zum (Rumpf)Rechnungsjahr in Einklang mit den im Rechenschaftsbericht angegebenen Zahlen.

Ort, am .....

WP-Gesellschaft<sup>102</sup>

Der Fondsprüfer hat den Bestätigungsvermerk einzuschränken, wenn zB bei der Verwaltung des Sondervermögens die gesetzlichen Vorschriften und die Fondsbestimmungen nicht eingehalten wurden. Unwesentliche Beanstandungen führen jedoch nicht gleich zu einer Einschränkung des Bestätigungsvermerks, sondern lediglich zu Ergänzungen. War die allgemeine Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung nicht gegeben oder wurden Verstöße gegen die investmentfondsrechtlichen Vorschriften und die Fondsbestimmungen festgestellt, so muss der Bestätigungsvermerk verweigert werden.<sup>103</sup>

## **2.3. Neuerungen in der Fondsprüfung**

### **2.3.1. Neues Investmentfondsgesetz (InvFG) 2011**

Das österreichische Investmentfondsgesetz (InvFG) 1993 basiert auf noch älteren Gesetzen und auf der OGAW-Richtlinie 1985. Das InvFG 1993 und die Richtlinie wurden mehrfach novelliert und es gab auf den Finanzmärkten zahlreiche Entwicklungen betreffend Investmentfonds. Die Integration des Binnenmarktes im Bereich der EU-rechtlich harmonisierten Investmentfonds (OGAW) schreitet zudem stetig voran. Daher sollte ein Gesetz verfasst werden, das die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und die Integration des Binnenmarktes für Investmentfonds berücksichtigt sowie einen zeitgemäßen Rechtsrahmen für Investmentfonds im Interesse des Anlegerschutzes und der Aufsichtskooperation schafft. Außerdem soll die Effizienzsteigerung der Investmentfondsindustrie sichergestellt werden und die Stabilität des Finanzmarktes gewährleistet werden.

---

<sup>102</sup> Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer: Formulierung des Bestätigungsvermerks gemäß § 274 UGB des Bankprüfers einer Kapitalanlagegesellschaft zum Rechenschaftsbericht über einen Investmentfonds; Juni 2010

<sup>103</sup> Vgl. Hallas, Werner: Die Prüfung von Investmentfonds; a.a.O.; S. 408 f.

Das Investmentfondsgesetz 1993 wurde somit unter Einbeziehung der neuen OGAW-Richtlinie neu verfasst. Die neuen Regelungen betreffen den Bereich der Fondsstrukturen (Master-Feeder-Strukturen), die Fondsverschmelzungen, die organisatorischen Anforderungen und Wohlverhaltensregeln für Verwaltungsgesellschaften, die grenzüberschreitende Verwaltung von Investmentfonds, die Information für die Anleger (einheitliches Kundeninformationsdokument) und das aufsichtsrechtliche Verfahren für den grenzüberschreitenden Fondsvertrieb. Diese Regelungen sollen mehr Effizienz für die Verwaltungsgesellschaften, mehr Rechtssicherheit und bessere Vergleichbarkeit für die Anleger und bessere Grundlagen für die Zusammenarbeit und Beaufsichtigung der Behörden liefern. Außerdem fördern diese rechtlichen Rahmenbedingungen das reibungslose Funktionieren des österreichischen Finanzmarktes und das Vertrauen der Öffentlichkeit führt zu vermehrten Investitionen.

Die Grundlagen des Gesetzesentwurfes stellen die OGAW-Richtlinie des Europäischen Parlaments sowie viele weitere Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union dar. Das neue Gesetz wird stärker an die Systematik und Sprache der OGAW-Richtlinie herangeführt. Regelungen, die nicht dem Inhalt dieser Richtlinien entstammen, werden aus dem bisher geltenden InvFG 1993 übernommen.

Die Hauptgesichtspunkte des Gesetzesentwurfes sind die Steigerung der Effizienz bei der Fondsverwaltung und die Stärkung des Anlegerschutzes. Das immer umfangreichere Angebot an OGAW-Anteilen (Anteile an EU-rechtlich harmonisierten Investmentfonds) wird durch die Einführung eines einheitlichen Kundeninformationsdokuments organisiert. Mit diesen harmonisierten Regelungen innerhalb der EU kann den Anlegern unionsweit ein hoher Schutz geboten werden. Durch die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für grenzüberschreitende Verschmelzungen und Master-Feeder-Strukturen und die grenzüberschreitende Verwaltung von OGAW kann die Steigerung der Effizienz gewährt werden. Die Stärkung des Anlegerschutzes und des Anlegervertrauens wird auch in erweiterten Wohlverhaltensregeln, wie den Bestimmungen über die bestmögliche Durchführung von Handelsentscheidungen für OGAW, Regeln über Provisionszahlungen oder einheitliche, detaillierte Organisationsanforderungen für Verwaltungsgesellschaften, widerspiegelt.

Durch eine übersichtliche Abgrenzung der Rechtsbereiche soll eine möglichst klare Rechtslage geschaffen werden und sämtliche relevanten Regelungsinhalte werden daher grundsätzlich im InvFG 2011 geregelt. Das InvFG 2011 gliedert sich in fünf Teile. Im ersten Teil werden der Anwendungsbereich und die Definitionen geregelt. Im zweiten Teil werden sämtliche materielle Regelungen einschließlich der Aufsicht für EU-rechtlich harmonisierte

Investmentfonds (OGAW) festgehalten. Der dritte Teil enthält die nicht europarechtlich harmonisierten, im InvFG 1993 normierten Investmentfonds, deren inhaltliche Ausgestaltung beibehalten wurde. Hinsichtlich deren Verwaltung und Beaufsichtigung wird auf den zweiten Teil verwiesen. Im vierten Teil wird die Besteuerung der Investmentfonds geregelt, wobei grundsätzlich keine neuen Regelungen eingeführt wurden. Im fünften Teil sind die Verwaltungsstrafen sowie die Übergangs- und Schlussbestimmungen enthalten.

#### **Ausgewählte wichtige Regelungsbereiche:**

Pass für Verwaltungsgesellschaften und Notifikationsverfahren für den bloßen Vertrieb von OGAW-Anteilen:

Die Verwaltung eines OGAW durch eine Verwaltungsgesellschaft, deren Sitz sich in einem anderen EU-Mitgliedstaat befindet, ist nunmehr zulässig. Es werden EU-rechtlich harmonisierte, detaillierte Organisationsanforderungen und Wohlverhaltensregeln für Verwaltungsgesellschaften eingeführt, um eine konsistente Beaufsichtigung der Verwaltungsgesellschaften sowie des OGAW und dessen Verwaltung sicherzustellen. Zudem werden Aufsichtskooperationsbestimmungen für die grenzüberschreitende Fondsverwaltung verfasst. Für den Vertrieb von OGAW-Anteilen in einem anderen Mitgliedstaat wird ein vereinfachtes Notifikationsverfahren eingeführt.

Kundeninformationsdokument (KID):

Es wird ein einheitliches EU-rechtlich harmonisiertes Kundeninformationsdokument (KID) eingeführt, um eine bessere Vergleichbarkeit der Anlegerinformation sowie einen adäquaten Anlegerschutz zu gewähren.

Fondsverschmelzungen:

Um die Effizienzsteigerung innerhalb des Binnenmarktes zu ermöglichen, wird ein einheitlicher Rechtsrahmen für grenzüberschreitende (und inländische) OGAW-Verschmelzungen erarbeitet. Die Verschmelzung unterliegt der Bewilligung der FMA. Das Hauptaugenmerk wird auf die angebrachte Anlegerinformation durch die verschmelzenden OGAW und die gesetzekonforme Durchführung samt Verschmelzungsplan und Prüfung durch Abschlussprüfer und Verwahrstellen gelegt.

Master-Feeder-Strukturen:

Für die Entwicklung der Finanzmärkte und die Bedürfnisse der Fondsindustrie wird die Zulässigkeit von Master-Feeder-Strukturen (auch grenzüberschreitend) eingeführt. Der Fee-

der-OGAW kann bis zu 85 Prozent in den Master-OGAW investieren. Beim Master-OGAW entfällt das Erfordernis der Kapitalbeschaffung durch das Publikum, wenn mindestens zwei Feeder-OGAW in ihn investieren.

Aufsicht:

Im InvFG 2011 werden im Rahmen der Bestimmungen über die Beaufsichtigung die Rahmenbedingungen für die optimale Zusammenarbeit und Einbindung der FMA in das System der Europäischen Finanzmarktaufsicht geschaffen.

Steuerbestimmungen:

Die Bestimmungen der steuerlichen Behandlung werden aus dem InvFG 1993 übernommen. Die mit dem Budgetbegleitgesetz vorgenommenen Änderungen werden fortgeführt und nur in Teilbereichen angepasst. Die OGAW-Richtlinie sieht keine zwingenden steuerlichen Begleitmaßnahmen für Fondsverschmelzungen vor. Dafür wird die bisherige Verwaltungspraxis für Fondsverschmelzungen explizit im Gesetz verankert, um eine konsequente Umsetzung der reformierten Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen zu gewährleisten.<sup>104</sup>

Das neue InvFG 2011 soll mit 01.09.2011 in Kraft treten.<sup>105</sup>

### **2.3.2. Änderung weiterer Finanz-Gesetze**

Im Zusammenhang mit der Novellierung des Investmentfondsgesetzes mussten weitere Finanzmarkt-Gesetze geändert werden, die mit dem Investmentfondsgesetz in Verbindung stehen.

#### **Änderung des Bankwesengesetzes (BWG)**

Das Bankwesengesetz wurde hinsichtlich der Bestimmungen, die auf das Investmentfondsgesetz 1993 verwiesen, geändert und entsprechend an die neue innerstaatliche und EU-Rechtslage angepasst.

---

<sup>104</sup> Vgl. Erläuterungen zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über Investmentfonds (Investmentfondsgesetz 2011 – InvFG 2011) erlassen sowie das Bankwesengesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007, das Immobilien-Investmentfondsgesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehörden-gesetz, das Pensionskassengesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das EU-Quellensteuergesetz, das Konsumentenschutzgesetz und das Finanzsicherheiten-Gesetz geändert werden

<sup>105</sup> Protokoll vom 14.06.2011 der Sitzung des Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds (nicht veröffentlicht)

### **Änderung des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2007 (WAG 2007)**

Das Wertpapieraufsichtsgesetz wurde ebenso hinsichtlich den mit dem Investmentfondsgesetz assoziierten Bestimmungen geändert.

### **Änderung des Immobilien-Investmentfondsgesetzes (ImmoInvFG)**

Das Immobilien-Investmentfondsgesetz wurde dahin gehend geändert, dass die Zusammenlegung von zwei Spezialfonds keiner Bewilligung der FMA mehr bedarf, sondern lediglich einer Anzeige an die FMA.

Weiters werden zum Schutz von Kleinanleger in offenen Immobilienfonds zusätzliche Anteilscheingattungen ermöglicht, die ausschließlich Großanlegern angeboten werden und wofür bestimmte Kündigungsfristen hinsichtlich der Rücknahme von Fondsanteilen in den Fondsbestimmungen vereinbart werden. Die Anteilscheine können in Folge also nur nach einer bestimmten Frist zurückgegeben werden und zu dem dann gültigen Rechenwert. Die Kleinanleger sind dadurch unabhängig von den Veranlagungsstrategien der Großanleger. Die Anteilscheingattungen für das breite Publikum sind von den Kündigungsfristen nicht betroffen.

Außerdem werden alle Bestimmungen an die Regelungen des neuen InvFG 2011 angepasst.

### **Änderung des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes (FMABG)**

In diesem geänderten Gesetz wird festgehalten, dass die Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Bereitstellung erforderlicher Informationen für die Europäischen Aufsichtsbehörden für Banken (EBA), Versicherungen (EIOPA) und Wertpapiere (ESMA) verpflichtet ist. Diese Informationspflicht kann spezifisch für eine konkrete Situation oder allgemein im Rahmen der aufsichtsbehördlichen Zusammenarbeit ausfallen. Ebenso ist die FMA verpflichtet, bei der Umsetzung und Vollstreckung von Beschlüssen der Kommission oder der Europäischen Aufsichtsbehörden mitzuhelfen. Die Aufsichtsbehörden haben außerdem unter bestimmten Umständen das Recht, die Rechtskraft von FMA-Bescheiden einzuschränken.

### **Änderung des Pensionskassengesetzes (PKG)**

Das Pensionskassengesetz wurde ebenfalls hinsichtlich seiner Bestimmungen, die im Zusammenhang mit dem Investmentfondsgesetz 1993 stehen, angepasst. Außerdem wird eine Bestimmung betreffend die Zusammenarbeit der FMA mit der Europäischen Aufsichtsbehörde für Versicherungen sowie die Mitteilungspflicht an diese in den Gesetzestext aufgenommen.

### **Änderung des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes (BMSVG)**

Bei diesem Gesetz erfolge ebenso eine Anpassung an die neue innerstaatliche und EU-Rechtslage bezüglich der Bestimmungen, die auf dem Investmentfondsgesetz 1993 basieren.

Es wird auch festgehalten, dass die Änderungen der Veranlagungsbestimmungen bewilligungspflichtig sind und auch der Zustimmung des Aufsichtsrates und der BV-Kasse und der Depotbank bedürfen. Außerdem wird verdeutlicht, dass die Anlagebeschränkungen auch im Rahmen der indirekten Veranlagung über Investmentfonds auf allen Ebenen einzuhalten sind.

### **Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)**

Der neuen Rechtslage hinsichtlich der mit dem Investmentfondsgesetz 1993 in Zusammenhang stehenden Bestimmungen wurde auch das Versicherungsaufsichtsgesetz angepasst.

### **Änderung des Einkommenssteuergesetzes 1988 (EStG 1988)**

Das Einkommenssteuergesetz wurde ebenso an das neue Investmentfondsgesetz 2011 angepasst und die Verweise entsprechend korrigiert. Eine grundlegende rechtliche Änderung wurde nicht vorgenommen.

### **Änderung des EU-Quellensteuergesetzes (EU-QuStG)**

Das Gesetz wurde zunächst ebenso bezüglich der Verweise an den neuen Gesetzestext des Investmentfondsgesetz 2011 angepasst.

Es wird klargestellt, dass die tägliche Meldung der Quellensteuer auf Zinsen trotz der Abschaffung der täglichen KEST-Meldungen an die Meldestelle der OeKB zu erfolgen hat. Für Zwecke der Bemessung der Quellensteuer hat auch die Meldung der Zusammensetzung der Ausschüttung bzw. der ausschüttungsgleichen Erträge weiter zu erfolgen. Es wird auch die Bemessung der Quellensteuer im Fall von Nicht-Meldungen geregelt.

### **Änderung des Konsumentenschutzgesetzes (KSchG)**

Das Konsumentenschutzgesetz wurde auch auf die neue Rechtslage angepasst.

## **Änderung des Finanzsicherheiten-Gesetzes (FinSG)**

Auch dieses Gesetz wurde hinsichtlich der Verweise auf die neue Rechtslage des Investmentfondsgesetzes 2011 angepasst.<sup>106</sup>

### **2.3.3. Kursgewinnbesteuerung**

Die neue Kursgewinnbesteuerung gilt bereits für Fonds, die nach dem 31.12.2010 erworben wurden. Sie soll grundsätzlich für alle Veräußerungen von Fondsanteilen ab 01.04.2012 (Verschiebung von 01.10.2011) vorgenommen werden.

Das BMF (Bundesministerium für Finanzen) hat seine Funktion als Meldestelle für den Jahresertrag und die ausschüttungsgleichen Erträge an die OeKB (Österreichische Kontrollbank) übertragen. Die täglichen KEST-Meldungen für in- und ausländische Fonds entfallen nach dem 01.04.2012 (Verschiebung von 01.10.2011).

### **Neue Besteuerung von inländischen Investmentfonds**

#### Alte Rechtslage

##### Fondsebene

Bis 31.12.2010 wurden auf Fondsebene ordentliche Erträge (Zinsen, Dividenden) und außerordentliche Erträge (20 % der realisierten Kursgewinne aus Aktien und Aktienderivaten) mit 25 % KEST-Abzug belastet. Auf Fondsebene bestand immer ein voller Verlustausgleich bzw. Verlustvortrag.

##### Anteilscheinebene

Die Besteuerung der Ausschüttung hat sich bis 31.12.2010 nach den ausgeschütteten Ertragsbestandteilen gerichtet. Ein Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf von Fondsanteilen war nach Ablauf einer einjährigen Spekulationsfrist zur Gänze steuerfrei. Die Fondserträge gelten nach dem 25 % KEST-Abzug als endbesteuert.

---

<sup>106</sup> Vgl. Erläuterungen zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über Investmentfonds (Investmentfondsgesetz 2011 – InvFG 2011) erlassen sowie das Bankwesengesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007, das Immobilien-Investmentfondsgesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehörden-gesetz, das Pensionskassengesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das EU-Quellensteuergesetz, das Konsumentenschutzgesetz und das Finanzsicherheiten-Gesetz geändert werden



## Neue Rechtslage

### Fondsebene

Die Besteuerung der ordentlichen Erträge (Zinsen, Dividenden) bleibt unverändert. Die Besteuerung der außerordentlichen Erträge hingegen wird sukzessive erhöht: Für Fondsgeschäftsjahre, die nach dem 30.06.2011 begannen, wurde die Bemessungsgrundlage der außerordentlichen Erträge (Aktien, Aktienderivate) von 20 % auf 30 % angehoben. Bei Geschäftsjahren, die nach dem 31.12.2011 beginnen, wird die Bemessungsgrundlage auf 40 % gesteigert. Bei Fonds, deren Geschäftsjahr nach dem 31.12.2012 beginnt, werden die realisierten außerordentlichen Erträge zu 50 % der KEST unterworfen. Bei einem Geschäftsjahresbeginn nach dem 31.12.2013 werden 60 % der außerordentlichen Erträge mit 25 % KEST belegt.

Die Verlustausgleichsmöglichkeit wurde in der neuen Rechtslage erweitert. Kursverluste können nun nicht nur mit Kursgewinnen aus anderen Wertpapiertransaktionen verrechnet werden, sondern auch mit den ordentlichen Erträgen des Fonds ausgeglichen werden.

Die neue Regelung betrifft sowohl Anteile, die vor dem 01.01.2011 angeschafft wurden als auch nach dem 31.12.2010 angeschaffte Anteile.

### Anteilscheinebene

Ausschüttungen nach dem 30.09.2011 unterliegen grundsätzlich einem 25-prozentigen KEST-Abzug.

Werden Fondsanteile nach dem 31.12.2010 angeschafft, so wird die einjährige Spekulationsfrist gestrichen. Künftig wird auch die Differenz zwischen Kauf und Verkauf von Fondsanteilen mit 25 % KEST belastet und der Abzug bei der Veräußerung des Fondsanteils vorgenommen. Dies soll für Veräußerungen ab 01.04.2012 (Verschiebung von 01.10.2011) erfolgen. Wurden Erträge bereits während der Haltedauer versteuert, so werden diese Erträge mit einem allfälligen Kursgewinn auf Anteilscheinebene gegenverrechnet. Die Anschaffungskosten der Fondsanteile werden dabei um die bereits versteuerten Erträge erhöht und dadurch reduzieren sich die Kursgewinne auf Anteilscheinebene.

Für Anteile, die vor dem 01.01.2011 angeschafft wurden, gilt weiterhin die Spekulationsfrist von einem Jahr. Die Veräußerung ist nach Ablauf dieser Frist steuerfrei.

### **Neue Besteuerung von ausländischen Investmentfonds**

Die neuen Regelungen zur Besteuerung von inländischen Investmentfonds sind auch auf die ausländischen Fonds anzuwenden. Es wird ebenfalls zwischen Fondsebene und Anteilsebene unterschieden werden. Bei der Besteuerung ist nur mehr zwischen Meldefonds und Nicht-Meldefonds zu unterscheiden.

Ausländische Fonds, die ihre ausschüttungsgleichen Erträge melden, sind steuerlich wie inländische Fonds zu behandeln. Das tägliche KEST-Meldung und -Abgrenzung entfällt ab 01.04.2012 (Verschiebung von 01.10.2011), die Meldungen erfolgen nur mehr einmal im Rechnungsjahr. Die Meldungen der steuerlichen Daten (Ausschüttung, ausschüttungsgleiche Erträge, Berichtigung der Anschaffungskosten der Fondsanteile) werden künftig an die OeKB übermittelt, da das BMF seine Funktion als Meldestelle an die OeKB übertragen hat.

Fonds, die ihre ausschüttungsgleichen Erträge nicht melden, müssen 90 % der Wertsteigerung (Differenzbetrag zwischen dem Rücknahmepreis zu Geschäftsjahresende und dem zu Geschäftsjahresbeginn) bzw. mindestens 10 % des Rücknahmepreises am Ende des Rechnungsjahres mit 25 % KEST versteuern.<sup>107</sup>

---

<sup>107</sup> Vgl. VÖIG (Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften): Newsletter Dezember 2010 und Newsletter Jänner 2011 und vgl. VÖIG: Mitgliederrundschreiben Nr. 8/2011 vom 21.06.2011

### **3. Schluss**

#### **3.1. Ergebnisse**

Der Problemstellung entsprechend wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit versucht, die Prüfung von Investmentfonds ausführlich darzustellen. Dazu wurden neben einer eingehenden Betrachtung der Buchhaltung von Investmentfonds ebenso deren Rechnungslegung und die Verwaltungstätigkeit der Kapitalanlagegesellschaft im Rahmen des Anlegerschutzes und den gesetzlichen Bestimmungen behandelt. Außerdem wurde das Produkt Investmentfonds detailliert behandelt sowie die aktuellen gesetzlichen Neuerungen im Bereich der Fondsprüfung aufgezeigt.

#### **3.2. Maßnahmen**

Im Zusammenhang mit der Fondsbuchhaltung wurde aufgezeigt, dass sich der Wirtschaftsprüfer mit der ordnungsgemäßen Erfassung der Vermögensgegenstände, deren Bewertung sowie mit der richtigen Verbuchung des Fondserfolge auseinanderzusetzen hat. Die Berechnung und Verbuchung der Kapitalertragssteuer sowie spezielle Aufgabengebiete, wie der Ertragsausgleich, wurden in der Arbeit ausgeführt. Die Behandlung der Kursgewinne und der ausschüttungsgleichen Erträge wurde anhand des InvFG 1993 sowie im Rahmen der Neuerungen in der Fondsprüfung auch nach der neuen Gesetzeslage erläutert.

Den Veranlagungsvorschriften gemäß des InvFG und der Fondsbestimmungen hat der Fondsprüfer große Aufmerksamkeit zu schenken und sich mit den Schwierigkeiten der Kontrolle auseinanderzusetzen.

Im Hinblick auf den zu prüfenden Rechenschaftsbericht wurde festgestellt, dass sich der Fondsprüfer mit der Kontrolle des Vorhandenseins der gesetzlich vorgeschriebenen Bestandteile sowie deren rechnerische Richtigkeit und Vollständigkeit der ausgewiesenen Vermögenswerte und Ergebnisse zu befassen hat. Im Zusammenhang mit der derzeit freiwilligen Kontrolle der steuerlichen Behandlung, könnte der Gesetzgeber im Interesse der Anleger die verpflichtende Aufnahme in die Prüfungshandlungen verordnen, um die Rechtssicherheit zu gewähren.

### **3.3. Konsequenzen**

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Prüfung von Investmentfonds ein komplexes Thema ist und vom Wirtschaftsprüfer ein enormes Spezialwissen vorausgesetzt wird und eine entsprechende fachliche und persönliche Kompetenz gefordert ist. Dieses Wissen muss er sich durch ein entsprechendes Schulungs- und Ausbildungsprogramm aneignen und fördern. Eine kontinuierliche Weiterbildung ist vor allem aufgrund der laufenden Neuerungen im Bereich der Fondsprüfung, und besonders nach der derzeitigen Gesetzesänderung, unbedingt erforderlich.

## Literaturverzeichnis

**Adametz, Johann**

Investmentfonds – DER Praktikerleitfaden; Wien, Linde Verlag 2004

**Dembowski, Anke**

Profi-Handbuch Investmentfonds; Regensburg, Berlin, Walhalla Verlag 2007

**Götte, Rüdiger**

Aktienanleihen, Discount-Zertifikate, Fonds, Genussscheine – Risiken und Strategien; Marburg, Tectum Verlag 2001

**Gunter, Markus**

Erfolgreich investieren mit Investmentfonds – Die clevere Art reich zu werden; FinanzBuch Verlag 2007

**Hallas, Werner**

Die Prüfung von Investmentfonds; Wien, Orac Verlag 1997

**Hull, John**

Risikomanagement Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitutionen; Pearson Studium 2011

**Natter, Alexander**

Investmentfonds – Vermögensaufbau mit System; Financial Times Prentice Hall 2002

**Paul, Nikolaus**

Investmentgeschäft – Organisation und Vertrieb; Wien, neuer wissenschaftlicher Verlag 2003

**Raab, Wolfgang**

Grundlagen des Investmentgeschäfts; Frankfurt, Bankakademie-Verlag 2007

**Reisenhofer, Peter**

Investmentfondsgesetz – Veranlagungsvorschriften und steuerliche Behandlung; Wien, Manz Verlag 2002

**Rühl, Andreas**

Investmentfonds verstehen und richtig nutzen - Strategien für die optimale Vermögensstruktur; München, Finanzbuch Verlag 2006

**Seiler, Katharina**

Phasenmodelle und Investmentstilanalyse von Hedge- und Investmentfonds; Frankfurt, Peter Lang Verlag 2009

**Steiner, Angelika**

Investmentfonds oder Lebensversicherung? Altersarmut vermeiden durch die richtige Geldanlage; Hamburg, Diplomica Verlag 2010

**Tolkmitt, Volker**

Neue Bankbetriebslehre – Basiswissen zu Finanzprodukten und Finanzdienstleistungen; Gabler Verlag 2007

**Investmentfondsgesetz (InvFG) 1993**

**Einkommenssteuergesetz (EStG) 1988**

Erläuterungen zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über Investmentfonds (Investmentfondsgesetz 2011 – InvFG 2011) erlassen sowie das Bankwesengesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007, das Immobilien-Investmentfondsgesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Pensionskassengesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das EU-Quellensteuergesetz, das Konsumentenschutzgesetz und das Finanzsicherheiten-Gesetz geändert werden

Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds: Muster 2010 für die Vollständigkeitserklärung (nicht veröffentlicht)

Protokoll vom 01.02.2011 der Sitzung des Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds (nicht veröffentlicht); Beilage Muster für den Bankbrief lt. Einigung der Wirtschaftskammer mit der Kammer der Wirtschaftstreuhänder

Protokoll vom 28.09.2010 der Sitzung des Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds (nicht veröffentlicht)

Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften (VÖIG): Muster Ertragsrechnungsschema

Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer: Richtlinie ordnungsgemäßer Berichterstattung im Rahmen der Prüfung von Rechenschaftsberichten von Investmentfonds sowie Immobilienfonds; Juni 2010

Fachsenat für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder: Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen nach § 273 Abs 1 UGB; Juni 2009

Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer: Formulierung des Bestätigungsvermerks gemäß § 274 UGB des Bankprüfers einer Kapitalanlagegesellschaft zum Rechenschaftsbericht über einen Investmentfonds; Juni 2010

Protokoll vom 14.06.2011 der Sitzung des Instituts der Österreichischen Wirtschaftsprüfer (IWP) – Arbeitsgruppe Investmentfonds (nicht veröffentlicht)

Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften(VÖIG): Newsletter Dezember 2010 und Newsletter Jänner 2011

VÖIG: Mitgliederrundschreiben Nr. 8/2011 vom 21.06.2011

#### **Internetquellen:**

<http://www.bvi.de/de/investmentfonds/basiswissen/index.html> Geschichte des Investmentfonds (Zugriff am 21.05.2011)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Begriffskl%C3%A4rung%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Begriffskl%C3%A4rung%29) (Zugriff am 22.06.2011)

Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Prozess, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/12416/prozess-v10.html> (Zugriff am 22.06.2011)

<http://www.quality.de/lexikon/prozess.htm> (Zugriff am 22.06.2011)

<http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess> (Zugriff am 22.06.2011)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Recht%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Recht%29) (Zugriff am 22.06.2011)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Informatik%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Informatik%29) (Zugriff am 22.06.2011)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess\\_%28Technik%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_%28Technik%29) (Zugriff am 22.06.2011)

<http://www.suite101.de/content/chemische-prozesse-a113817> (Zugriff am 22.06.2011)

<http://www.it-academy.cc/article/1238/Prozesse+Definition+und+Prozessarten.html>

(Zugriff am 22.06.2011)

<http://de.wiktionary.org/wiki/Pr%C3%BCfung> (Zugriff am 24.06.2011)

Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Prüfung, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54062/pruefung-v7.html> (Zugriff am 24.06.2011)

[http://de.wikipedia.org/wiki/International\\_Securities\\_Identification\\_Number](http://de.wikipedia.org/wiki/International_Securities_Identification_Number) (Zugriff 25.06.2011)



**Selbstständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Datum

Unterschrift